

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Rascher Frieden nötig

Ein Jahr lang war die deutsche Friedensbewegung nach dem 24. Februar 2022 wie verschwunden. Die Medienmafia hatte für alle, die für eine Beendigung des Ukraine-Krieges durch Diplomatie und Verhandlungen eintraten, die Vokabel „Lumpenpazifisten“ erdacht – der FDP-Politiker Alexander

Grässlin, der Unternehmer Wolfgang Grupp, der Schauspieler Henry Hübchen, die Theologin Margot Käßmann, die Schauspielerin Corinna Kirchhoff, der Schauspieler Uwe Kockisch, Oskar Lafontaine, der Maler Markus Lüpertz, der Psychologe Rainer Mausfeld, der Musiker Reinhard Mey, der Schriftsteller



Losung in der Berliner Invalidenstraße (30.1.23), die inzwischen entfernt wurde Foto: W. Metzger

Graf Lambsdorff fand das gut. Ostermarschierer, die forderten, die Kiewer Regierung „gewaltfrei zu unterstützen“ spuckten nach seinen Worten „den Verteidigern Kiews und Charkivs ins Gesicht“. Lambsdorff soll im Sommer dieses Jahres deutscher Botschafter in der Russischen Föderation werden. Mehr muß man über deutsche Außenpolitik in dieser Zeit und die Beziehungen zu Rußland nicht wissen ...

Aber nun melden sich die Kräfte der Vernunft zurück – und wie! Am 15. Februar wurden bereits über 461 000 Unterschriften unter dem „Manifest für den Frieden“ gezählt, das Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer am 10. Februar veröffentlicht hatten. Zu den 69 Erstunterzeichnern gehören der Journalist Franz Alt, der Historiker Peter Brandt, die Regisseurin Andrea Breth, der Armutsforscher Christoph Butterwegge, die Vizevorsitzende für Europa der Initiative „Ärzte gegen den Atomkrieg“ (IPPNW), die Publizistin Daniela Dahn, der frühere Staatssekretär Rudolf Dressler (SPD), der Theologe Eugen Drewermann, der Dirigent und Pianist Justus Frantz, der Verleger der „Berliner Zeitung“ Holger Friedrich, der Rechtsanwalt Peter Gauweiler (CSU), der Sprecher der „Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen“ (DFG-VK) Jürgen

Eugen Ruge, die Schauspielerin Hanna Schygulla, der Journalist Martin Sonneborn (Die Partei), die Schauspielerin Jutta Speidel, der frühere Beigeordnete des UN-Generalsekretärs Hans-Christof von Sponeck, der Soziologe Wolfgang Streeck, die Schauspielerin Katharina Thalbach, der Politiker Jürgen Todenhöfer, der Politikwissenschaftler Johannes Varwick, der frühere Vizepräsident der EU-Kommission Günter Verheugen (FDP), die Theologin Antje Vollmer (Die Grünen) und der Liedermacher Hans-Eckardt Wenzel. Der letzte Absatz des „Manifests“, das sich auf die Hälfte der deutschen Bevölkerung berufen kann, lautet: „Wir fordern den Bundeskanzler auf, die Eskalation der Waffenlieferungen zu stoppen. Jetzt! Er sollte sich auf deutscher wie europäischer Ebene an die Spitze einer starken Allianz für einen Waffenstillstand und für Friedensverhandlungen setzen. Jetzt! Denn jeder verlorene Tag kostet bis zu 1000 weitere Menschenleben – und bringt uns einem 3. Weltkrieg näher.“

Zugleich hatten Sahra Wagenknecht, Alice Schwarzer und Brigadegeneral a. D. Erich Vad für den 25. Februar um 14 Uhr zu einer Kundgebung am Brandenburger Tor in Berlin aufgerufen. Es könnte die Stunde werden, an dem sich die Friedensbewegung wieder machtvoll zu Wort meldet. Wir bitten alle

Leserinnen und Leser, das „Manifest für den Frieden“ im Internet zu unterzeichnen.

Die Kriegstreiber lassen aber nicht locker. Die deutschen großen Medien reagierten mit Verleumdungen und Beleidigungen. Den Vogel schoß die „Taz“ ab, die in westlichen Landesteilen bei manchen immer noch als links gilt: Es handele sich um ein „Manifest der Unterwerfung“, weil es „die Angegriffenen obszön moralisch ins Unrecht“ stelle. Käßmann, Sonneborn, Butterwegge hätten „in puncto ‚noch ganz bei Trost‘ schon zuvor nicht mehr alles beisammen“. Es fehlt selbstverständlich nicht ein primitiver Vergleich: „Man mag sich kaum vorstellen, wie beide etwa 1943 über den Aufstand im naziingehetzten Ghetto von Warschau formuliert hätten.“

Einen Tag vor dem „Manifest“ erschien die Enthüllung des US-Journalisten Seymour Hersh über die Sprengung der Nordstream-Gasleitungen in der Ostsee durch die USA (einen Auszug veröffentlichen wir auf Seite 13). Hersh beruft sich auf Quellen im US-Geheimdienst und im Militär. Offenbar breitet sich dort Unruhe über die Unberechenbarkeit des US-Präsidenten aus, der Mitte Februar mehrere „unbekannte Flugobjekte“ abschießen ließ. Im Weißen Haus wurde ernsthaft von Außerirdischen gefaselt. Von solchen Geisteszuständen hängt im Moment der Weltfrieden ab. Es ist nötiger denn je, so schnell wie möglich Frieden zu erreichen.

Arnold Schözel

Aus dem Inhalt



Wann sind wir da?	2
Ein Jahr Krieg	4
Zeitenwende – böses Ende	6
Zeit für Verhandlungen	8
Parteifarbenspiel	9
Im Rüstungswahn	10
Eine Kriegshandlung	13
Globalisierter Wirtschaftskrieg	14
Epochenwechsel	16
Revolution oder Transformation?	17
Drei Tage in Kiew	20
Nazismus in der Ukraine	21
Stunde der Heuchler	22
Zur Geschichte der Ukraine	24
„Läusegift“	30
Legende von der Lohn-Preis-Spirale	32
Fritz Schmenkel	34
Zum Tod Heinrich Hannovers	35
Leserbriefe	37

„Wann sind wir denn endlich da?“

Jeder Vater, jede Mutter kennt die vom Rücksitz des Autos gestellte Frage der Kinder nach Ankunft am Urlaubs-Reiseziel. Die älteren Leserinnen und Leser erinnern sich vielleicht an das Märchen „Der kleine Häwelmann“ von Theodor Storm. Der kleine Häwelmann kann nicht einschlafen. Der Mond schaut durchs Fenster und sieht, wie er sich aus seinem Nachthemd ein Segel baut und damit auf seinem auf Rollen gebauten Bett in seinem Zimmer herumfährt. Nachdem er drei Runden gedreht hat, fragt der Mond: „Junge, hast du noch immer nicht genug?“ „Nein“, schreit der kleine Häwelmann, „mehr, mehr! Mach mir die Tür auf! Ich will durch die Stadt fahren; alle Menschen sollen mich fahren sehen.“ „Das kann ich nicht“, sagte der gute Mond, ließ sich aber dann doch auf einen Deal

ein und ließ einen langen Lichtstrahl durchs Schlüsselloch fallen, weshalb es dem kleinen Häwelmann gelang, aus dem Haus zu fahren. Aber das lebhafteste Treiben in der Stadt gab es um Mitternacht nicht mehr, Menschen und Tiere taten das, was der kleine Häwelmann nicht tun wollte, nämlich schlafen. „Mehr, mehr!“, schrie er, und geriet schließlich mit seinen Ansprüchen ans Ende der Welt. Das ging selbst seinem nächtlichen Partner, dem Mond, so auf die Nerven, daß er dank seiner inzwischen erworbenen Cyber-Kenntnisse den kleinen Häwelmann mitsamt seinem „Mehr, mehr!“-Geschrei ins Meer fallen ließ. Das nachtwandelnde Kind konnte gerettet werden. Aber welches Schicksal auf die Kiewer Häwelmann mit ihrem „Wir brauchen mehr, mehr Waffen!“-Geschrei wartet, hängt nicht zuletzt davon ab, wie stabil der Geduldsfaden der Sponsoren in Washington, Brüssel und Berlin ist und ob sie bereit sind, dessen Reißfestigkeit so lange zu testen, bis „der Mond“ – um im Märchenbild zu bleiben – sie trotz der Ermahnungen aller Kosten-Nutzen-Rechnungen gemeinsam mit dem nachtwandelnden Kind ins Meer fallen läßt.

Theodor Storms Protagonist ist rechtzeitig aufgewacht. Aber das böse Erwachen Annalena Baerbocks, die sich ja proaktiv, wie es neudeutsch heißt, im Krieg gegen Rußland befindet, Anton Hofreiter, der es in kosmischer Geschwindigkeit geschafft hat, sich vom Paulus in einen Saulus zu verwandeln, Strack-Zimmermanns, die für ausnahmslos alle Waffengattungen werbende Lobbyistin u. a., läßt noch auf sich warten.

Die besonders von den Grünen in enthemmter Wahlkampfstimmung gefeierte Entscheidung, endlich „Leoparden“ an die Ukraine zu liefern, war zu erwarten, ebenso deren Hoffnung, mit weiteren Schritten aufs Ganze gehen zu dürfen – morgen Kampffjets, dann ein U-Boot und Langstreckenraketen und schließlich unsere Soldaten – bis „alles in Scherben fällt“, wie es in einem Lied der Hitlerjugend

hieß und das mit den Worten schließt: „*Und liegt vom Kampfe in Trümmern die ganze Welt zuhauf, das soll uns den Teufel kümmern, wir bauen sie wieder auf.*“

Mit Sicherheit wird sich daran der noch immer im Amt eines NATO-Generalsekretärs stehende Norweger Jens Stoltenberg nicht beteiligen können. Es hört sich schon fast naiv an, wenn er sagt, die westliche Kriegsallianz

verlagert. Neuerdings wird Deutschland in der Ukraine verteidigt. Ganz brandaktuell ist es die Ukraine selbst, die unsere Freiheit verteidigt (mit deutschen Waffen) so der neue Chef der Münchener Sicherheitskonferenz Christoph Heusgen. Vielleicht sollten sich die Herren und Damen in Brüssel, Berlin und Washington darauf verständigen, wer hier wen und warum verteidigt.

Den Tambourmajor gibt die gegenwärtige Außenministerin – eine Züchtung Washingtons, die sich erst auf die Schultern des Jugoslawien-Bombers Joschka Fischer gesetzt hatte und nun auf einem Marsch in den von der Wehrmacht hinterlassenen Spuren Richtung Moskau ist. Erst vor wenigen Wochen (siehe „RotFuchs“ 2/2023) wurde an die Schlacht um Stalingrad erinnert. Nach der Kapi-

tulation der 6. Armee unter General Paulus dauerte es gerade einmal vier Monate, bis im Juli 1943 in Kursk die größte Panzerschlacht der Geschichte stattfand. Hitler versuchte, mit seinen Generalen einen großen Sieg gegen die Rote Armee zu erzwingen. Die besten Verbände und die besten Waffen sollten den Erfolg der am 5. Juli beginnenden Operation garantieren. Doch die letzte deutsche Großoffensive des Zweiten Weltkriegs scheiterte, trotz gewaltiger Verluste der Roten Armee. Beide Daten mahnen zur Besinnung. Das Desaster der Wehrmacht am Kursker Bogen ist nicht vergessen. Aber ausgerechnet die Deutschen mit ihrer Chefdiplomatin legen es darauf an, sich erneut in ein Kriegsabenteuer zu stürzen. Es sieht ganz danach aus, als wollen sie und ihre Entourage eine Sportpalast-Atmosphäre herbeireden: „Wollt ihr den totalen Panzerkrieg ...?“ Warum endete die Panzerschlacht für die Wehrmacht mit einer Niederlage? Nicht wegen materieller Unterlegenheit, sondern wegen der unüberwindlichen antifaschistischen Kraft der Roten Armee. Nun sitzen Annalena Baerbock, Anton Hofreiter und Frau Strack-Zimmermann auf den Geschützrohren des Leoparden und dürfen ihre antirussischen Aggressionen in Erinnerung an die von ihnen verdrängte Niederlage von 1945 ausleben. Fragt sich nur, wie lange noch ...

*

Kleine Zeitreise gefällig? Dem Iran wurde schon vor Jahren das Prädikat „Schurkenstaat“ angeheftet. Einer der Kernwürfe lautete, unter seinem damaligen Präsidenten Mahmut Ahmadinedschad habe der Iran dem „zionistischen Regime“ die Vernichtung angedroht. Daß diese Drohung auf einem Übersetzungsfehler beruhte, soll uns hier nicht interessieren. Wichtiger ist das Geheul, das vom kollektiven Westen angestimmt wurde. Die Zahl der Verbrechen des Staates Israel gegen das für sein Selbstbestimmungsrecht kämpfende Palästina hält sich die Waage mit



Hinter der Trommel her
trotten die Kälber.

Bertolt Brecht, Der Kälbermarsch, 1943

Das Fell für die Trommel
liefern sie selber.

benötige den atomaren Schutzschirm der USA, um die russische nukleare Bedrohung zu neutralisieren. Die derzeitige Debatte ist bizarr, sie wird aber wohlkalkuliert gesteuert. Wie oft wurde Putin (wer sonst?) schon beschuldigt, ständig mit dem nuklearen Schwert herumzufucheln. Daß dies für den russischen Präsidenten kein Thema ist, wird im Zuge der mentalen Mobilmachung der Bevölkerung für den Kriegseintritt gegen Rußland geflissentlich verschwiegen. Selbst das Bekenntnis der vormaligen Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer wurde nicht etwa skandalisiert, sondern wie selbstverständlich in die Schablone sicherheitspolitischer Sprachregelungen eingespeist: „Wir müssen Rußland gegenüber sehr deutlich machen, daß wir am Ende – und das ist ja auch die Abschreckungsdoktrin – bereit sind, auch solche Mittel (Nuklearwaffen) einzusetzen, damit es vorher abschreckend wirkt und niemand auf die Idee kommt, etwa die Räume über dem Baltikum oder im Schwarzen Meer NATO-Partner anzugreifen.“ Es geht konkret ums Einschüchtern, um Anpassung, ums Gefügigmachen, um die Bevölkerung einzuseifen und sie in den Feldzug der Medien auf dem Marsch in die Ukraine und von dort nach Moskau einzubinden. Wer sich nicht einseifen lassen will, sollte an die Zeilen unseres großen Lehrmeisters Bertolt Brecht und an die Zeilen seines „Kälbermarschs“ aus „Schweyk im Zweiten Weltkrieg“ (in der Vertonung von Hanns Eisler) denken:

„*Hinter der Trommel her trotten die Kälber. Das Fell für die Trommel liefern sie selber. Der Schlächter ruft: Die Augen fest geschlossen. Das Kalb marschierst in ruhig festem Tritt. Die Kälber, deren Blut im Schlachthaus schon geflossen, marschieren im Geist in seinen Reihen mit ...*“

*

Der ehemalige Bundesverteidigungsminister Peter Struck wollte die Bundesrepublik am Hindukusch verteidigen. Das Ende ist bekannt. Inzwischen hat sich das Spielfeld

den Bekenntnissen der westlichen Wertejunta zum „Netanjahu-Regime“, verbunden mit dem Mantra, daß das Existenzrecht Israels zu einer „Staatsräson“ aufgeblasen wurde, dieser also das Recht habe, sich verteidigen zu dürfen. Springen wir nun wieder in die Gegenwart. Rußland hat fast schon darum gebettelt, die USA/NATO mögen ihm Sicherheitsgarantien geben. Erst nachdem offensichtlich war, daß diese Forderung nie im Interesse imperialistischer Strategien stand und daß das Existenzrecht der Sowjetunion, dann Rußlands stets infrage gestellt wurde, hat die russische Regierung nach vielleicht zu langem Zögern gehandelt. Die im Revolutionsjahr 1917 begonnene wertebasierte

imperialistische Außenpolitik des Westens hat das Existenzrecht der Sowjetunion/Rußlands zu keinem Zeitpunkt akzeptiert, sie hat den Zweiten Weltkrieg überdauert und seit 1990 einen neuen Anlauf genommen. Die Sprache der Diplomatie hat ihre eigene Grammatik. Aber die deutsch/ukrainisch faschistisch eingefärbte Rhetorik, man müsse Rußland „ruinieren“ und den Staat vom Erdboden tilgen, hat wohl auch zur Erkenntnis beigetragen, daß sich die Sowjetunion/Rußland in einem globalen Klassenkampf befindet, dem sich die gegenwärtige Regierung unter Wladimir Putin gestellt hat.

*

Die dem Reisetreff geschuldete Frage, wann wir denn endlich da sind, ist verständlich. Aber wollen wir uns mit Kindern und Enkeln noch einmal auf den Weg dorthin aufmachen, wo uns wieder das Fell über die Ohren gezogen wird? Unsere Kinder und Enkelkinder müssen uns helfen, einen Lösungsweg zu finden. Sie müssen wissen, daß unser Ziel nicht sein kann, die russische Staatlichkeit infrage zu stellen. Vernünftige deutsch-russische Beziehungen auf möglichst vielen Ebenen liegen im beiderseitigen Interesse – von wünschenswerter, in einem Teil Deutschlands bereits über vier Jahrzehnte gelebter deutsch-russischer Freundschaft noch gar nicht zu reden ...

Hans Schoenefeldt

„Rußland bis Sommer 2023 vernichten“

Die NATO will mehr als nur einen Sieg auf dem Schlachtfeld

Der Westen hat die strategische Entscheidung getroffen, einen neuen Zyklus der Konfrontation mit Rußland einzuleiten. Diesen sieht er als Chance, die Phase des „Positionskriegs“ entscheidend zu durchbrechen, der zu einer Sackgasse für den Westen wird, denn er verbraucht Ressourcen, bietet aber keine Aussicht mehr auf einen Sieg über Rußland – weder auf dem Schlachtfeld, wie in den Träumereien von Josep Borrell, noch im Hinterland. Die Vereinigten Staaten verlieren allmählich die wichtigste Ressource der Epoche der globalen Transformation – nämlich die Zeit, und die schleichende Verwicklung in einen Konflikt ohne Aussicht auf einen militärischen Erfolg ist nicht nur mit ständigen politischen Korruptionsskandalen, sondern auch mit einer vollwertigen politischen Krise verbunden. Am Rande sei bemerkt, daß die Entscheidung über das neue Paket auf rein individueller, nationaler Basis und außerhalb der Mechanismen der „Atlantischen Sicherheit“ erfolgte. Der Dialog und der Konsens mit den immer kritischeren „Partnern“ sind nicht mehr nötig – man kann sich nur noch auf die „Richtigen“ verlassen. Höchstwahrscheinlich ist dies die Hauptantwort auf alle Friedensbemühungen, die in den letzten Monaten von vielen Politikern, von Erdoğan bis Guterres, unternommen wurden.

Der Westen setzt erneut nicht nur auf einen Sieg des Kiewer Regimes auf dem Schlachtfeld, sondern auch auf eine strategische Niederlage Rußlands, die seine Staatlichkeit infrage stellen soll und zeigt damit, daß er bereit ist, einen höheren Preis als bisher zu zahlen. Der Westen macht kein Geheimnis daraus, daß die Militärgüter geliefert werden, um eine neue Offensive der ukrainischen Streitkräfte zu organisieren. Er räumt aber bezeichnenderweise ein, daß es acht Wochen bis mehrere Monate dauern wird, um den Einsatz des neu gelieferten Materials und die Ausbildung des Personals vorzubereiten, ganz zu schweigen von der Einrichtung einer Versorgungsbasis in der Ukraine. Zur Zeit wird ein erheblicher Teil des aus irgendeinem Grund ausgefallenen

Maschinen nach Polen, der Slowakei und Rumänien zur Reparatur gebracht, und dieses System sollte im Frühsommer voll einsatzfähig sein. Grundsätzlich paßt das zu den Plänen, die in den Medien durchgesickert sind, Rußland müsse im Sommer 2023 endgültig „vernichtend geschlagen“ werden. Allerdings brauchen die NATO und Kiew weitaus früher einen deutlichen militärischen Sieg, da das „Kanonenfutter“, mit dem die Ukraine die Löcher in der Donbass-Front derzeit stopft, kaum länger durchhalten wird. Folglich werden „Freiwillige“ aus den NATO-Ländern zu den Operateuren des neuen Geräts, zu den Mechanikern usw. Logischerweise wird auch die Anzahl der „Freiwilligen“ in den Kampfeinheiten, in denen die neuen Waffen konzentriert werden, erhöht werden müssen. Dadurch ergibt sich mittelfristig ein grundlegend anderes Bild des Geschehens: Die neuen Waffenlieferungen sind nicht einfach nur ein weiteres „Paket“ veralteter Militärgüter, die der Ukraine zur Entsorgung übergeben werden. Hier geht es um eine Abänderung der strategischen Logik des Verhaltens in dem Konflikt.

Das Hauptziel ist die Bildung einer Struktur, die scheinbar im Rahmen der ukrainischen Streitkräfte (AFU) angesiedelt ist, in Wirklichkeit aber eine Parallelstruktur darstellt, die vollständig auf die NATO-Kaliber abgestimmt ist. Dafür beispielhaft ist die forcierte Umstellung der leichten Artillerie der AFU auf das Kaliber 105 mm, das es in der Armee der UdSSR nie gab. Dazu gehören auch die Prinzipien der Stabs- und der Kampfführung, die vermutlich kurz vor Vollendung steht, der Instandhaltung, wobei in diesem Stadium bereits mit einer Verstärkung ausländischer Techniker und Stablinienorganisation sowie Söldnern in den Einheiten der Streitkräfte gearbeitet wird. Im Ergebnis bildet sich allmählich eine hybride Struktur heraus, die mit neuer Technik, Menschen und Fahrzeugen der NATO versorgt werden kann, ohne weitere ernsthafte organisatorische Schwierigkeiten zu haben, einschließlich des Übergangs zum

polnisch-englischen „Dialekt“ der militärischen Kommandos. In wenigen Monaten dieser „qualitativen Rotation“ – gerade bis Mitte des Frühlings – werden wir eine NATO-Armee unter ukrainischen Bannern haben, jedoch ohne politische Verpflichtungen der NATO im Zusammenhang mit dem berüchtigten vierten und fünften Artikel der Charta. Und diese Armee wird wahrhaftig in der Lage sein, nicht nur bis zum letzten Ukrainer, sondern auch bis zum letzten Polen und Rumänen zu kämpfen, während die „Bürde“ für die USA, Frankreich und Deutschland in diesem Konflikt geringfügig zunehmen wird.

Die Frage ist lediglich, inwieweit die USA und ihre Vasallen im gegenwärtigen Szenario die Spannungen um die Ukraine weiter anheizen werden, ob sie das Konfliktgebiet bis zum Dnjestr ausdehnen werden, wie die militärischen Vorbereitungen in Rumänien und Bulgarien zeigen, oder ob sie angesichts der strategischen Sackgasse in der Ukraine beschließen werden, eine neue Front zu eröffnen. Dies wiederum würde von den Vereinigten Staaten einen Übergang zur nächsten Phase des Ressourceneinsatzes im Kampf gegen Rußland erfordern, hätte aber auch neue Möglichkeiten der Konsolidierung der Eliten zur Folge. Auch dieses Szenario sollte nicht ausgeschlossen werden, man muß sich nur überlegen, wo und wann: Washington ist erfahren in der Organisation von Provokationen, um ungünstige politische Trends zu brechen. Allein der Verweis auf den Tonkin-Zwischenfall im Jahr 1964, der Washington eine rechtliche Grundlage für eine direkte Invasion in Vietnam lieferte, reicht hierbei aus.

Dmitri Jewstafjew

Redaktionell gekürzt

Der Autor ist Politikwissenschaftler, Spezialist für politisch-militärische Fragen der nationalen Sicherheit Rußlands sowie der Militär- und Außenpolitik der USA.

Quelle: rtfnews, 17.1.23

Ein Jahr Ukraine-Konflikt – Was ist festzustellen?

Noch liegt ein Patt in der Luft

Das Resultat von einem Jahr Ukraine-Konflikt besteht in einem instabilen Patt, wobei Rußland langsam wieder die Initiative bei den Kampfhandlungen zur Verbesserung der russischen Positionen übernimmt, wie besonders der Sieg in Soledar und bei der Zurückdrängung der Ukraine/NATO-Truppen in Bachmut beweisen. Realistische Analysten, wie die Generale Kujat und Vad, sehen noch ein kurzzeitiges Zeitfenster für Verhandlungen, da keine der Seiten ihre Offensive voll entfaltet hat. Während Rußland seine Vorbereitung auf eine mögliche Winter-Offensive im Osten der Ukraine mit der Eingliederung von mobilgemachten Truppen und mit der Bereitstellung kriegsfähiger Waffensysteme fast abgeschlossen hat, wartet die Ukraine auf die Lieferung der angekündigten Waffen aus den NATO-Ländern, auf ihre dort ausgebildeten Kämpfer, auf versöldnerte NATO-Soldaten, auf Reparaturbrigaden und Technik zur Wiederherstellung der funktionsuntüchtigen Infrastruktur sowie der Energie- und anderen Netze und auf viel Geld, um ihre Frühjahrsoffensive vorzubereiten. Damit sollen die russischen Streitkräfte von der Krim und aus den jetzt zu Rußland gehörenden Republiken bis zum Sommer 2023 verjagt werden.

Fakten zur Ausgangslage des Ukraine-Konflikts

Vertrauensbrüche als Voraussetzung für aggressive Politik

Ist es nicht der Westen, der seit Jahrzehnten – nicht nur gegenüber Rußland – Vertrauensbrüche praktiziert? Erinnert sei an das Versprechen des Westens, welches die Außenminister der USA und Deutschlands, Baker und Genscher, gaben, wonach sich die NATO um „keinen Inch“ (2,54 cm) nach Osten ausdehnen sollte. Heute wollen USA und NATO auch noch die Anliegerländer Ukraine, Georgien, Finnland und Schweden auf Kosten der Sicherheit Rußlands in die NATO aufnehmen. Auch die neuerlich von den westlichen Garantiemächten zugegebene Täuschung Putins bezüglich des Minsk-2-Abkommens führte zu einem fundamentalen Vertrauensverlust Rußlands gegenüber den führenden EU-Staaten. Merkel, Hollande und auch Poroschenko dachten – trotz eines UN-Beschlusses dazu, zu welchem sie sich, die Öffentlichkeit irreführend, bekannten – niemals daran, dieses Abkommen umzusetzen. Das ist ein bewußter Bruch des Völkerrechts.

Der durch das Täuschungsmanöver erzielte Zeitgewinn ermöglichte es dem Westen, die Ukraine ideologisch und militärisch gegen Rußland aufzurüsten. Putins Sprecher Peskow dazu: „Die Haltung der westlichen Partner zum Minsk-2-Abkommen macht deutlich, daß die Entscheidung Putins zur Durchführung einer Spezialoperation in der Ukraine richtig war.“



Dmitri Peskow, Pressesprecher des russischen Präsidenten

Ein Genozid im Donbass löst die Spezialoperation der RF in der Ukraine aus

Die Asow-Nazisten, die zur tragenden Säule des neonazistischen und faschistoiden ukrainischen Staates wurden und auf die sich die USA und die NATO stützen, beschossen über acht Jahre die um ihre Selbständigkeit kämpfenden Donbass-Republiken, auch mit ballistischen Raketen „Totschka“, und verübten so an ihren ehemaligen Landsleuten ein Genozid, der im Donbass 14 000 Tote und die Zerstörung großer Teile der Infrastruktur von Donezk und Lugansk zur Folge hatte. Dieser aggressive Fakt führte zur Antwortreaktion Rußlands in Form einer Spezialoperation zum Schutz der russischsprachigen Bevölkerung im Donbass, die später mit Entmilitarisierungs- und Entnazifizierungs-Maßnahmen auf die ganze Ukraine ausgedehnt wurde. Auf alle Bemühungen, von den USA und der NATO Sicherheitsgarantien sowie die Aufhebung der Aufnahmeabsicht der Ukraine in die NATO zu erwirken, erhielt die Russische Föderation (RF) nur frustrierende Absagen. Der Westen akzeptiert kein souveränes und starkes Rußland, er will zur eigenen globalen Dominanzsicherung Rußland schwach sehen, strebt die Aufteilung des Landes an und beansprucht den ungehinderten Zugriff auf die Energieträger und Rohstoffe.

Zu markanten Resultaten des Ukraine-Konflikts nach 12 Monaten

Die russischen Streitkräfte (SK), mit Milizen der DVR und LVR sowie den Gruppierungen Kadyrow und Wagner haben

1. die militärischen Fähigkeiten der Ukraine mit begrenzten Kräften (20 % der RF-SK), die anfänglich vorhandene Bewaffnung der Ukraine zweifach vernichtet, die Hauptkräfte der Marine, der Luftstreitkräfte sowie der Luftverteidigung außer Kraft gesetzt;
2. vier Republiken im Osten der Ukraine (ca. 20 % des ukrainischen Territoriums) in das Staatsgebiet der RF aufgenommen, wengleich auch noch nicht deren vollständige Territorien;
3. mit den Siegen in Mariupol, bei der Kesselschlacht von Sewerodonezk und bei Soledar/Bachmut, die neben den großen personellen und materiellen ukrainischen

Verlusten auch russische forderten, bedeutende Kräfte der nazistischen Asow-Bataillone außer Gefecht gesetzt;

4. über 50 % der energetischen und der kritischen Infrastruktur der Ukraine außer Funktion gebracht;
5. es aber bisher nicht geschafft, den Beschuß der integrierten Republiken und auf russisches Kernland durch die ukrainischen Streitkräfte zu unterbinden.

Rußland hat sich durch anfängliche Rückschläge, welche die Folge von Fehleinschätzungen der Geheimdienste, der Führung des Landes und von Militärs waren, nicht von seinem Kurs abbringen lassen und die Strategie und Taktik stets den Erfordernissen der Kampfhandlungen angepaßt. Bei den bewußt vorgenommenen Rückzügen konnte die RF bei Kiew über 20 000, bei Charkow 5000 und bei Cherson 22 000 kampferprobte Soldaten retten und in die Donbass-Front eingliedern.

Erfolge brachte der verbundene Einsatz von Drohnen, Raketen und Langstreckenwaffen gegen die ukrainischen Truppen und auf die kritische Infrastruktur der Ukraine hinter der Front.

Die Teilmobilmachung wurde mit Anfangsschwierigkeiten erfolgreich umgesetzt, wodurch die Verstärkung der russischen Donbass-Gruppierung auf 540 000 möglich wurde. Somit verfügt die russische Seite heute über annähernd die gleiche personelle Stärke wie die ukrainische Armee einschließlich der Fremdenlegionäre und versöldneter NATO-Soldaten.

Die RF ging zu einer Kriegsstruktur über. So erhielt der Generalstabschef der russischen Armee, General Gerassimow, als höchster Militär Rußlands den Oberbefehl der SK der RF in der Ukraine, wobei diesem zwei syrienerfahrene Stellvertreter zur Seite gestellt wurden. So konnte die Befehlskette wesentlich effektiviert werden.

Obwohl Rußland einen Großteil seiner Ziele erreichte, bleibt für 2023 die Lösung solcher schwieriger Aufgaben wie: die weitere Entnazifizierung, besonders in den eingegliederten Republiken, die vollständige Befreiung der integrierten Territorien sowie die Erreichung einer neutralen, NATO-freien Ukraine und von Sicherheitsgarantien.

Rußland ist sich der zunehmenden Unterstützung durch den Iran (Waffenlieferungen) und China (Chips und Technologielieferungen) sicher.

Die ukrainische Armee mit ihren neonazistischen Gruppierungen, einer Fremdenlegion, mit NATO-gestützten Söldnern hat

1. die Verteidigung des Landes unter US-Führung organisiert, dabei russische Schwächen, z. B. den ungeordneten Abzug der russischen SK bei Kiew ausgenutzt, größere Territorien zurückerobert sowie den SK der RF Verluste beigebracht, wengleich auch mit hohen eigenen Verlusten an Personal, Technik und an Reserven. So konnte die Hauptstadt vor einer russischen Besetzung bewahrt werden;

2. mit ihren lauthals proklamierten „Siegen“ bei Charkow und Cherson 2,5 % des von der RF besetzten Gebietes mittels großer Hilfe der NATO-Staaten (besonders Polens) mit Personal und Waffen und durch bewußte Rückzüge von Truppen der RF zurückerobert werden können. Dabei kam es jedoch nicht zu strategischen Durchbrüchen.
3. die in Rußland eingegliederten Territorien und die Krim, auch mit einer großen Anzahl von Angriffen und Terroranschlägen auf russische Truppen und russisches Kernland, nicht zurückerobert werden können;
4. es nicht vermocht, die Schläge Rußlands auf die kritische Infrastruktur abzuwenden und mußte die Außerkraftsetzung großer Teile derselben hinnehmen;
5. es nicht vermocht, die Verringerung der militärischen Möglichkeiten der Ukraine, die auf US-Echtzeit-Daten des „Starlink“-Systems fußen und die mittels russischer Systeme des FEK effektiv gestört wurden, aufzuhalten.

Die Ukraine hat ihre durch Gesetze beschlossenen und die von ihren Auftraggebern bestimmten Ziele noch nicht erreicht und ist deshalb, laut Weising Letzterer, bisher nicht zu Verhandlungen bereit. Sie baut auf baldige umfangreiche westliche Waffenlieferungen, Ausbildungsmissionen in NATO-Ländern, eine große Anzahl von versöldnerten NATO-Soldaten sowie auf viel Geld. Eine umfangreiche Hilfe erwartet das Land bei der Wiederherstellung der zerstörten Infrastruktur. Die ukrainischen SK, die wegen Personal- und Materialmangel derzeit unter großem Druck stehen, setzen bei den blutigen Kämpfen um Soledar und Bachmut Komponenten chemischer Kampfstoffe gegen russische Einheiten ein. Die Überwindung des Materialmangels erfährt immer wieder Rückschläge, wie z. B. durch die Rückzieher einiger Länder bei den Panzerlieferungen wegen der beizustellenden NATO-Besatzungen. Selenskyis „Konfliktlösungsangebot“ ist der Einsatz von Atomwaffen, deren Besitz die Ukraine anstrebt.

Er setzt auf eine erfolgreiche Frühjahrsoffensive und will, gemeinsam mit der NATO, die Befreiung ihrer durch Rußland besetzten Territorien bis zum Sommer 2023 erreichen.

Zu Personal, Material und zu den Verlusten der Seiten nach 10 Monaten Ukraine-Konflikt

Die RF verfügte über 418 000 Mann, darunter 50 000 Kämpfer der Donbass-Milizen sowie 30 000 Kämpfer der Wagner- und 25 000 Mann der Kadyrow-Gruppen mit zunehmender Tendenz (wegen der Mobilmachung). Die Ukraine verfügte kumulativ ansteigend anfangs über 250 000, dann 500 000 und nun über 734 000 Mann (mit abnehmender Tendenz, wegen der hohen Verluste). Derzeit wird eine 6. Mobilmachung, nun der 45 bis 60-Jährigen, durchgeführt.

Verluste der Seiten des Ukraine-Konflikts nach Mossad-Daten)

Ukrainische personelle und materielle Verluste

Tote: 157 000 AFU-Soldaten und Nazis, 234 NATO-Ausbilder (USA, GB, Polen),

5360 Söldner, Verwundete: 234 000, Gefangene: 17 230

Verluste an Militärtechnik: 2458 Flugzeuge und Drohnen, 514 weitere Flugkörper und Hubschrauber, 2750 UAVS, 6320 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, 7360 Artilleriesysteme, 497 Flugabwehrsysteme

Russische personelle und materielle Verluste

Tote: 18 480, Verletzte: 44 500, Gefangene: 323 Verluste an Militärtechnik: 23 Flugzeuge, 56 Hubschrauber, 200 UAVS, 889 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, 427 Artilleriesysteme, 12 Luftverteidigungssysteme

Obwohl ein Angreifer immer höhere Verluste als der Verteidigende hat, scheinen die Verlustzahlen der russischen Seite, angesichts der letzten Kämpfe, unrealistischer als die der Ukraine zu sein.

Wie weiter im Ukraine-NATO-RF-Konflikt?

Polen ändert das Narrativ des Konfliktausgangs

Während die meisten Mainstreammedien, die Neocons und andere Kriegstreiber in den USA, in GB, der EU sowie in der Ukraine noch vom baldigen Sieg über Rußland schwafelten, ließ der polnische Premierminister Morawiecki bei seinem Staatsbesuch in der BRD eine Bombe explodieren. Er zerstörte das Narrativ des kollektiven Westens vom „unvermeidlichen Sieg der Ukraine“ und ersetzte dieses durch sein Narrativ – einer „unvermeidlichen Niederlage der Ukraine“. Eindringlich warnte er angesichts der russischen Erfolge bei Soledar und Bachmut die Staatenlenker des Westens vor dem Eintreten einer solchen Niederlage und forderte diese auf, die Ukraine stärker und schneller zu unterstützen, die 100 Milliarden US-Dollar seien viel zu wenig. Eine mögliche Niederlage der Ukraine könnte, so Duda und Morawiecki, der Auftakt zum 3. Weltkrieg werden.

Was bewog Polen dazu, als einziger NATO-Staat, das „Sieges-Narrativ“ zu ändern?

Der international bekannte polnische Journalist Andrew Korybko stellt fest, daß das Land nach den USA der größte Unterstützer der Ukraine ist. Polen lieferte u.a. 260 Panzer T72 und will auch zukünftig Leo-2-Panzer und F-16-Flugzeuge liefern. Es steht an der Spitze bei kämpfendem Personal in der Ukraine (bis zu 20 000 Kämpfer), bei der Waffenausbildung von ukrainischen Soldaten sowie bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Eine große Rolle spielt dabei, daß Selenskyi und Duda eine Konföderation zwischen Polen und der Ukraine bildeten, die auch eine polnische Besetzung der Westukraine vorsieht. Zudem sind im Herbst auch noch Wahlen in Polen. Und alles spricht dafür, daß Polen, welches so viel in die Ukraine investiert hat, dafür eine Dividende erwartet. D. h., daß sie für ihren Partner und für sich einen Sieg beanspruchen. Polens Bürger würden eine Niederlage nicht akzeptieren und könnten der PIS eine Wahlniederlage beibringen. Aus diesen Gründen positionierte sich der polnische Premier eindeutig für eine deftige Eskalation des Konflikts. In diese

Kerbe schlägt auch der ehemalige Botschafter der USA in Rußland, McFaul. Dieser strebt anstelle einer langsam ansteigenden Militärhilfe für die Ukraine einen finanziellen und militärischen Wumms an, ohne den die RF nicht zu besiegen sei. Beide stehen damit auf den Positionen der aggressiven Neocons und nicht auf denen der RAND-Corporation, die meint, daß es für die Innenpolitik und für die internationale Wirkung der USA besser wäre, keine Eskalation im Ukraine-Krieg vorzunehmen und dafür einer diplomatischen Lösung eine Chance zu geben.

Die Entscheider zwischen Eskalation und Verhandlungen sollten so realistisch sein, den Abtritt von ukrainischen Territorien, den neutralen Status und den Verzicht auf Aufnahme der Ukraine in die NATO zu akzeptieren und Rußland sowie der Ukraine Sicherheitsgarantien zu gewähren. Sie sollten die Ukraine intensiv für die Teilnahme an Verhandlungen zur Beendigung des Konfliktes beeinflussen.

An Stelle eines Resümees

Unabhängig von dem, was die RAND-Gruppe erklärt, sind es die machtausübenden kriegslüsternen Neocons in den USA, in GB, in der Mehrzahl der EU-Länder und die Scharfmacher in der Ukraine, die eine drastische Erhöhung der militärischen und finanziellen Hilfe und somit eine Eskalation des sich zum NATO-Rußland-Krieg entwickelnden Konflikts durchboxen. Sie sind es, die jegliche „vorzeitige“ Kompromisse mit Rußland ablehnen. Die Neocons bilden die Mehrheit, die mit allen Mitteln für die Lieferung schwerer und immer modernerer Waffen, auch solcher, die das Kernterritorium der RF erreichen können, eintreten. Die USA und die NATO sprechen Rußland das Recht ab, auf die Eskalationen des Westens und der Ukraine zu reagieren. Es fiel der Satz: „Was passiert, wenn Putin verrückt wird und den roten Knopf drückt?“ Dann war wohl US-Präsident Truman ziemlich verrückt, als er 1945 Atombomben ohne militärische Notwendigkeit auf Hiroshima und Nagasaki abwerfen ließ, die auf einen Schlag mehr als 100 000 Menschen töteten und verkrüppelten. Wurden er, seine Berater und andere Beteiligte dieser unmenschlichen Tat je zur Verantwortung gezogen? Aber Putin will man nicht vertrauen. Vielleicht reagiert der kollektive Westen auf Putin deshalb so, weil Letzterer ihnen nicht gestattet, Rußland das Fell abzuziehen und das Land auf jugoslawische Weise unter sich aufzuteilen?

Der österreichische Analytiker Oberst Reisner stellte fest, daß Rußland mit neuen und modernisierten Waffen, großen Munitionsreserven (ca. 100 000 Granaten), seinem hochgefahrenen MIK, seinen riesigen Ressourcen und seinen Partnern in diesem Konflikt den längeren Atem zu haben scheint. Auch sieht er vorerst kein Ende des Krieges, da die Seiten noch in der Lage sind, personell und materiell zu eskalieren. Rußlands Verhandlungsbereitschaft ist derzeit größer, als die des kollektiven Westens und der Ukraine.

Die Deeskalation des Konflikts und Friedensverhandlungen können derzeit nur noch durch Massenaaktionen aller Friedenswilligen in Europa und der Welt erzwungen werden.

Oberst a.D. Gerhard Giese

Zeitenwende – böses Ende!

Ein Jahr nach der Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz in der Sondersitzung des Bundestages vom 27. Februar 2022, in der er die „Zeitenwende“ verkündete, hat seine Partei nach einer Klausurtagung der SPD-Fraktion am 13. Januar 2023 ein Positionspapier „Sozialdemokratische internationale Politik in der Zeitenwende“ verabschiedet.

Es wurde veröffentlicht, nachdem das Bundeskanzleramt im Dezember 2022 den Entwurf einer „Nationalen Sicherheitsstrategie“, die im Koalitionsvertrag vereinbart war und vom Auswärtigen Amt unter Leitung von Annalena Baerbock ausgearbeitet wurde, verworfen hat, weil er nicht, wie es hieß, den Anforderungen entsprach.

Im Positionspapier wird Solidarität mit dem Kiewer Regime bekundet. Es macht aber auch Probleme in der deutschen Außenpolitik und besonders im Verhältnis Deutschlands zu Rußland sichtbar.

Alle Rohre gegen Rußland

Das Bild über die Tätigkeit der von der SPD geführten Regierung von Olaf Scholz war im vergangenen ersten Jahr von Russophobie gezeichnet. Alle sprachen nur von Waffenlieferungen an die Ukraine, Ausbildung für ukrainisches Militär, Sanktionen gegenüber Rußland, Hilfspakete für das ukrainische Regime usw. Annalena Baerbock durfte sogar als Außenministerin Deutschlands (!) vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates erklären: „... Wir führen Krieg gegen Rußland ...“

Der durch die Ukraine aufgebaute politische Druck auf die deutsche Regierung, der wesentlich von den USA orchestriert wurde, hatte zur Folge, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck entstand, als wäre das die einzige Frage der deutschen Außenpolitik.

Wie auch die Aussage der Außenministerin bestätigt, deckt sich in der Zwischenzeit die Haltung Deutschlands in vielerlei Hinsicht mit der der Ukraine. Auch Deutschland geht es um den militärischen Sieg des aktuellen Kiewer Regimes über Rußland. Es geht aber vor allem darum, „Rußland zu ruinieren“, wie Baerbock formulierte.

Im Bündnis mit den USA und den anderen NATO- und EU-Mächten strebt Deutschland eine strategische Niederlage Rußlands an, die seine Staatlichkeit infrage stellen soll. Damit wiederholt die Führungselite der BRD den größten Fehler, der in der deutschen Geschichte gemacht wurde. Die Vertreter des deutschen Kapitals sind nicht bereit, aus der Geschichte entsprechende Lehren zu ziehen, um sie in eine dauerhafte Friedenspolitik umzusetzen.

Und um die Gefahren, die für Deutschland und EU-Europa daraus entstehen, abzufangen, soll die Ukraine, deren Reichtümer man schon vor einem Jahrhundert haben wollte, zu einer Art Pufferzone zwischen Deutschland bzw. dem EU-Europa und Rußland werden, was übrigens auch ein Motiv für die Osterweiterung der NATO und der EU war und weiterhin ist. Darin ist man sich auch mit den USA einig.

Deutschland will die Ukraine nutzen, um seine eigene Position gegen Rußland und in ganz Europa auszubauen. Darauf aufbauend soll Deutschland zu einem bestimmenden Faktor der *internationalen* Politik werden, der nicht nur auf die Wirtschaft, sondern auch auf das Militär baut. Das wollen die USA nicht.

Es geht um das alte Ziel, dem deutschen Kapital Möglichkeiten für mehr internationalen Einfluß, Macht und Profit zu erschließen. Der Kampf um die Ukraine ist Bestandteil des Weges der BRD von einer „Gestaltungsmacht im Wartestand“ zu einer „Führungsmacht in der EU“ und in Europa und jetzt, mit der Zeitenwende, zu einer „Führungsmacht in den internationalen Beziehungen“.

An der Rolle einer Pufferzone ist aber die Ukraine nicht interessiert. Sie will zu einer *eigenständigen*, antirussischen Bastion und zu einer Macht in der Region aufsteigen, die aufgrund ihrer geographischen Lage zu einer zentralen Achse der Anti-Rußland-Politik der USA und der NATO avanciert. Hieraus entstehen auch Widersprüche im Verhältnis zwischen der BRD und der Ukraine, die auf das Verhalten der BRD wirken.

Positionen sind noch keine Politik

Von einer Außenpolitik, die von derartigen Zielen bestimmt wird, distanziert sich das Positionspapier der Bundestagsfraktion der SPD überhaupt nicht. Es enthält – im Unterschied zu dem vom Co-Vorsitzenden Lars Klingbeil geprägten Dokument der Kommission Internationale Politik der SPD vom 20.1.2023 („Sozialdemokratische Antworten auf eine Welt im Umbruch“) – aber soviel Realitätssinn, daß es auf die Notwendigkeit hinweist, daß mit Rußland „diplomatische Gespräche möglich bleiben“ müssen.

Das zeigt, daß die Bundestagsfraktion der SPD den in der Mitgliedschaft und in den Reihen der Wählerschaft vorhandenen Druck berücksichtigen muß, der von den Resten der Erinnerung an die von Egon Bahr und Willy Brandt nach dem 13. August 1961 entwickelten Friedens- und Entspannungspolitik noch immer ausgeht.

Im Positionspapier weist die Fraktion darauf hin, daß „eine Politik der kleinen Schritte, die in überschaubaren Bereichen Initiativen zur Vertrauensbildung startet und regelmäßig auf ihre Wirksamkeit überprüft wird, ein diplomatischer Ansatz sein“ könnte. Auf lange Sicht werde Rußland „für die Gestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur relevant sein“.

Das bleibt zwar hinter früher schon vorhandenen Erkenntnissen zurück. Denn es ist noch gar nicht lange her, da forderte die SPD in ihrem Wahlprogramm von 2021, auf dessen Grundlage die jetzige Regierung gewählt wurde: „Frieden in Europa kann es nicht gegen, sondern nur mit Rußland geben“.

Klärungsbedarf in der SPD

Wohin die Reise geht, wird man Ende dieses Jahres deutlicher feststellen können. Ein Parteitag der SPD soll ein neues außen- und sicherheitspolitisches Konzept beschließen.

Am 20. Januar hat die Kommission Internationale Politik beim Parteivorstand der SPD dazu ein Dokument „Sozialdemokratische Antworten auf eine Welt im Umbruch“ veröffentlicht, das ein Abgleiten auf militaristische Positionen dokumentiert und von drei Grundpfeilern getragen wird: Führungsrolle Deutschlands in der Welt (nicht nur Europa), Militarisierung als Mittel der „Friedenspolitik“ und Feindschaft zu Rußland.

Problematische Bereiche gibt es ausreichend. Eine sehr wichtige Frage dürfte der Militarisierung, der Rolle des militärischen Faktors in den internationalen Beziehungen und seinem Einsatz in der deutschen Außenpolitik eingeräumt werden.

Lars Klingbeil, ein Vorreiter des Militärischen, erklärte u.a. in seiner Rede zur Zeitenwende, daß es für Deutschland notwendig sei, „nach knapp 80 Jahren der Zurückhaltung heute eine neue Rolle im internationalen Koordinatensystem“ zu konzipieren. Dies soll unter dem Gesichtspunkt erfolgen, daß „Deutschland ... den Anspruch einer Führungsmacht haben (muß)“.

Es sollte schon Beachtung finden, daß er das nicht nur auf Europa, sondern auf das „internationale Koordinatensystem“ bezieht. Ausdrücklich weist er darauf hin, daß Deutschlands Friedenspolitik, wie er sagt, für ihn bedeutet, „auch militärische Gewalt als ein legitimes Mittel der Politik zu sehen!“ Das provoziert durchaus die Befürchtung, daß der Parteitag zu einer Konzeption veranlaßt werden soll, deren grundlegender Bezug der zu Macht und Gewalt ist, daß es nicht eine Konzeption sein wird, die auf kollektive Sicherheit, auf Frieden sowie auf Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil zwischen souveränen und gleichberechtigten Staaten ausgerichtet ist. Das ist eine weitere Absage an die von Willy Brandt verfolgte Politik, auch wenn das Gegenteil versichert wird.

Beträchtliche Widersprüche auf höchster Ebene

Im Koalitionsvertrag hat die Regierung die Erarbeitung einer Nationalen Sicherheitsstrategie angekündigt, die im Februar 2023 vorgelegt werden sollte. Federführend sollte das Auswärtigen Amt unter Führung von Annalena Baerbock sein.

In der Zwischenzeit stellt sich heraus, daß Widersprüche zwischen Bundeskanzler und Außenministerin über den Inhalt dieser Strategie so groß geworden sind, daß es nicht möglich war, sich auf die Formulierung gemeinsamer Standpunkte zu grundlegenden Fragen zu einigen.

Das war schon zu Beginn ihrer Tätigkeit im neuen Amt abzusehen. Bekanntlich trompete sie: „Ich verstehe Außenpolitik als Weltinnenpolitik.“

Leider wird der Sprengstoff dieser Aussage zu oft verharmlost. In Wirklichkeit ist das ein deutlicher Hinweis darauf, daß sie Anhängerin der Theorien ist, die in den amerikanischen Zentren zur Rechtfertigung und Erhaltung der Hegemonialpolitik der USA fabriziert werden.

Sehr deutlich wurden die davon ausgehenden wachsenden Widersprüche in der Koalition – vor allem zwischen den Grünen einerseits und der SPD und auch der FDP andererseits – in der Zurückweisung des Entwurfs einer Nationalen Sicherheitsstrategie durch das Bundeskanzleramt, der unter Federführung des Auswärtigen Amtes und von Annalena Baerbock erarbeitet wurde.

Zugleich wird sichtbar, daß es dabei nicht nur um persönliche Widersprüche oder um stilistische Unterschiede geht, die vielleicht aus dem Bildungs- bzw. Ausbildungsgang der Außenministerin resultieren, wie es gerne in den Medien dargestellt wird. Es geht vielmehr um grundsätzliche Einschätzungen der globalen und regionalen Verhältnisse und um Fragen der strategischen Ausrichtung der deutschen Außenpolitik.

Laut Pressemeldungen betreffen die Vorbehalte des Bundeskanzleramtes rund 30 Einzelprojekte des Entwurfs der Nationalen Sicherheitsstrategie, wie er vom Außenamt vorgelegt wurde.

Von zentraler Bedeutung, neben der Konzentration gegen Rußland, ist dabei die Gestaltung des Verhältnisses zwischen der BRD und der VR China. Die Reise von Bundeskanzler Scholz in die VR China wurde nicht nur von

der Außenministerin und den Grünen kritisiert. Sie widersprach vor allem dem Konzept und den Forderungen der aktuellen US-amerikanischen Politik gegenüber China, die auch von Annalena Baerbock vertreten werden. Die offene Kritik der Außenministerin an der Reise des Bundeskanzlers offenbart somit ihre ablehnende Haltung zu zentralen außenpolitischen Positionen des Bundeskanzlers. Sie weist zunehmend auf Abgrenzungen hin. Es ist wichtig, auch darauf zu verweisen, daß seit Antritt der gegenwärtigen Regierung beträchtliche Widersprüche auf mehreren Ebenen und verschiedenen Bereichen aufgetreten sind. Sie erfassen entscheidende Kreise, deren Miteinander oder Gegeneinander ausschlaggebend für die Stabilität dieser Regierung und für die Berechenbarkeit ihrer Politik sind. Dazu gehören:

- innerparteiliche Widersprüche in der SPD zwischen Bundeskanzleramt – SPD-Bundestagsfraktion – Co-Vorsitzender der SPD, Lars Klingbeil, einschließlich Seeheimer Kreis in der SPD;
- Widersprüche zwischen Bundeskanzler und Außenministerin;
- Widersprüche zwischen den Koalitionspartnern SPD und Grünen und auch zwischen Grünen und FDP.

Machtfrage an erster Stelle

Nach einem Jahr ist eine Situation entstanden, in der die Koalition zwar noch nicht akut gefährdet ist. Die Widersprüche beginnen aber aufzubrechen. Geht der Prozeß so weiter, erodieren die Stabilität und Handlungsfähigkeit dieser Koalition.

Auf jeden Fall dürfte der Bundeskanzler darauf bestehen, daß das Kanzleramt das letzte Wort in den Fragen der Beziehungen der BRD zu Rußland und China sowie in der Europapolitik spricht. Aber auf welcher Grundlage? Auf der Grundlage der Vorstellungen der Bundestagsfraktion oder auf der Grundlage der Positionen, die im Dokument der Kommission für Internationale Politik des Parteivorstandes (Klingbeil) beschrieben werden.

Der Bundeskanzler hat sein Credo so formuliert: „Die EU ist unser Handlungsrahmen, unsere Chance. ‚Macht unter Mächtigen‘ zu bleiben, darum geht es, wenn wir von ‚europäischer Souveränität‘ reden. Drei Dinge braucht es auf dem Weg dorthin: erstens den Willen, als ‚Macht unter Mächten‘ zu handeln, zweitens gemeinsame strategische Ziele und drittens die Fähigkeiten, diese Ziele zu erreichen. An allem arbeiten wir.“

Prof. Dr. Anton Latzo

Die Angst der Kriegstreiber vor dem ewigen Frieden

„Du sollst fliegen, Friedenstaube, allen sag es hier, daß nie wieder Krieg wir wollen, Frieden wollen wir ...“ Kinder, die in der DDR aufwuchsen, lernten das Lied von der kleinen, weißen Friedenstaube schon im Kindergarten. Heute gibt es statt Friedenslieder für Kinder und Jugendliche oft auf Gewalt orientierte Videospiele (Killerspiele), die nicht selten auch noch als „besonders wertvoll“ klassifiziert werden. Das Töten von Menschen steht hier im Vordergrund, auf welche Art auch immer. Töten ist ja so leicht, ohne daß man bestraft wird, ohne daß es weh tut. Mit diesen Erfahrungen konfrontiert, sinkt dann in der Realität die Hemmschwelle, Gewalt gegen andere anzuwenden, letztlich zu töten.

Es liegt auf der Hand, daß das bereits Teil des Ringens um die Köpfe junger Menschen ist, das mit dem Agieren von sogenannten Jugendoffizieren an Schulen und dem schon seit einiger Zeit in der Öffentlichkeit kursierenden Slogan „Werben fürs Sterben“ seine Fortsetzung findet.

Deutsche Geschichte liefert „Vorbilder“. Die beiden Weltkriege wurden u.a. mit einer massiven ideologischen Beeinflussung der Bürger, insbesondere der Jugend, langfristig und systematisch vorbereitet. Denn man brauchte ein williges, vom deutschen Übermenschen und seiner Mission überzeugtes Volk. Die vor und während dieser Kriege gleichgeschalteten Medien taten ihr Übriges. Damals, so dokumentieren es alte Filmaufnahmen und Zeitungen, unter der

sie vereinigenden Losung: „Panzer müssen rollen für den Sieg“. Die Chemnitzer „Allgemeine Zeitung“ vom 7. August 1941 wählte den Titel: „Kern des Sowjetheeres zerschlagen“. Oder der „Völkische Beobachter“ vom 24. Juni 1941: „Europa in einiger Front gegen Moskau“.

Heute ist man wieder soweit. Es verging kein Tag ohne lautstarke Forderung, Panzer und andere schwere Waffen für den Krieg in der Ukraine zu liefern. Inzwischen rollen sie wieder – deutsche Panzer gen Rußland. Der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Admiral Rob Bauer, behauptete im portugiesischen Rundfunk, daß „das Bündnis für eine direkte Konfrontation mit Rußland bereit“ sei und daß „seine Priorität in der Wiederaufrüstung liege“. Nach seiner Ansicht muß „die zivile Industrieproduktion der NATO-Länder auf den militärischen Bereich ausgerichtet werden“.

Analogien zu geschichtlichen Ereignissen sind überdeutlich.

Karl Liebknecht erklärte im Mai 2015 auf einem Flugblatt: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“: Rheinmetall, Kraus Maffei, Thyssen Krupp oder Deutsche Bank und wie sie alle heißen, die allesamt ausschließlich am Tod verdienen und ihre Profite in extreme Höhen schrauben. Schlagzeilen wie diese untermauern das: „Rheinmetall baut die Fertigung von Munition auf“, „Rheinmetall liefert Panzer an Slowakei“ usw. In diesem Zusammenhang stellte das Deutsche Friedensforschungsinstitut fest, daß „die

100 größten westlichen Rüstungskonzerne im Jahr 2021 Waffen im Wert von 563 Mrd. Euro verkauften ...“ – eine unvorstellbare Summe für Tod und Vernichtung. Ebenso die bereitgestellten 100 Mrd. Euro für die deutsche Bundeswehr, die gemäß dem neuen Verteidigungsminister „bei weitem nicht ausreichen“.

Der Oberst des Heeres der Bundeswehr und seit 2013 Vorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes Andre Wüstner erklärte, „... die Politik“ habe „allerdings noch nicht verstanden, daß Deutschland in eine Art Kriegswirtschaft“ müsse. Damit liegt er auf einer Linie mit dem Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses. Und Annalena Baerbock verkündet vor dem Europarat in Straßburg voller Stolz: „Wir sind im Krieg gegen Rußland“. Fehlt nur noch die Ankündigung: „Seit 5.45 Uhr wird zurückgeschossen.“

Man fühlt sich verhöhnt, wenn Bundeskanzler Scholz im Zusammenhang mit den Panzerlieferungen an die Ukraine feststellt: „Es gibt in diesem Land viele Bürgerinnen und Bürger, die sich Sorgen machen, auch angesichts einer solchen Entscheidung und angesichts der Dimension, die diese Waffe mit sich bringt. Und deshalb möchte ich diesen Bürgerinnen und Bürgern hier und an dieser Stelle sagen: Vertrauen Sie mir, vertrauen Sie der Bundesregierung.“

Was ist das für ein Kanzler, der, ohne rot zu werden, Vertrauen in Kriegspolitik einfordert!

Dietmar Hänel
Flöha

Ukrainekonflikt: „Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt, die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen.“

RF bringt Auszüge aus einem Interview, das die Schweizer Zeitschrift „Zeitgeschehen im Fokus“ am 18. Januar mit dem früheren Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses General a. D. Harald Kujat geführt hat.

Wie schätzen Sie die momentane Entwicklung in der Ukraine ein?

Je länger der Krieg dauert, desto schwieriger wird es, einen Verhandlungsfrieden zu erzielen. Die russische Annexion von vier ukrainischen Gebieten am 30. September 2022 ist ein Beispiel für eine Entwicklung, die nur schwer rückgängig gemacht werden kann. Deshalb fand ich es so bedauerlich, daß die Verhandlungen, die im März in Istanbul geführt wurden, nach großen Fortschritten und einem durchaus positiven Ergebnis für die Ukraine abgebrochen wurden. Rußland hatte sich in den Istanbul-Verhandlungen offensichtlich dazu bereiterklärt, seine Streitkräfte auf den Stand vom 23. Februar zurückzuziehen, also vor Beginn des Angriffs auf die Ukraine. Jetzt wird immer wieder der vollständige Abzug als Voraussetzung für Verhandlungen gefordert.

Was hat denn die Ukraine als Gegenleistung angeboten?

Die Ukraine hatte sich verpflichtet, auf eine NATO-Mitgliedschaft zu verzichten und keine Stationierung ausländischer Truppen oder militärischer Einrichtungen zuzulassen. Dafür sollte sie Sicherheitsgarantien von Staaten ihrer Wahl erhalten. Die Zukunft der besetzten Gebiete sollte innerhalb von 15 Jahren diplomatisch, unter ausdrücklichem Verzicht auf militärische Gewalt, gelöst werden.

Warum kam der Vertrag nicht zustande, der Zehntausenden das Leben gerettet und den Ukrainern die Zerstörung ihres Landes erspart hätte?

Nach zuverlässigen Informationen hat der damalige britische Premierminister Boris Johnson am 9. April in Kiew interveniert und eine Unterzeichnung verhindert. Seine Begründung war, der Westen sei für ein Kriegsende nicht bereit.

Es ist ungeheuerlich, was da gespielt wird, von dem der gutgläubige Bürger keine Ahnung hat. Die Verhandlungen in Istanbul waren bekannt, auch daß man kurz vor einer Einigung stand, aber von einem Tag auf den anderen hat man nichts mehr gehört.

Mitte März hatte beispielsweise die britische *Financial Times* über Fortschritte berichtet. Auch in einigen deutschen Zeitungen erschienen entsprechende Meldungen. Weshalb die Verhandlungen scheiterten, ist allerdings nicht berichtet worden. Als Putin am 21. September die Teilmobilmachung verkündete, erwähnte er zum ersten Mal öffentlich, daß die

Ukraine in den Istanbul-Verhandlungen im März 2022 positiv auf russische Vorschläge reagiert habe. „Aber“, sagte er wörtlich, „eine friedliche Lösung paßte dem Westen nicht, deshalb hat er Kiew tatsächlich befohlen, alle Vereinbarungen zunichte zu machen.“

Darüber schweigt tatsächlich unsere Presse. Haben Sie noch weitere Angaben zu dieser Ungeheuerlichkeit?

Es ist bekannt, daß die wesentlichen Inhalte des Vertragsentwurfs auf einem Vorschlag der ukrainischen Regierung vom 29. März beruhen. Darüber berichten inzwischen auch viele US-amerikanische Medien. Ich habe jedoch erfahren müssen, daß deutsche Medien selbst dann nicht bereit sind, das Thema aufzugreifen, wenn sie Zugang zu den Quellen haben.

Was ist Ihrer Meinung nach das Kernproblem (im Ukraine-Konflikt – d.R.)?

Rußland will verhindern, daß der geopolitische Rivale USA eine strategische Überlegenheit gewinnt, die Rußlands Sicherheit gefährdet. Sei es durch Mitgliedschaft der Ukraine in der von den USA geführten NATO, sei es durch die Stationierung amerikanischer Truppen, die Verlagerung militärischer Infrastruktur oder gemeinsamer NATO-Manöver. Auch die Dislozierung amerikanischer Systeme des ballistischen Raketenabwehrsystems der NATO in Polen und Rumänien ist Rußland ein Dorn im Auge, denn Rußland ist überzeugt, daß die USA von diesen Abschußanlagen auch russische interkontinentalstrategische Systeme ausschalten und damit das nuklearstrategische Gleichgewicht gefährden könnten. Eine wichtige Rolle spielt auch das Minsk II-Abkommen, in dem die Ukraine sich verpflichtet hat, der russischsprachigen Bevölkerung im Donbas bis Ende 2015 durch eine Verfassungsänderung mit einer größeren Autonomie der Region Minderheitenrechte zu gewähren, wie sie in der Europäischen Union Standard sind. (...)

Sie haben (...) noch erwähnt, daß der russische Verteidigungsminister Schoigu Bereitschaft für Verhandlungen signalisiert hat ...

... das hat auch Putin gemacht. Putin hat am 30. September, als er zwei weitere Regionen zu russischem Territorium erklärte, ausdrücklich wieder Verhandlungen angeboten. Er hat das zwischenzeitlich mehrfach getan. Jetzt ist es allerdings so, daß Schoigu das nicht an Bedingungen geknüpft hat, aber Putin hat sozusagen die Latte höher gelegt, indem er sagte, wir sind zu Verhandlungen bereit, aber es setzt natürlich voraus, daß die andere Seite die Gebiete, die wir annektiert haben, anerkennt. Daran sieht man, daß sich die Positionen beider Seiten immer mehr verhärten, je länger der Krieg dauert. Denn Selenskij sagte, er verhandle erst, wenn sich

die Russen vollständig aus der Ukraine zurückgezogen hätten. Damit wird eine Lösung immer schwieriger, aber sie ist noch nicht ausgeschlossen.

Ich möchte noch auf ein Ereignis zu sprechen kommen. Frau Merkel hat in einem Interview ...

... ja, was sie sagt, ist eindeutig. Sie hätte das Minsk II-Abkommen nur ausgehandelt, um der Ukraine Zeit zu verschaffen. Und die Ukraine habe diese auch genutzt, um militärisch aufzurüsten. Das hat der ehemalige französische Präsident Hollande bestätigt.

Petro Poroschenko, der ehemalige ukrainische Staatspräsident, hat das ebenfalls gesagt.

Rußland bezeichnet das verständlicherweise als Betrug. Und Merkel bestätigt, daß Rußland ganz bewußt getäuscht wurde. Das kann man bewerten, wie man will, aber es ist ein eklatanter Vertrauensbruch und eine Frage der politischen Berechenbarkeit. Nicht wegdiskutieren kann man allerdings, daß die Weigerung der ukrainischen Regierung – in Kenntnis dieser beabsichtigten Täuschung – das Abkommen umzusetzen, noch wenige Tage vor Kriegsbeginn, einer der Auslöser für den Krieg war. Die Bundesregierung hatte sich in der UNO-Resolution dazu verpflichtet, das „gesamte Paket“ der vereinbarten Maßnahmen umzusetzen. Darüber hinaus hat die Bundeskanzlerin mit den anderen Teilnehmern des Normandie-Formats eine Erklärung zur Resolution unterschrieben, in der sie sich noch einmal ausdrücklich zur Implementierung der Minsk-Vereinbarungen verpflichtete.

Das ist doch auch ein Völkerrechtsbruch?

Ja, das ist ein Völkerrechtsbruch, das ist eindeutig. Der Schaden ist immens. Man muß sich die heutige Situation einmal vorstellen. Die Leute, die von Anfang an Krieg führen wollten und immer noch wollen, haben den Standpunkt vertreten, mit Putin kann man nicht verhandeln. Der hält die Vereinbarungen so oder so nicht ein. Jetzt stellt sich heraus, wir sind diejenigen, die internationale Vereinbarungen nicht einhalten.

Nach meinen Kenntnissen halten die Russen ihre Verträge ein, sogar während des aktuellen Krieges hat Rußland weiterhin Gas geliefert. Aber Frau Baerbock hat vollmundig verkündet: „Wir wollen kein russisches Gas mehr!“ Daraufhin hat Rußland die Menge gedrosselt. So war es doch?

Ja, wir haben gesagt, wir wollen kein russisches Gas mehr. Alle Folgewirkungen, die Energiekrise, die wirtschaftliche Rezession etc. sind das Resultat der Entscheidung der Bundesregierung und nicht einer Entscheidung der russischen Regierung. (...)

Interview: Thomas Kaiser

Aus: *Zeitgeschehen im Fokus*, 18.1.2023

Parteifarbenspiel – Grün würgt

Da trifft mich fast der Schlag! Da schaue ich in mein Provinzblatt, die MOZ, und lese doch tatsächlich, wenn auch unten in der Ecke, die Überschrift: „Superreiche verdienen am meisten in der Krise“. Donnerwetter, das ich das noch in meinem Schwurbel-Blut- und Boden-Blättchen lesen darf. Wie konnte es dazu kommen? Nun, die Grundvoraussetzung, neben kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnissen in der ersten Welt, deren Reichtum auf dem Ausaugen der Restwelt basiert, ist natürlich eine sogenannte Ampelkoalition als Regierendarsteller. Ampel deswegen, weil – dem intellektuellen Niveau des Landes angepaßt – Parteien nicht mehr namentlich genannt oder gar nach ihren (vorgeblichen) Zielen beurteilt werden, nein, sie bekommen dschungelcampmäßig Farben. Ist ja auch viel leichter zu vermitteln in der Demokratiesimulation. Gelb steht nicht nur für Neid oder Seuchenflaggen, es ist auch die Farbe der FDP, wir erinnern uns, Lindner und Sylt-Bild-Hochzeit oder Zack-Zimmermann, d.h. Krieg und Rüstung. Passenderweise sind ja die eigentlichen Farben Blau-Gelb. Hätte man nach den Kriegstiraden von Frau Zack-Zack auch draufkommen können. Auf jeden Fall paßt die Symbolik zu jenem, noch vor kurzem als eines der korruptesten Länder Europas eingestuftem Staat, der auch von seinem Nachbarn bedrängt wird, wie die FDP sich ja auch ständig der Neidattacken der anderen ob ihres erfolgreichen Ich-Geschäftsmodells erwehren muß. Dabei ist doch spätestens seit Rudolf Steiner klar, daß, nur wer im Besitz des „Astralkörpers“ ist (so wie z.B. Lindner), auch zu was kommen kann ... Indes, bei der SPD ist der Farbcode wohl et was verrutscht. Ja gut, vor mehr als 130 Jahren hatte sie, wie man weiß, mal als Arbeiterpartei angefangen. Das war aber spätestens 1914 vorbei, als man mit wehenden Fahnen und nationalem Pathos ins Lager der Hilfsknechte des Kapitals gewechselt ist, mit ganz, ganz wenig Ausnahmen. Wahrscheinlich hatte die SPD-Führung zu viel in Nietzsches „Fröhlicher Wissenschaft“ geschmökert und ist über den Willen zur Macht gestolpert. Der grundlegende Positionswechsel der SPD hat sich allerdings noch nicht bis in alle Basisgruppen herumgesprochen. Hier soll noch der eine oder andere aufrechte Arbeiterklassenkämpfer zu finden sein. Vielleicht ändert sich das, wenn er bei der nächsten Demo von der sozialdemokratisch

geführten Polizei zusammengeknüppelt wird. Ich würde ja als Parteienfarbe eher ein changierendes Lila vorschlagen. Im Lila – als Farbe der Alten für die alte Tante SPD – liegen doch herrlich viele Farbtöne. Damit läßt sich wunderbar experimentieren und man kommt am Ende an das gelobte Ziel. Zu erinnern ist daran, daß die meisten antisozialen Beschlüsse unter SPD-Ägide gefaßt wurden – Notstandsgesetze, Berufsverbote, Schrupfung der Sozialsysteme mit Hartz IV und so weiter und sofort. Noch ein kurzes Wort zu der anderen angeblichen roten Führungsspitze der Linkspartei. Stellen sie sich doch mal vor, die „Regierungslinken“ hätten es geschafft, diese Partei mit den Lilanen und den Grünen in die Regierung zu bringen, inklusive den NATO-Kumpels Lederer und Ramelow. Da hätten die linken Regierungsmitglieder die heutige Kriegspolitik exekutieren müssen. Nach Erfahrungen linker Regierungsbeteiligungen in einigen Bundesländern ist anzunehmen, daß es wenig bis keinen Widerstand gegeben hätte. Denn das einzige, was Linke in Regierungsverantwortung in den letzten Jahrzehnten wirklich erreicht haben, ist, ihre alte Wählerschaft zu verärgern, ihre Ziele zu verwässern und junge, nach Alternativen suchende Leute ratlos zurückzulassen. Kommen wir zur schillerndsten Farbe im Ampelspiel: grün. Im Januar 1980 wurde die Partei Die Grünen, dominiert von Unzufriedenheit, Aufbruch, Basisdemokratie und Ziellosigkeit, in Karlsruhe von Gruppen aus der Anti-Atomkraft-Bewegung, der Friedensbewegung, der Neuen Linken und der Umweltbewegung gegründet. Die Bürgermedien nannten die sie damals noch „Nicht-Partei“, wegen der fortwährenden Ablehnung von allem, auch dem Ablehnungswürdigen. Heute vermute ich, daß die seinerzeit noch vereinzelt intellektuellen Redakteure das Hauptpotenzial der Grünen bereits erkannt hatten – Nihilismus. Der mußte nur noch ins Positive gewendet, also regierungsfähig gemacht werden. Und man begann, mit den „Realos“ die end- und fruchtlosen Debatten der Basisdemokratiker aus dem aufgeschauchten Kleinbürgertum zu unterwandern. Im Laufe der folgenden Jahre sollte sich dieser Weg als richtig erweisen. Die Grünen kamen an im System, sie wurden wählbar geschrieben von den Medien, der Realenteil natürlich. So formierte sich 1998, nachdem Kanzler Kohl abgewählt wurde, mit Brioni-Kanzler Schröder und Straßenkämpfer-Realo Fischer die erste

Lila-Grüne Koalition. Und Deutschland bekam, noch kurz vor der Jahrtausendwende, seinen ersten Krieg in Europa, in dem es wieder mitmischen durfte. Zerschlagung Restjugoslawiens war das Ziel. Fischer hatte seine großen Auftritte. Daß er Turnschuhe trug, hatte ihm das Großbürgertum längst nachgesehen. Ganz im Gegenteil. Durch schlichte Umbenennung in Sneaker wurden die Dinger en vogue, und heute verdienen Sportartikelmultis Milliarden mit ihnen. Krieg, Maximalprofite und aufsaugen von Unzufriedenheit bei nichtanrühren der Verhältnisse – das ist die Rolle, die die Grünen im Kapitalismus spielen dürfen.

Wenn wir uns die Bilanz grüner Politik anschauen, haben sie, was die Verbesserung der Umwelt angeht, quasi nix erreicht. Die Meere sind immer noch überfischt und voller Plastik, die Wälder sterben, die Welttemperaturen steigen, die Anzahl der AKW weltweit auch und die gegenwärtigen Kampagnen zum Verzicht auf fossile Brennstoffe meinen halt nur russische. Öl aus üblen mittelalterlichen Kopfab-Monarchien ist dagegen höchst willkommen, ebenso wie dreckiges Frackinggas aus dem Weltpolizistenstaat USA. Hinzu kommt die Verlängerung der Laufzeiten deutscher AKW, der weitere Ausbau von Kohletagebauen sowie die Ruinierung ganzer Wirtschaftsregionen im Land. Nun ja, das mit der sauberen Luft in Ostdeutschland hat ja auch mit der Deindustrialisierung geklappt.

Gibt es denn wirklich nichts Positives zu bilanzieren? Doch, die Ersetzung von privaten Verbrenner-PKW durch private E-PKW. Okay, das hat natürlich noch nix mit einem Wandel von Personennahverkehr oder Güterverkehr zu tun, denn statt Öl brauchen wir nun Seltene Erden, bauen Batterien mit giftigen Materialien, von denen wir nicht wissen, wohin damit danach. Die theoretische Frage, ob es denn in den Städten genügend Lademöglichkeiten gibt, erübrigt sich, solange die E-Karren so teuer sind, daß sie sich über das grüne Wählerpotenzial hinaus kaum jemand leisten können. Und die aufm Dorf sind eh außen vor. Wen interessieren schon die Hinterwäldler? Um Menschen geht es sowieso nie bei den Chamäleonfarbenen. Aber ein bißchen was Tolles gibt es doch: temporäre Radwege in den großen Städten und parken von Fahrrädern in Parkbuchten für PKW. Hurra! Grün würgt!

Uli Jeschke

Das Lügen geht weiter

Merkel und Hollande gaben zu, daß Minsk I und II nur erdacht wurden, um die Öfentlichkeit zu täuschen und Zeit zur Aufrüstung der Ukraine zu gewinnen. In den hiesigen Medien wurden diese Informationen schamhaft versteckt. So wie man verschwiegen, daß in der Ukraine bereits seit 2014 eine kriegerische Auseinandersetzung tobte, in der die ukrainische Regierung das eigene Volk in den östlichen Gebieten meucheln ließ. Darüber wird nicht nur nicht informiert, sondern sogar das Gegenteil behauptet: Die Russen

schießen Raketen nach Polen, die Russen beschießen das Kernkraftwerk Saporoschje, die Russen haben Deutschland das Gas abgedreht, die Russen liefern kein Getreide und keine Düngemittel an die bedürftigen Staaten in Afrika, die Russen haben Nordstream 2 gesprengt ... Die Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen.

Mit dümmlichen Begründungen treten besonders der Wirtschaftsminister und die Außenministerin hervor, flankiert von der Scharfmacherin Strack-Zimmermann, die den

Einstieg in den „totalen Krieg“ lieber heute als morgen sehen möchte.

Im Januar kamen wieder hunderte „Experten“ und Vorzeigepolitiker des Westens in Davos zusammen, um die Kugel zu besprechen und zu rätseln, wie sie ihren Gang in die weltweite Bedeutungslosigkeit aufhalten können. Doch der Westen, der sich lange als der Nabel der Welt betrachtete, geht den Weg aller Reiche, wenn die Zeit gekommen ist.

Reiner Neubert
Berlin

„Im Rüstungswahn“

Jürgen Wagner analysiert „Deutschlands Zeitenwende zu Aufrüstung und Militarisierung“.

„Handschlagqualitäten“ versprach sich Rheinmetall-Chef Armin Papperger von dem frisch vereidigten Verteidigungsminister Boris Pistorius. „Wir brauchen uns gegenseitig“, so Papperger, das Verhältnis zur Rüstungsindustrie müsse eng sein. „Die 100 Milliarden werden nicht reichen“, gab Pistorius bald darauf gegenüber der *Süddeutschen Zeitung* zu verstehen, die Lieferung von Leopard-Panzern an die Ukraine war gerade besiegelt. Und das Zwei-Prozent-Ziel der NATO? Auch das reiche nicht, tut das Militärbündnis dieser Tage kund. Nicht erst seit der „Zeitenwende“ sieht Jürgen Wagner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI), die Bundesrepublik „im Rüstungswahn“. In seinem gleichnamigen Buch geht er einer Entwicklung nach, die seit längerem forciert werde. Einen „von langer Hand geplanten Paradigmenwechsel hin zu einer militärischen Großmachtpolitik“ datiert Wagner auf den Februar 2014, als es zu einem „denkwürdigen Auftritt des damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck bei der Münchner Sicherheitskonferenz“ gekommen sei.

„Die Pickelhaube steht uns nicht“, erinnert Wagner an die Worte des einstigen Bundesaußenministers Guido Westerwelle von 2013. Es war die Zeit, als sich Deutschland nach einem Strategiewechsel hin zum Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee etwas besonnener gab: Nach einer Phase der „Enttabuisierung des Militärischen“ (Bundeskanzler Gerhard Schröder) legte sich eine schwarz-gelbe Bundesregierung eine Politik der militärischen Zurückhaltung auf und verweigerte 2011 führenden NATO-Verbündeten die Teilnahme am Krieg gegen Libyen. Doch nicht nur bei den Grünen und unter den Leitmedien erntete das Kabinett Merkel II Kritik dafür, bei den Luftangriffen auf Tripolis „an der Seitenlinie“ gestanden zu haben. Im Hintergrund bereitete das Projekt „Neue Macht – Neue Verantwortung“ unter Federführung der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und des German Marshall Fund (GMF) eine Abkehr von einer „Kultur der Zurückhaltung“ vor, die man nun als „außenpolitisches Selbstverständnis der alten Bundesrepublik bis 1990“ verhöhnte.

Das Projekt „Neue Macht – Neue Verantwortung“ brachte ab November 2012 erklärtermaßen rund 50 „außen- und sicherheitspolitische Fachleute aus Bundestag, Bundesregierung, Wissenschaft, Wirtschaft, Stiftungen, Denkfabriken, Medien und Nichtregierungsorganisationen“ zusammen und zielte mit „neuen Weltmachansprüchen“, so Wagner, auf einen Paradigmenwechsel unter einer neuen Bundesregierung ab Herbst 2013. Mit Erfolg: Unter dem schwarz-roten Kabinett Merkel III war es an Bundespräsident Joachim Gauck, die neue Leitlinie zu präsentieren. Die Dinge fügten sich: Thomas Kleine-Brockhoff, einstiger Leiter des German Marshall Fund, leitete nun bei Gauck die Stabsstelle Planung

und Reden. Es liege daher „mehr als nahe“, so Wagner, daß die Ausarbeitungen des Projekts „Neue Macht – Neue Verantwortung“ „faktisch als Blaupause für Gaucks viel beachtete Redefunktionen, für die er die Münchner Sicherheitskonferenz Anfang 2014 zusammen mit Ursula von der Leyen (Verteidigungsministerin) und Frank-Walter Steinmeier (Außenminister) als Bühne nutzte“.



Das neue Selbstverständnis konnte nicht ohne Auswirkungen auf die Rüstungsindustrie bleiben. Und das nicht nur wegen anhaltender Etatserhöhungen der Bundeswehr. Denn um sich „in der neuen Ära der Großmacht Konkurrenz auf dem internationalen Parkett überhaupt Gehör verschaffen zu können“, werde es für nötig gehalten, so Wagner, „umfassende eigenständige militärische Fähigkeiten“ zu erlangen – also die heimische Rüstungsindustrie zu stärken anstatt das Material im Ausland „von der Stange“ zu kaufen. „Politische Gestaltungskraft“, postulierte Hans-Gert Pöttering, langjähriger Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, sei in der internationalen Politik „unveränderlich an militärische Stärke gebunden“. Das ordnet Wagner wiederum in das „Konzept der strategischen Autonomie“ ein – unterteilt in politische, operative und industrielle Autonomie. Mit dem „Strategischen Kompaß“, im März 2022 auf dem EU-Gipfel verabschiedet, stellen sich innerhalb eines transatlantischen Selbstverständnisses Fragen nach einer größeren Befreiheit gegenüber den USA.

Eine „kaputtgesparte Bundeswehr“? Wagner bezeichnet die „Schrotthaufen-Debatte“ als „perfekt orchestriert“ und datiert deren Beginn auf Oktober 2014. Erstaunlich genau lassen sich Gutachten von Rüstungslobbyverbänden samt Stichworten wie „Agenda Rüstung“ mit entsprechenden Schlagzeilen jener Zeit in Verbindung bringen: „So Schrott

ist die Bundeswehr“ (Bild), die Truppe gleiche einem „stahlgewordener Pazifismus“ (Die Zeit), sie sei „chronisch unterfinanziert“ (Deutschlandfunk). Drehorgelartig ist derlei bis heute zu hören – mit entsprechender Wirkung. Für den großen Dammbuch brauchte es indes den Ukraine-Krieg. Die Pläne zu einer massiven Aufrüstung lagen längst in den Schubladen, als Ende Februar 2022 mit einer verkündeten „Zeitenwende“ ein „Sondervermögen“ über 100 Milliarden Euro handstreichartig freigemacht wurde. Wohin die Gelder fließen? Wagner liefert Zahlen und Fakten. Nachschlagecharakter hat das Kapitel „Rüstung – Rüstung – Rüstung“, in dem aufgeschlüsselt ist, wie viel Milliarden aus dem Sondervermögen in die „Dimension Luft“, „See“ und „Land“ sowie in die „Dimension Führungsfähigkeit/Digitalisierung“ fließen. Wer sich gerne mit Waffengattungen und Ähnlichem auseinandersetzt, kommt hier nicht zu kurz: Jeweils einzelne Absätze drehen sich etwa um den Kampfflugzeug F-35 oder die Heron-TP-Drohne, die Fregatte F-126 oder die Korvette K130, Schützenpanzer oder das Main Ground Combat System (MGCS), die Satellitenkommunikation (SatComBW) oder das Tactical Wide Area Network (TaWAN). Wer derlei eher überfliegt, wird dennoch von der präzisen Recherche überzeugt sein.

Wagner überzeugt mit einem nüchternen Stil, mit dem er Entwicklungen in Politik und Militär nachzeichnet; mit dem er Haushaltsposten gleichermaßen wie Großmachtinteressen benennt. Er beläßt es nicht dabei, quantitative Ausgaben in der Rüstungspolitik wiederzugeben, sondern ordnet das Material etwa unter Auswertung von Strategiepapieren auch in eine qualitative Entwicklung ein. So brandgefährlich gerade die aktuelle Militärpolitik auch sein mag: Um sie zu analysieren, braucht es keinen Schaum vorm Mund.

„Läuft bei ihm“, überschrieb die *Süddeutsche Zeitung* im April 2022 ein Porträt von Armin Papperger, dem Chef von Rheinmetall, einem der großen Profiteure der „Zeitenwende“. Denn „mit dem Krieg in der Ukraine steigt nicht nur der Aktienkurs immer weiter, das Geschäft könnte florieren wie nie“. Wie lange das noch der Fall sei, hänge von „antikapitalistischen Kämpfen“, vom „Widerstand gegen Zeitenwende und Turbo-Militarismus“ ab, schreibt Wagner im Ausblick. Eine „Kehrtwende“ sei „dringend erforderlich, die Verstärkung der Zeitenwende“ müsse „unbedingt verhindert werden“. Man darf gespannt sein; denn auch wenn die Mehrheit der Bevölkerung laut mancher Umfrage gegen Waffenlieferungen ist, so ist derzeit jene Branche in der Offensive, in der – so Papperger – ein Handschlag noch zählt.

Quelle: *german-foreign-policy.com*, 9.2.23

Jürgen Wagner: *Im Rüstungswahn. Deutschlands Zeitenwende zu Aufrüstung und Militarisierung*, PapyRossa Verlag, 212 Seiten, 16,90 Euro

Rheinmetall geht voran

Um die Frage zu beantworten, weshalb die Deutsche Bundesrepublik anstatt für den Frieden einzutreten wieder „Tanks“ gegen Osten rollen läßt, genügt es, die Website des deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall zu öffnen. Dort wird zu Jahresbeginn von dem seit 2013 am Standort der Konzernzentrale in Düsseldorf amtierenden Vorsitzenden des Vorstandes der Rheinmetall Armin Papperger (*1963) gejubelt: „Mit unserer neuen organisatorischen Aufstellung und dem einheitlichen Markenauftritt als integrierter Technologiekonzern haben wir exzellente Voraussetzungen geschaffen, um den Wandel der Märkte mitzugestalten und unsere ehrgeizigen mittelfristigen Ziele für nachhaltiges profitables Wachstum zu erreichen“. Diese nette Pressemitteilung wird erläutert: „Als europäisches Systemhaus für Heeres-technik steht Rheinmetall für langjährige Erfahrung und Innovationen bei gepanzerten Fahrzeugen, bei Waffensystemen und Munition sowie auf den Gebieten der Flugabwehr und der Elektronik. Daneben bedient Rheinmetall aber auch die Anforderungen der Marine, der Luftwaffe und den Bereich der inneren Sicherheit. Ob für teilstreitkräftespezifische oder übergeordnete Anforderungen, ob für äußere oder innere Sicherheit – die Divisionen verfügen über ein breites Produktportfolio an Plattformen und Komponenten, die als Einzel- und als vernetzte Systemlösungen angeboten werden. Das macht Rheinmetall in diesem Bereich zu einem wichtigen Partner der Bundeswehr und der Streitkräfte verbündeter Nationen

sowie befreundeter Armeen und von zivilen staatlichen Sicherheitskräften.“ Man muß kein Rüstungsspezialist sein, um den Schluß zu ziehen, daß aufgrund der weltweiten Kriege Rheinmetall seine Umsätze stetig gesteigert und 2021 einen (ausgewiesenen) Umsatz von 5,658 Mio. Euro erzielt hat. Und weil der Konzern „Die Zukunft im Visier“ hat, wird voll Stolz berichtet, daß im ungarische Várpalota die Grundsteinlegung für ein neues Rheinmetall-Werk erfolgt ist, in dem in Zusammenarbeit mit dem ungarischen Staat künftig Munition für verschiedene Systeme hergestellt wird. Die Produktion von Spezialautos, welche die deutsche Wehrmacht erstmals in Charkow zur Vergasung von Sowjetbürgern eingesetzt hat, wird von der deutschen Rüstungsindustrie nicht mehr als notwendig eingeschätzt. Um konkreter zu werden, stellt Rheinmetall fest: „Als langfristiger strategischer Partner des NATO- und EU-Mitgliedstaates Ungarn wird die Rheinmetall AG mit ihrem Werk dann in der Lage sein, Munition zu produzieren, die zum Beispiel für den Leopard 2-Panzer (Kaliber 120 mm) und die Panzerhaubitze 2000 (Kaliber 155 mm) benötigt wird. Diese Systeme werden auch von der ungarischen Armee eingesetzt. Ein Teil der Produktion ist für den Bedarf der Streitkräfte des Landes bestimmt, einige Produkte für den internationalen Markt.“ Für Rheinmetall ist Ungarn deutsches Bruderland: „Rheinmetalls moderner Schützenpanzer Lynx hat das nächste Zwischenziel genommen: Pünktlich zu Beginn des Jahres 2023 begann im Heimatland des Erstkunden,

dem NATO-Mitglied Ungarn, die Low-Rate Initial Production (LRIP). Diese Vorserienproduktion gilt als wichtiger Meilenstein, der auch die Fertigung des Mittelkaliber-Turms Lance sowie weitere Lynx-Varianten umfaßt. Die Serienfertigung (Full-Rate-Production/FRP) soll im Juli 2023 beginnen.“ Am 12. September 1990 hat der Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland, abgeschlossen zwischen der BRD und der DDR einerseits sowie Frankreich, der Sowjetunion, Großbritannien und den USA andererseits (2+4-Vertrag), festgehalten, „daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen“ soll und „Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen“. Verträge sind Papier. Die deutsche Politik identifiziert sich mit den Interessen der deutschen Wirtschaft. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich an den völkerrechtswidrigen Kriegen gegen Jugoslawien (1999), gegen Afghanistan (2001), den Irak (2003) und gegen Libyen (2011) beteiligt und jetzt eben will sie für ihre Rüstungsindustrie am Krieg gegen Rußland profitieren. Nur nebenbei sei bemerkt, daß von der DDR nie ein Aggressionskrieg ausgegangen ist. Vergeblich ruft der von der deutschen Kirche als Ketzer angeklagte Papst Franziskus immer wieder dazu auf, sich den Gewinninteressen der Rüstungsindustrie zu widersetzen und konkret Frieden zu stiften.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Aus: *Zeitung der Arbeit, Wien, 29. Januar 2023*

Deutschland und die Panzerlieferungen

Der Nachrichtensender ntv zitierte am 24. Januar die deutsche Außenministerin bei einem Auftritt in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg mit den Worten „Wir kämpfen einen Krieg gegen Rußland und nicht gegeneinander.“ Für diesen Satz gibt es keine zwei Deutungsmöglichkeiten, wir, das schließt die Bundesrepublik ein, führen also Krieg gegen Rußland! Nun ist mir aber nicht bekannt, daß Rußland Deutschland oder gar der NATO als Militärbündnis den Krieg erklärt hätte. Damit hat sie alle Unklarheiten beseitigt, ob die BRD Kriegspartei ist oder nicht. Dieser Kriegsrhetorik folgend, ist der Beschluß über die Lieferung von Panzern an die Ukraine eine logische Folge. Wohin wird uns das führen? Schon schreit der berüchtigte Bandera-Verehrer und ukrainische Vizeaußenminister Melnyk nach Flugzeugen und U-Booten! Es bedarf sicher keiner großen Phantasie sich vorzustellen, daß dieser Wunsch Melnyks Gehör finden könnte. Blicke dann nur noch eine Eskalationsstufe offen, die Entscheidung von Kampftruppen. Vorauskommandos in Form von Söldnern existieren ja bereits.

Diese ganze verheerende Entwicklung angesichts eines historischen Datums, des 80. Jahrestages des Sieges der Roten Armee in der Stalingrader Schlacht! Einer der Helden dieser Schlacht war der spätere Marschall der Sowjetunion W. I. Tschuikow. Zur Bedeutung des Sieges verweist Tschuikow in seinem Buch „Gardisten auf dem Weg nach Berlin“ auf eine Urkunde des amerikanischen Präsidenten Roosevelt vom Mai 1944, in der es heißt: „Im Namen des Volkes der Vereinigten Staaten von Amerika überreiche ich der Stadt Stalingrad diese Urkunde, um unserer Bewunderung für ihre tapferen Verteidiger Ausdruck zu geben, deren Tapferkeit, Mut und Opferbereitschaft während der Belagerung vom 13. September 1942 bis zum 31. Januar 1943 für immer die Herzen aller freien Menschen höher schlagen lassen werden. Ihr ruhmreicher Sieg brachte die Welle der Aggression zum Stehen und wurde zum Wendepunkt des Krieges der alliierten Nationen gegen die Kräfte der Aggression.“ Alles schon vergessen? Wer sich die Folgen von Kriegen vor Augen führen möchte, reise nach Wolgograd und besuche den

Soldatenfriedhof in Rossoschka. Ich habe es 2019 getan. Riesige Gräberfelder mit tausenden Namen von Toten beider Seiten! Generalmajor a.D. Sebald Daum schreibt in einem Beitrag für unsere Verbandsmedien: „Ihr Plan, die Sowjetunion in einem Blitzkrieg zu vernichten, war nun endgültig gescheitert. Das Öl im Kaukasus nicht erreichbar. Sie verlor die strategische Initiative an der Ostfront. Die 6. Armee gab es nicht mehr. Die 4. Panzerarmee, die 3. und 4. rumänische Armee, die 8. italienische Armee waren zerschlagen. 32 Divisionen und 3 Brigaden waren vollständig vernichtet. Die Verluste betragen mehr als 840 000 Mann und eine gewaltige Zahl militärischen Kriegsmaterials. Aber auch die Rote Armee bezahlte diesen Sieg mit einem hohen Blutzoll von fast einer Million Menschen.“ Die genannten Zahlen bedürfen keiner Interpretation! Wollen wir wirklich eine Eskalation, daß sich Geschichte wiederholt? Es ist höchste Zeit, das Kriegsgeschrei durch Diplomatie zu ersetzen, welche die Sicherheitsinteressen aller Seiten berücksichtigt.

Oberst a. D. Friedemann Munkelt
Leipzig

Im Kriegsfall ganz vorn

Für den Fall einer weiteren Eskalation des Ukraine-Krieges hält Berlin im Rahmen der NATO-„Speerspitze“ rund 8 000 Bundeswehrsoldaten in direkter Marschbereitschaft.

„First responder“

Am 1. Januar 2023 hat die Bundeswehr für eine Dauer von zwölf Monaten das Kommando über die sogenannte NATO-Speerspitze (Very High Readiness Joint Task Force, VJTF), die „first responder“ des Militärbündnisses, übernommen. Die Landkomponente der Truppenstruktur besteht aus einem „einsatzbereiten und autark einsatzfähigen militärischen Großverband“ in Form einer „verstärkte[n] multinationale[n] Kampftruppenbrigade“. Insgesamt stehen für die VJTF Land 2023 nach NATO-Angaben 11 500 Soldaten „bereit, um innerhalb weniger Tage aufzumarschieren“ – rund 8000 davon deutsche Militärs. Im Kriegsfall könnte die NATO diese Brigade noch um zwei weitere ergänzen: die „Speerspitze“ des vergangenen Jahres und die des kommenden, die jeweils auch in erhöhter Bereitschaft bereitstehen. Im Februar 2022 hatte die NATO nach dem russischen Überfall auf die Ukraine erstmals die VJTF in Richtung Südosten verlegt – nach Rumänien. Zu diesem Zeitpunkt stand die Truppe unter französischem Kommando.

Marschbereit

Für die „Speerspitze“ 2023 stellt Berlin der NATO eine Vielzahl von Bundeswehreinheiten aus den Organisationsbereichen Heer, Cyber- und Informationsraum, Streitkräftebasis, Zentraler Sanitätsdienst, Luftwaffe und Marine zur Verfügung. Den Kern bildet die Panzergrenadierbrigade 37, die als Leitverband fungiert und ein Drittel der Truppe bildet. Die Soldaten der Einheit werden laut Angaben der Bundeswehr regelmäßig zu Auslandseinsätzen herangezogen; sie waren unter anderem zu Besatzungsaufgaben in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo im Einsatz. 2015 war die Truppe Teil der ersten, deutsch geführten VJTF; 2020 war sie im Rahmen der enhanced Forward Presence in Litauen stationiert. Ihr Kommandeur, Brigadegeneral Alexander Krone, wird für dieses Jahr zum Befehlsgeber der Landkomponente der NATO-Eingreiftruppe. Beteiligt sind auch das Panzerbataillon 393, das Panzerpionierbataillon 701, das Artillerielehrbataillon 345, das Versorgungsbataillon

131 sowie die Transporthubschrauberregimente 30 und 36. Das Hauptquartier für die VJTF-Landkomponente stellt das I. Deutsch-Niederländische Corps. Zum ersten Mal führt Deutschland im Rahmen der VJTF zudem die Spezialeinheiten der NATO. Zu deren Aufgabenprofil gehören verdeckte Operationen an Parlament und Öffentlichkeit vorbei. Im Rahmen der VJTF 2023 operieren nicht zuletzt auch mehrere deutsche Kriegsschiffe, etwa die Fregatte Mecklenburg-Vorpommern, die mit 210 Soldaten für die nächsten sechs Monate das Flaggschiff der VJTF-Marinekräfte sein wird.

Digital vernetzt

Eklatante Pannen des Schützenpanzers Puma, der eigentlich für die VJTF 2023 vorgesehen war, hatten im Vorfeld der Übernahme der NATO-Speerspitze 2023 Debatten und scharfe Kritik an der Ausrüstung der Bundeswehr ausgelöst und dazu geführt, dass der Puma durch den erheblich älteren Schützenpanzer Marder ersetzt werden musste. Ein Bundeswehrgeneral gibt sich nun trotz der „Gurken-truppen-Debatte“ zufrieden: Es sei noch Luft nach oben, aber die Ausstattung sei „inzwischen wirklich gut“. Die deutschen VJTF-Einheiten hätten „fast alles an Material“, was sie brauchten. Zur selben Einschätzung war die Wehrbeauftragte des Bundestages, Eva Högl, bereits nach einem Truppenbesuch im Sommer 2021 gekommen: Bei der Ausrüstung der Soldaten, aber auch bei „Großgerät“ und Digitalisierung „geht es voran“, erklärte sie; besonders „erfreulich“ seien die Fortschritte bei der Einführung des Battle-Management-Systems, das ein „wesentliche[r] Baustein für einen einsatzbereiten, digital vernetzten multinationalen Gefechtsverband“ und ein Schlüsselprojekt bei der Digitalisierung des Krieges sei.

Auftrag: „Kriegstauglich“

Auch die Kampf-, Transport- und Evakuationshubschrauber sind nach Angaben der Bundeswehr einsatzbereit. Zu ihnen zählt der Kampfhubschrauber Tiger, der – wie ein Experte konstatiert, „durchaus“ im Unterschied zu „den Einsatzgrundsätzen anderer Staaten“ – dazu gedacht ist, „im Gefecht am tiefsten in den Raum des Gegners einzudringen“. Die Aviation Task Force der VJTF sei voll darauf ausgerichtet, „kriegstauglich“ zu sein, heißt

es. Das Flaggschiff der maritimen Komponente der NATO-„Speerspitze“ gehört der Brandenburg-Klasse an, die nicht zuletzt für die U-Boot-Jagd konzipiert ist – eine Schlüsselfähigkeit im Kontrollkampf um die transatlantischen Nachschubrouten über den Atlantik, die jederzeit über die Nord- und die Ostsee weitergeführt werden können, um Nachbarstaaten der Ukraine zu erreichen. Die Logistik-Einheiten geben an, für die VJTF 25 000 Ersatzteile im Wert von 10 Millionen Euro sowie 90 000 Liter Kraftstoff und 600 Tonnen Munition für Handwaffen, Panzer und Haubitzen bereitzuhalten.

Bereit für den Bündnisfall

Im Zuge ihres mehrjährigen Vorbereitungs- und Zertifizierungsprozesses haben die VJTF-Bundeswehreinheiten wiederholt und intensiv Szenarien geprobt, die in einem etwaigen Krieg gegen Russland zur Anwendung kommen könnten. Das Heer gibt an, im Mittelpunkt einer Manöverserie hätten unter anderem das „Angreifen von Truppenverbänden“ sowie „der Kampf bei Nacht“ gestanden. In Militärkreisen ist die Rede von „großen Marschkolonnen“. [13] Das Manöver „Wettiner Heide 2022“, das ebenfalls der Vorbereitung auf die NATO-„Speerspitze“ diene, war nach Angaben der Bundeswehr die „größte Übung der Landstreitkräfte seit langer Zeit“: „Der Kern der Übung ist das Gefecht. Klassisch stehen sich zwei Parteien gegenüber“. Unterstützt durch NATO-Verbündete trainierte die deutsche Armee Märsche mit Gewässerübergang sowie weitreichendes „Steilfeuer“ der Artillerie über 40 Kilometer – und „synchronisiert[e]“ dabei die Nationen der multinationalen VJTF „im scharfen Schuss“. Deutsche Soldaten trainierten, hieß es, „feindliche Kampfpanzer und andere gepanzerte Ziele [...] zu bekämpfen“. Bei der Zertifizierungsübung des I. Deutsch-Niederländischen Corps wurde der NATO-Bündnisfall nach Artikel 5 (Beistandspflicht) geprobt; der Schwerpunkt der Übung lag unter anderem auf „der Befähigung zu hochintensiven Kampfhandlungen“: „Immer mit der Annahme, einem ähnlich starken Gegner gegenüberzustehen“.

Redaktionell gekürzt

german-foreign-policy.com, 30.1.23

Klare Erwartungen an den Nachfolger

Industrie und Politik erwarten vom neuen Verteidigungsminister Einsatz für den Bau neuer Rüstungsfabriken. Erhöhung der Berliner Militärkredite von 100 auf 300 Milliarden Euro im Gespräch.

Die deutsche Rüstungsindustrie, Berliner Militärpolitiker und implizit auch die NATO äußern klare Erwartungen an den Nachfolger der zurückgetretenen Verteidigungsministerin Christine Lambrecht. Im Zentrum steht dabei die Forderung nach massiver

Aufrüstung und dem Bau neuer Waffenfabriken, um die Ukraine langfristig mit Kriegsgerät aller Art ausstatten und zugleich die geschrumpften eigenen Waffenlager auffüllen zu können. Besondere Bedeutung wird zur Zeit der Herstellung von Munition beigemessen: Nach NATO-Angaben verschießen die ukrainischen Streitkräfte bis zu 10 000 Artilleriegeschosse pro Tag, gut zwei Drittel der US-Monatsproduktion (14 000). „Politik und Industrie“ müßten nun „gemeinsam einen Plan entwickeln, welche neuen Produktionslinien

wir brauchen“, verlangt die Wehrbeauftragte des Bundestages, Eva Högl. In der NATO heißt es, man benötige „Veränderungen“ wie in den USA im Zweiten Weltkrieg: Seien diese damals mit kaum 2000 Militärflugzeugen in den Krieg gezogen, so hätten sie bis 1945 300 000 neue gebaut. Högl fordert zur Bewältigung der Rüstungspläne eine Aufstockung der Militärkredite („Sondervermögen“) von 100 auf 300 Milliarden Euro.

Auszug aus: german-foreign-policy.com, 17.1.23

Eine Kriegshandlung

Wie die USA im Bunde mit Norwegen in einer verdeckten Operation die Nord-Stream-Pipelines zerstörten

Im Dezember 2021, zwei Monate bevor die ersten russischen Panzer in die Ukraine rollten, berief Jacob Sullivan (Nationaler Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Redaktion) die Sitzung einer neu gebildeten Taskforce ein – Männer und Frauen aus dem Vereinigten Generalstab, der CIA, dem Außen- und dem Finanzministerium – und bat um Empfehlungen, wie man auf Putins bevorstehende Invasion reagieren sollte. Es war das erste einer Reihe von streng geheimen Treffen in einem sicheren Raum im obersten Stockwerk des Old Executive Office Building, das an das Weiße Haus angrenzt. Es gab das übliche Hin und Her, das schließlich zu einer entscheidenden Frage führte: Würde die Empfehlung, die die Gruppe dem Präsidenten übermittelte, reversibel sein – wie ein Paket von Sanktionen und Devisenbeschränkungen – oder eine Bewegungsdynamik auslösen, die irreversibel wäre?

Den Teilnehmern wurde laut der Quelle, die direkte Kenntnisse der Vorgänge besitzt, klar, daß Sullivan beabsichtigte, die Gruppe einen Plan für die Zerstörung der beiden Nord-Stream-Pipelines ausarbeiten zu lassen, und daß er damit den Wünschen des Präsidenten nachkam. In den folgenden Sitzungen erörterten die Teilnehmer die Optionen für einen Angriff. Die Marine schlug vor, ein neu in Dienst gestelltes U-Boot einzusetzen, um die Pipeline direkt anzugreifen. Die Luftwaffe diskutierte den Abwurf von Bomben mit verzögertem, ferngesteuertem Zünder. Die CIA vertrat die Ansicht, daß der Angriff in jedem Fall verdeckt erfolgen müsse. Allen Beteiligten war klar, was auf dem Spiel stand. „Das ist kein Kinderkram“, sagte die Quelle. Wenn der Angriff auf die Vereinigten Staaten zurückgeführt werden könnte, „wäre das eine Kriegshandlung“. (...)

Norwegen war der perfekte Ort zur Ausführung der Mission. In den letzten Jahren der Ost-West-Krise hat das US-Militär seine Präsenz in Norwegen beträchtlich ausgebaut. (...) Irgendwann im März flogen einige Mitglieder des Teams nach Norwegen, um sich mit dem norwegischen Geheimdienst und der Marine zu treffen. Eine der wichtigsten Fragen war, wo genau in der Ostsee der beste Ort für die Anbringung des Sprengstoffs sei. (...) Die norwegische Marine fand schnell die richtige Stelle in den flachen Gewässern der Ostsee, einige Kilometer vor der dänischen Insel Bornholm. Die Pipelines liegen hier mit einem Abstand von rund zwei Kilometern in einer Tiefe von etwa 80 Metern auf dem Meeresboden. Das wäre in Reichweite der Taucher, die von einem norwegischen Minensuchboot der Alta-Klasse aus C4-Sprengladungen an den vier mit Beton abgedeckten Pipelines anbringen würden. (...) Die Norweger bestanden darauf, daß einige hochrangige Beamte in Dänemark und Schweden in allgemeiner Form über mögliche Tauchaktivitäten in dem Gebiet unterrichtet werden mußten. Auf diese Weise

konnte jemand von höherer Stelle eingreifen und einen Bericht aus der Befehlskette heraushalten, wodurch die Pipelineoperation abgeschirmt wurde. (...)

Die Norweger waren der Schlüssel zur Überwindung anderer Hindernisse. (...) Und sie hatten auch eine Lösung für die entscheidenden



Pulitzerpreisträger Seymour Hersh

de Frage, wann die Operation durchgeführt werden sollte. Seit 21 Jahren veranstaltet die amerikanische Sechste Flotte jedes Jahr im Juni eine große NATO-Übung in der Ostsee, an der zahlreiche Schiffe der Alliierten aus der gesamten Region teilnehmen. Die aktuelle Übung, die im Juni stattfinden sollte, heißt Baltic Operations 22 oder Baltops 22. Die

Norweger fanden, daß das die ideale Gelegenheit für das Verlegen der Minen wäre. (...) Dann aber überlegte man es sich in Washington anders. Die Bomben sollten zwar immer noch während der Baltops-Übung gelegt werden, aber das Weiße Haus befürchtete, eine Beteiligung der USA wäre zu offensichtlich, wenn sie innerhalb von zwei Tagen nach der Übung explodierten. (...)

Die Amerikaner, die in Norwegen im Einsatz waren, begannen jedenfalls pflichtbewußt mit der Arbeit an dem neuen Problem. Die Aufgabe war viel anspruchsvoller, als man in Washington dachte. Das Team in Norwegen konnte nicht wissen, wann der Präsident den Knopf drücken würde. Würde es in ein paar Wochen, in vielen Monaten, in einem halben Jahr oder noch später sein? (...)

Am 26. September 2022 warf ein P8-Überwachungsflugzeug der norwegischen Marine bei einem scheinbaren Routineflug eine Sonarboje ab. Das Signal breitete sich unter Wasser aus, zunächst zu Nord Stream 2 und dann zu Nord Stream 1. Wenige Stunden später wurde der hochexplosive C4-Sprengstoff gezündet, und drei der vier Pipelines wurden zerstört. Innerhalb weniger Minuten konnte man sehen, wie sich Methangas, das in den stillgelegten Pipelines verblieben war, an der Wasseroberfläche ausbreitete, und die Welt erfuhr, daß etwas Unumkehrbares geschehen war.

Seymour Hersh

Auszug aus dem in „junge Welt“ am 11. und am 13. Februar dokumentierten Text

Vom Ende der Weltordnung, wie wir sie kannten

Mit „Wir sind die Guten – Ansichten eines Putinverstehers“ (Westend Verlag) schrieb Mathias Bröckers (zusammen mit Paul Schreyer) 2014 über die Hintergründe des Ukraine-Konflikts eines der erfolgreichsten Sachbücher des Jahres. 2019 erschien die aktualisierte und erweiterte Fassung des Bestsellers unter dem Titel „Wir sind immer die Guten“, der die drohende Zuspitzung des Konflikts schon thematisiert, die mit dem militärischen Angriff Rußlands im Februar 2022 eskalierte und einen Propaganda-Tsunami auslöste, der alle journalistischen Standards begrub: Die Medien, so Bröckers These, mutierten von Berichterstatter zu einer Art Kriegspartei. Bröckers hält mit „Vom Ende der unipolaren Welt“ dagegen. Denn wir sind schon wieder „die Guten“ und Rußland samt Putin das „Ultraböse“ schlechthin.

Doch mit der Wirklichkeit hat das wenig zu tun. Sicher ist nur, daß die „Militäroperation“ Rußlands das Ende der unipolaren Welt bedeutet; einer von den USA politisch diktierten und militärisch kontrollierten internationalen Ordnung und einer Globalisierung, wie wir sie kannten.

Mathias Bröckers, Vom Ende der unipolaren Welt, Fifty-Fifty, Frankfurt 2022, 288 Seiten, 20 Euro



Globalisierter Wirtschaftskrieg

Schlacht an mehreren Fronten: Sanktionen des Westens verschärfen Krise der globalen Kapitalverwertung. Wachstumsprognosen sehen Asien in Führung

Das Jahr 2023 ist jetzt zwei Monate alt und das globale kapitalistische Verwertungssystem läuft weiterhin alles andere als rund. Dabei hatte man sich in den Konzernzentralen nach den durch Dauersanktionen des US-geführten Blocks gegen Staaten wie Rußland, China, Iran, Venezuela oder Kuba gerissenen Lieferketten und der Wiederkehr rationalen Denkens nach dem Coronaschock eigentlich einen veritablen Aufschwung der Wirtschaft versprochen. Doch davon ist momentan nur in Teilen Asiens und der westlichen Propaganda die Rede.

Ein Jahr nach Beginn der russischen Militäraktion gegen die Ukraine und den daraufhin von der US-Führung aus der Schublade gezogenen Wirtschaftskriegsmaßnahmen gegen das Land (und alle, die mit Moskau weiter Geschäfte zu machen gedenken) ist es Zeit für eine Zwischenbilanz.

Wunschdenken hilft nicht

Mit Bezug auf die damals auf Anweisung Washingtons gerade beschlossenen Sanktionen der EU hatte Deutschlands Außenamtschefin Annalena Baerbock am 25. Februar stolz verkündet: „Das wird Rußland ruinieren.“ Und mit den direkten Strafen gegen Präsident Wladimir Putin und weitere russische Führungsmitglieder würden der vermeintlichen Völkerrechtsexpertin zufolge auch jene mit klaren Sanktionen belegt, „die für diese Furchtbarkeit an den Menschen in der Ukraine“ verantwortlich sind.

Inzwischen hat die „Furchtbarkeit“ ganz offensichtlich den Westen – und vor allem die EU – selbst getroffen. Der mit wehenden Fahnen beschlossene Boykott russischer Rohstofflieferungen hat zwei gravierende Effekte zu verzeichnen: Die eigene Versorgung mußte von preisgünstigen russischen Lieferungen auf teuer und unzuverlässige Importe aus den USA, dem Nahen Osten oder Norwegen umgestellt werden. Die seit Jahren zu verzeichnende Inflation an den Börsen brach plötzlich mit brachialer Gewalt in die Realwirtschaft ein. Rohstoff- und Energiepreise stiegen vor allem deshalb, weil mit den Sanktionen aus einem „Angebotsmarkt“ plötzlich ein „Nachfragemarkt“ geworden war. Reiche – oder noch kreditwürdige – westliche Staaten (allen voran die BRD) kauften plötzlich weltweit jedes Fitzelchen an Erdgas und -öl auf.

Das ließ nicht nur die Lebenshaltungskosten im Westen schunghaft ansteigen, sondern stürzte große Teile der weniger reichen Länder der Welt – und deren Bevölkerung – in Not. Da half es der auf Hochtouren laufenden Propagandamaschine des Westens wenig, die Schuld daran dem „russischen Angriffskrieg“ zu geben. Denn Einheitsmeinungen sind im restlichen Teil der Welt weniger verbreitet, als in den EU-Staaten und insbesondere in Deutschland.

Doch die Preissteigerungen (die von den Rohstoffen schnell auf andere Waren übergriffen) sind nicht die gefährlichste Auswirkung der tiefgreifenden Sanktionen. Für eine funktionierende kapitalistische Wirtschaft (Steuerparadiese zunächst ausgenommen) sind konkurrenzfähige Energie- und Rohstoffpreise existenziell. Willkürliche und zum Teil unüberlegte Eingriffe des Staates bewirken eine rapide Zunahme der ökonomischen Disproportionen. Das betrifft nicht nur jene zwischen Kapital und Arbeit, Angebot und Nachfrage oder reich und arm, sondern zwingt den gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß Änderungen auf – die immer dem Profitgesetz verpflichtet sind. Die globale Konkurrenzsituation justiert sich quasi neu.

Schlag gegen „Verbündete“

Es kann als sicher gelten, daß die US-Regierung darauf zumindest vorbereitet war. Die dortige Notenbank verordnete dem Dollar mehrere deutliche Leitzinserhöhungen. Das regte Anleger und Spekulanten an, verstärkt in US-Anleihen zu investieren. Kurzzeitig stieg der Kurs des Dollars deutlich an und war sogar höher bewertet als der Euro. Aber das war nur der Auftakt. Mit dem von der Biden-Administration bereits im August 2022 auf den Weg gebrachten Inflationsbekämpfungsgesetz („Inflation Reduction Act“) gingen die US-Macher direkt auch gegen die eigenen Verbündeten vor. Mit milliardenschweren Subventionen werden Investitionen im eigenen Land gefördert. Das zieht nicht nur weiteres Kapital aus allen Teilen der Welt an, sondern verändert die Konkurrenzbedingungen weltweit zugunsten des US-Kapitals.

Entsprechen sauer – und hilflos – reagierte das Gefolge in Europa auf das „friendly fire“ aus Washington. „Wir müssen schauen, daß es nicht zu einem Handelskonflikt kommt“, merkte BRD-Finanzminister Christian Lindner Anfang November in der ARD-Tagesschau an. „Der würde nur Verlierer produzieren“, so der FDP-Chef. Er verschwie, daß die Verlierer vor allem in der EU zu finden wären. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron wagte sich sogar ein wenig weiter vor. Bei seinem Besuch in Washington Anfang Dezember soll er laut Nachrichtenagentur AFP das Inflationsbekämpfungsgesetz „superaggressiv“ genannt haben. Anfang Januar kam dann auch aus Brüssel die Nachricht, daß ein Maßnahmenpaket geplant sei, um ein eigenes Investitionsprogramm auf den Weg zu bringen. Kommt es also doch zu einem neuen kleinen Wirtschaftskrieg im großen? Vermutlich nicht. Investitionen in der US-Größenordnung sind für die EU-Staaten schwer zu stemmen – zumal Deutschland seine eigenen Programme längst auf den Weg gebracht hat.

IWF-Prognosen

Und was macht das Geschäft der Rußland-Ruinierer? Baerbock hat in der Zwischenzeit noch für allerlei Aufregung und Häme gesorgt. Sie behauptete sogar, man sei im Krieg gegen

Rußland. Faktisch ist aber momentan das Gegenteil von einer ruinierten Wirtschaft dort zu besichtigen. Der Rubel ist stabil, hat gegenüber westlichen Währungen aufgewertet. Der Internationale Währungsfonds (IWF; eine unter der Fuchtel der USA stehende und von einer Bulgarin geleitete „Spezialorganisation“ der UN) sagte im Januar ein Wachstum der russischen Wirtschaft von 0,3 Prozent voraus. Von Rezession oder gar Zusammenbruch der Ökonomie des aktuellen NATO-Feindeslands ist außerhalb der Springer-Medien derzeit auch kaum etwas zu lesen.

Dafür um so mehr über den Aufschwung zweier Staaten, die ebenfalls direkt und indirekt von den Anti-Rußland-Sanktionen profitieren: China und Indien. Die nach Wirtschaftsleistung (kaufkraftbereinigt) vom IWF ohnehin bereits als Nummer eins geführte Volksrepublik und die 2021 nach den USA 2021 als Nummer drei geltende Indische Union werden im laufenden Jahr 2023 allein fast die Hälfte zum globalen BIP-Wachstum beitragen, verkündete der IWF in seiner Januarprognose. Daß dies mit günstigen Öl- und Gaslieferungen aus Rußland zu tun hat, ist kein Geheimnis.

China gilt trotz der aktuellen Attacken gegen Rußland als Hauptfeind des alten Imperiums. Washington verschärfte 2022 die Taiwan-Krise, brachte die Regierung Japans auf Konfrontationskurs gegen Beijing, verbündete sich mit dem neuen Machthaber der Philippinen (dem Sohn des ehemaligen Diktators Ferdinand Marcos), um den Konflikt um diverse Inseln weiter anzuhetzen und lancierte eine neuerliche Ufo-Kampagne zur Verblödung der eigenen Bevölkerung (abgeschossen chinesische „Spionageballons“). Zugleich soll China der Zugang zu westlicher – und taiwanischer – Technologie (insbesondere Halbleiterchips) verwehrt werden. Bislang mit eher geringem Erfolg.

Auch Indien ist stärker ins Visier Washingtons geraten. Ursprünglich gedacht als Bollwerk gegen Beijing, gilt Neu-Delhi inzwischen zumindest als suspekt. Mehrere US-Versuche, die Regierung dort in Konfrontation zu Moskau zu bringen, waren erfolglos. Dafür inszenierte eine US-Heuschrecke namens Hindenburg Research Anfang des Jahres einen Angriff auf Indiens mächtigsten Wirtschaftsmogul Gautam Adani und dessen Firmenkonglomerat. Im Ergebnis sank der Börsenwert des eng mit der Regierung in Neu-Delhi verbundenen Unternehmens zwischenzeitlich um bis zu 100 Milliarden Dollar. Eine schmerzhaft Angelegenheit. Aber sicher verkraftbar.

Doch nicht nur China und Indien liegen gut im Rennen: Laut IWF-Prognose soll 2023 auch das Wachstum der sogenannten Schwellenländer deutlich oberhalb des globalen Durchschnitts – und dem der entwickelten Länder liegen. Alles sieht also danach aus, daß auch 2023 für die westlichen Regierungen und Propagandamedien ein hartes Jahr werden könnte.

Klaus-Dieter Fischer
Berlin

Deutschlands „Energiesicherheit“ a la Habeck

In der deutschen Stadt Brunsbüttel, in der Nähe von Hamburg, wurde im Januar ein neues, an der Küste schwimmendes Terminal für verflüssigtes Erdgas (LNG) eingeweiht. Ein weiterer Schritt auf der Suche Deutschlands nach einer Alternative für Gaslieferungen, die nicht mehr aus Rußland kommen können. Proteste von Einheimischen in der Nähe des Hafens, die sich gegen die Errichtung dieser Anlage aussprachen, störten die offiziellen Posaunen der Regierung, während unterdessen breitere Kritik über das Vorhaben Berlins geäußert wurde, die Gasimporte auf dem Land- und Seeweg hochzufahren, was Aktivisten für sehr umweltschädlich halten. Der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, erklärte, das neue Terminal in Brunsbüttel sei notwendig, weil „die Hälfte der Gaslieferungen nach Deutschland ausgefallen ist, nachdem Wladimir Putin sie eingestellt hat. Die Gaslieferungen wurden vollständig gekappt und sie werden nicht wieder aufgenommen.“ So weit Habeck. Aber so hat es sich nicht abgespielt.

Vor fast einem Jahr, kurz bevor der Ukraine-Konflikt zum Krieg eskaliert war und Bundeskanzler Olaf Scholz das Genehmigungsverfahren für die Pipeline Nord Stream 2 auf Eis gelegt hatte, war Habeck bereits scharf darauf gewesen, das russische Gas auszumustern. „Wir arbeiten aktiv daran, von fossilen Brennstoffen aus Rußland unabhängig zu werden“, sagte

Habeck im April 2022 und sprach von „großen Fortschritten“. Nicht nur einmal, sondern zweimal erklärte er öffentlich, daß er seine Zeit unter der Dusche reduziert habe, was sowohl ein Mittel sei, um Energie zu sparen, als auch, Putin eins auszuwischen. Das ist eine Geste, die an jene Leute erinnert, die an Handläufen von Rolltreppen ziehen und dabei glauben, daß sie damit die Leute nach oben bringen. Solche Maßnahmen würden „Putin nerven“, gab Habeck von sich. Eigentlich hat es vor allem die Deutschen und die Europäer genervt.

Die EU verhängte mehrere Sanktionsrunden gegen das russische Finanzsystem und gegen russische Banken, darunter die Sperrung einiger der größten Banken des Landes vom SWIFT-Zahlungssystem. Angesichts dieser Sanktionen forderte Moskau die Bezahlung des Gases in Rubel. Daraufhin versuchte die EU-Kommission, Richtlinien für Länder herauszugeben, damit man weiterhin für russisches Gas bezahlen kann, ohne gegen die eigenen Sanktionen zu verstoßen oder in Rubel zu zahlen.

Im vergangenen Juli, als Nord Stream 1, die Gas-Lebensader, die eine der letzten Hoffnungen Europas für russisches Gas darstellte, wegen Wartungsarbeiten hatte abgeschaltet werden müssen, hatte Habeck Kanada gebeten, einen Kompressor für die Pipeline freizugeben, der sich dort in Wartung befand, nachdem er unter die Sanktionen des Westens gefallen war. Dann,

im September, waren die beiden Pipelines Nord Stream 1 und 2 auf mysteriöse Weise gesprengt worden. Berlin hält sich mit den Ergebnissen seiner Ermittlungen zu der Täterschaft bedeckt. Angesichts der infolge europäischer Waghalsigkeit schwindenden Möglichkeiten, Gas zu beziehen, ging Deutschland auf die Suche nach Alternativen.

„Mithilfe dieser drei Terminals werden wir mindestens ein Viertel unserer Verluste wiedergutmachen können“, sagte Habeck im NDR. Aber wer ist der Hauptnutznießer?

Jahrelang hatte Washington Deutschland unter Druck gesetzt, sich vom günstigen russischen Gas zu trennen, mit dem die Wirtschaft Deutschlands und jener der EU befeuert worden war, was der EU erlaubt hatte, wirtschaftlich mit den USA zu konkurrieren. Dieser Druck aus Washington umfaßte Maßnahmen wie Sanktionen gegen Nord Stream 2, als sich das Projekt seiner Fertigstellung näherte. Die Verdrängung von russischem Gas aus dem europäischen Markt war seit langem eine Priorität der USA, wie der 2019 vom US-Kongreß eingeführte Protect European Energy Security Act (Verordnung über die europäische Energiesicherheit) belegt.

Rachel Marsden
Frankreich

Redaktionell gekürzt

Quelle: RTDE, 2.2. 23

Post aus Washington, D.C.

Wie man im Buch von Bernd Greiner „Was die USA seit 1945 in der Welt angerichtet haben“, C. H. Beck, München 2021 (2. Aufl.), S. 227 ff., nachlesen kann, war die Verhinderung von Nord Stream 2 schon vor vielen Jahren durch die USA geplant!

Nachfolgendes Schreiben dreier US-Senatoren gestattet einen Einblick in die mafios anmutende Skrupellosigkeit und US-amerikanische Sanktionspolitik.

„Sehr geehrter Herr Sievers und sehr geehrter Herr Ostenberg, [...] dieser Brief ist ein formeller rechtlicher Hinweis, daß die Waren, Dienstleistungen und Unterstützung [für das Nord-Stream-2-Projekt] mit dem Risiko verbunden sind, daß unsere Regierung vernichtende rechtliche und wirtschaftliche Sanktionen gegen die Fährhafen Saßnitz GmbH, gegen den Hafen Mukran, gegen ihre Vorstandsmitglieder, leitenden Angestellten, Aktionäre und Mitarbeiter verhängen wird. Diese Sanktionen beinhalten möglicherweise verheerende Maßnahmen, welche die Fährhafen Saßnitz GmbH wirtschaftlich und finanziell von den Vereinigten Staaten abschneiden werden. Für die Fährhafen Saßnitz GmbH besteht die einzig verantwortliche Reaktion darin, von allen ihren vertraglichen Optionen zur Beendigung dieser Aktivitäten Gebrauch zu machen. Die Vereinigten Staaten verfügen über eine breite Palette von Sanktionen und

Richtlinien gegen das Nord-Stream-2-Projekt, und langjährige Bemühungen beider Parteien [der Demokraten und Republikaner], beider Kammern [des Kongresses] und verschiedener Ressorts [der Exekutive] sowie ein Konsens der gesamten Regierung verdeutlichen, daß die Pipeline verhindert werden muß.

Am 20. Dezember [2019] trat das Bewilligungsgesetz zur Nationalen Verteidigung [...] in Kraft. Das in Absatz LXXV dieser Vorlage enthaltene Gesetz zum Schutz von Europas Energiesicherheit (PEESA) verpflichtet den [amerikanischen] Präsidenten zur Verhängung breitgefächerter Sanktionen gegen Ausländer oder Firmen, die Schiffe für die Verlegung von Unterwasserpipelines im Rahmen des Nord-Stream-2-Projekts zur Verfügung stellen. Die Sanktionen sind zwingend vorgeschrieben, und es gibt bei ihrer Verhängung keinen Ermessensspielraum. [...] Den Vorstandsmitgliedern, leitenden Angestellten und Aktionären der Fährhafen Saßnitz GmbH wird die Einreise in die Vereinigten Staaten untersagt, und jegliches Eigentum oder jegliche Eigentumsbeteiligung, die sie in unserem Zuständigkeitsbereich haben, wird eingefroren. [...] Allen amerikanischen Bürgern und Firmen wird jedwede Geschäftsbeziehung mit den genannten Personen oder mit der Fährhafen Saßnitz GmbH untersagt. [...] Der Fährhafen Saßnitz GmbH und ihren Vorstandsmitgliedern, leitenden Angestellten, Aktionären und

Mitarbeitern wird der Zugang zu den Vereinigten Staaten verwehrt. Diese Sanktionen sind bindend und treten mit sofortiger Wirkung in Kraft. [...] In Ihrem Fall sind irgendwelche Bona-Fide-Ausnahmen schwer vorstellbar.

Der US-Regierung ist bewußt, daß die Nord-Stream-2-Pipeline kurz vor der Fertigstellung steht, und sie sieht darin eine massive Gefährdung der Energiesicherheit Europas und der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten. [...] Regierung, Kongreß und beide Parteien stehen gemeinsam zu ihrer Verpflichtung, die Fertigstellung der Pipeline zu verhindern und die genannten Gefahren unbedingt abzuwehren. [...] Wenn Sie weiterhin Waren, Dienstleistungen und Unterstützung für das Nord-Stream-2-Projekt bereitstellen [...], würden Sie das zukünftige finanzielle Überleben Ihres Unternehmens zerstören. Währenddessen würden Sie die Anlegerwerte Ihrer Aktionäre vernichten und ganz gewiß Aktionärsklagen in Milliarden-Dollar-Höhe wegen der Verletzung Ihrer Treuepflicht entgegensehen. Wir fordern Sie mit Nachdruck zu sofortigen Maßnahmen auf, um diese Szenarien abzuwenden.

Ted Cruz (US Senator), Tom Cotton (US Senator), Ron Johnson (US Senator), United States Senate, Washington, D.C., 5. August 2020“

Dr. Dieter Rostowski
Kamenz

(<https://www.cruz.senate.gov/files/documents/Letters/2020.08.05>)

„Endlösung der Russenfrage“ und neue Epoche

Rußlands Außenminister Sergei Lawrow hat am 18. Januar die diplomatische Bilanz des Jahres 2022 gezogen. Dabei sprach er vom westlichen Neokolonialismus, verglich die Pläne der NATO mit Hitlers „Endlösung“ und bezeichnete die Gegenwart als einen Epochenwechsel. Die NATO führt mittels der Ukraine einen Stellvertreterkrieg gegen Rußland, erklärte Lawrow. Er bilanzierte, daß der Konflikt in der Ukraine eine globale Dimension habe und den Wechsel von einer US-dominierten zu einer multipolaren Weltordnung einleite. Der Europäischen Union attestierte Lawrow, sich vollständig dem US-amerikanischen Diktat untergeordnet zu haben. Aus der gemeinsamen Deklaration der EU und der NATO vom 10. Januar, in der die Koordinaten zur Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO festgeschrieben werden, gehe hervor, daß die beiden Strukturen ihre Interessen rücksichtslos mit allen Mitteln durchzusetzen suchen und dabei historisch zusammenhängende Regionen wie etwa Rußland und die Ukraine oder Transkaukasien zu zerstören trachten. Der Minister betonte, daß die EU ihre Selbstständigkeit vollständig verloren habe und sie zu einem Anhängsel der NATO geworden sei, während die USA gestiegene Gaspreise in Europa nutzen, um eine Migration der europäischen Industrie nach Amerika zu erwirken und die EU als wirtschaftlichen Konkurrenten auszuschalten. Den Grundkonflikt der bestehenden Weltordnung formulierte Lawrow wie folgt: „Washingtons Kurs auf ein Diktat in internationalen Angelegenheiten bedeutet buchstäblich folgendes: Wir US-Amerikaner dürfen alles, was wir wollen und wo wir wollen. Auch am anderen Ende der Welt werden wir tun, was wir für nötig erachten. Ihr alle anderen dürft aber ohne unsere Zustimmung nichts unternehmen, nicht einmal als Reaktion auf direkte Bedrohungen eurer Sicherheit, die wir selbst an euren Grenzen schaffen.“ In bezug auf den Konflikt des kollektiven Westens mit Rußland zog der Außenminister historische Parallelen zu Napoleons Imperium und zum Dritten Reich: „So wie Napoleon praktisch ganz Europa gegen das Russische Kaiserreich mobilisierte, wie Hitler die Mehrheit der europäischen Länder

eroberte, unter den Helm stellte und gegen die Sowjetunion warf, gründeten auch die USA eine Koalition aus praktisch allen europäischen Ländern und führen einen Stellvertreterkrieg gegen unser Land mit demselben Ziel: „Endlösung der Russenfrage“.

Multipolarität statt Dominanz und Isolation

Versuche der Vereinigten Staaten, ihre Vormachtstellung zu sichern, seien letztendlich gegen den geschichtlichen Fortschritt gerichtet. Dabei vollziehe sich die Entwicklung hin zur Multipolarität nicht auf Beschluß einzelner politischer Akteure, sondern durch die natürliche wirtschaftliche Entwicklung nichtwestlicher Länder. Zu neuen Zentren von Wirtschaftswachstum gehören unter anderem China, Indien, die Türkei, lateinamerikanische sowie potenziell auch afrikanische Staaten. Rußland versuche in diesem Zusammenhang, die Kooperation mit internationalen Partnern unabhängig vom Westen und dessen neokolonialen Methoden aufzubauen. Dies ist nach Lawrow das Fazit des vergangenen Jahres. Rußland habe inzwischen einige Erfolge in Aufbau und Pflege internationaler Beziehungen vorweisen können. So seien die Beziehungen zu China auf einem historischen Höhepunkt: „Dies ist keine Allianz, kein Bündnis, aber in vielerlei Hinsicht ist es fester als ein Bündnis. Die Beziehungen sind pragmatisch, vertrauensvoll, beruhen auf gegenseitigem Respekt und einem Interessenausgleich. Das ist genau das, was ein ideales Beziehungsformat zu jedem Land ist und direkt auf den Prinzipien der UN-Charta beruht.“ Rußland und China kooperieren unter anderem im Rahmen der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit, BRICS, der Neuen Seidenstraße und betreiben militärische Zusammenarbeit, so Lawrow weiter. Auch Moskaus Beziehungen zu arabischen Staaten befänden sich im Aufschwung. „Ich sehe ein Verständnis unserer Position, ein Verständnis, daß es nicht nur und eigentlich überhaupt nicht um die Ukraine geht, sondern gerade um den Kampf um eine neue Weltordnung zwischen denjenigen, die glauben, daß sie vollständig ihren Regeln unterstellt sein soll – und die Regeln sehen eine Dominanz der USA und ihrer Satelliten vor – und denjenigen, die wollen, daß die Weltordnung demokratisch

ist.“ Trotz des beispiellosen westlichen Drucks unterstütze kein arabisches Land die antirussischen Sanktionen. Dies ist mit Ausnahme der Bahamas auch für sämtliche Staaten Lateinamerikas und der Karibik der Fall. Unter lateinamerikanischen Ländern sei die Kooperation mit Kuba, Venezuela und Nicaragua besonders intensiv, allerdings arbeite Moskau auch mit anderen Ländern der Region bedingungslos zusammen. Rußlands Exporte nach Lateinamerika seien im vergangenen Jahr um zehn Prozent gestiegen, tausende Lateinamerikaner studieren in Rußland. Auch der Tourismus entwickle sich dank Visafreiheit mit 27 lateinamerikanischen Ländern.

Epochenwechsel und neue Perspektiven

Die formale Grundlage für die künftige multipolare Weltordnung könnte die UN-Charta bilden, erklärte der russische Außenminister. Das Dokument sei für seine Zeit revolutionär gewesen, allerdings wurden dessen Prinzipien vom Westen pervertiert. Grundsätze der Nichteinmischung in innerstaatliche Angelegenheiten und der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten würden durch zahlreiche Militäraktionen der USA mehrmals aufs Größte verletzt. Den Vorwurf einer Journalistin, wonach Rußlands Militäroperation die UN-Charta ebenfalls verletze, wies Lawrow zurück. Er betonte, daß die territoriale Integrität eines Staats respektiert werden kann, solange dieser nicht gegen das Selbstbestimmungsrecht der eigenen Bevölkerung verstößt. Die Ukraine habe 2014 unter Verletzung der eigenen Verfassung einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung im Donbass begonnen und damit das Recht auf territoriale Integrität verweigert.

Nach Lawrows abschließender Einschätzung werde die Formung einer multipolaren Weltordnung eine universalgeschichtliche Bedeutung haben und viel Zeit in Anspruch nehmen: „Der Prozeß der Formierung einer neuen Weltordnung wird lange dauern und eine gewisse historische Epoche einnehmen. Wir befinden uns im Höhepunkt dieses Prozesses.“

Redaktionell gekürzt

Quelle: <https://de.rt.com/international/160274-endloesung-russenfrage-und-neue-epoche/>

„Auf der Seite der Diplomatie“

In offenem Widerspruch zu Deutschland und den anderen westlichen Mächten weist Brasilien jegliche Waffenlieferung an die Ukraine zurück und dringt auf eine Vermittlungsinitiative zur Beendigung des Ukraine-Kriegs. Brasilien verstehe sich als „Land des Friedens“ und lehne jede Beteiligung an dem Krieg ab, antwortete Präsident Luiz Inácio Lula da Silva beim Besuch von Kanzler Olaf Scholz Ende Januar auf die Forderung Berlins, Kiew Munition für den Flugabwehrpanzer Gepard zur Verfügung zu stellen. Vor Brasilien haben bereits weitere Staaten des Subkontinents das Ansinnen öffentlich zurückgewiesen. So teilte zum Beispiel Kolumbiens Präsident Gustavo

Petro mit: „Keine russische Waffe, die Kolumbien gekauft hat, wird im bewaffneten Konflikt in der Ukraine eingesetzt werden.“ Petro fügte hinzu, Lateinamerika solle sich, anstatt Kriegsgerät zu liefern, um Frieden bemühen. Argentinien Präsident Alberto Fernández erklärte bei einer gemeinsamen mit Bundeskanzler Olaf Scholz durchgeführten Pressekonferenz: „Argentinien und Lateinamerika denken nicht daran, Waffen zu schicken“. Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador wiederum übte offene Kritik an der Entscheidung der Bundesregierung, Kiew Kampfpanzer zu liefern – eine klare Bestätigung, daß aus Mexiko trotz allen US-Drucks

keinerlei Waffenhilfe, sondern Unterstützung für Vermittlungsversuche zu erwarten ist. Man müsse rasch „eine Gruppe von Ländern an den grünen Tisch bringen“, um über „Frieden zwischen Rußland und der Ukraine zu diskutieren“, erklärte Lula. Brasilien sei ohne weiteres „bereit, einen Beitrag zu leisten“. Damit stellt sich der brasilianische Präsident in offenem Widerspruch zu den westlichen Mächten inklusive Deutschland, die – weit davon entfernt, ernsthaft mit Moskau und Kiew zu verhandeln – den Ukraine-Krieg mit immer neuen Waffenlieferungen stets weiter befeuern.

Aus: [german-foreign-policy.com](https://www.german-foreign-policy.com), 2.2.23

Lateinamerika und Karibik: Revolution oder Transformation?

Lateinamerika und die Karibik wenden sich zur Zeit nach links. In den Schlüssel-ländern für die geopolitische Ordnung der Region verliert die reaktionäre Rechte die Regierung gegen die Mitte-Links-Bewegung. Das geht Washington gegen den Strich. Es entwarf die Strategie der verdeckten Putschversuche, offenen Sanktionen und Invasionsdrohungen und setzt sie gegen die „Abweichler“ ein. Natürlich ist der Subkontinent nicht von der allgemeinen Dynamik auf dem Planeten ausgeschlossen. Lateinamerika und die Karibik standen schon immer im Mittelpunkt fortschrittlicher Befreiungskämpfe. Nach der Niederlage des sozialistischen Lagers in Europa nahmen das unipolare Denksystem der westlichen „Demokratien“ und damit der Aufbau einer auf den Monetarismus zugeschnittenen Ordnung auf der Weltbühne Platz. Dieser Ordnung widersetzt sich die Mehrheit der Länder Lateinamerikas und der Karibik, die eine multipolare Weltordnung bevorzugen. Die fortschrittlichen Befreiungsprozesse sind nicht unbedingt mit revolutionären Veränderungen verbunden. Die ehemaligen reaktionären und revolutionären Pole haben sich auf die kühlere Dialektik zwischen Konservativem und Progressivem eingestellt. Nicht alle linken und progressiven Regierungen Lateinamerikas und der Karibik betrachten den Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus. Zudem gibt es unterschiedliche Vorstellungen vom Sozialismus. An seine Stelle tritt vorerst der Wandel. Kuba, Nicaragua und Venezuela trugen jedoch dazu bei, Lateinamerika und die Karibik zu einer Region zu machen, die der Revolution nicht abschwört. Ihre regierenden Parteien haben verstanden, daß die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft eine Geschichte von Klassenkämpfen ist. Die Geschichte Lateinamerikas und der Karibik kann nicht von der Geschichte der USA getrennt werden. Der Subkontinent erlebte ständig den Konflikt zwischen Unabhängigkeit und Annexion. Der wiederum resultiert aus dem Streit zwischen monroistischem und bolivarischem Denken. Der Gedanke Monroes führte zur panamerikanischen Idee. Sie bestimmt die Hegemonie der USA über die Region. Die übrigen Länder sollen Untertanen sein. Der Gedanke Bolívars entstand aus der Notwendigkeit, sich zu koordinieren, um die „spanischen Kolonien durch amerikanische Republiken abzulösen“. 1891 erschien das Essay „Nuestra América“ („Unser Amerika“) von José Martí. Darin beschrieb er die Idee Bolívars von der Einheit und Integration. 1929 veröffentlichte Augusto Cesar Sandino den Plan zur Erfüllung des Traums Bolívars von der Einheit Lateinamerikas. Die Beziehungen der USA zu jedem lateinamerikanischen oder karibischen Land und zum gesamten Subkontinent bestimmten seit jeher die sich abwechselnden sozialen und politischen Systeme der Länder. Revolutionäre und reformistische Erfahrungen entstanden. Wahlsiege der Rechten oder der

antikapitalistischen Linken wechselten sich ab. Im Verlauf dieser Prozesse sind politische Modelle gereift, die mit der Beendigung der Unterordnung des Subkontinents zu tun haben. Die Beziehungen Lateinamerikas und der Karibik zu den USA spielen also eine wichtige Rolle im Denken und Handeln der linken und Fortschrittskräfte der Region.



Innerhalb dieser Kräfte haben sich drei Tendenzen herausgebildet. Die *revolutionäre Tendenz* lebt und regiert auf Kuba, in Nicaragua und Venezuela. Dort existiert eine in revolutionären Prozessen geborene Linke, die weiß, wie gesiegt und anschließend verteidigt wird. Ihre Modelle sind Alternativen zum Kapitalismus. Die zentrale Achse ihres Projekts ist die Rolle des Staates als allgemeines politisches Subjekt und Regulator des Marktes. Sie sind von einer sozialökonomischen Ordnung mit einem gemischten Wirtschaftsmodell sozialistischer Natur überzeugt, die den Kapitalismus überwindet. Wegen des subversiven Charakters der entmachteten Klassen, die den USA untertan waren und sind, verteidigen sie das politische und institutionelle Terrain mit ihrem Machtmonopol. Sie bauen ihre Außenpolitik auf der Grundlage nationaler Interessen und internationaler Solidarität auf. Sie fördern die Einheit, die regionale Zusammenarbeit und Integration des Subkontinents und profitierten davon. Sie sind von der Nützlichkeit kontinentaler Institutionen für Freiheit und Gleichheit ohne USA und Kanada überzeugt. Sie lehnen die OAS und alle anderen von Washington gegründeten und gelenkten Organisationen als Mittel der politischen Kontrolle über den Subkontinent ab. Sie verurteilen und bekämpfen die Unterdrückungspolitik der USA und üben Solidarität mit den Opfern der permanenten Destabilisierung. Die *reformistische Tendenz* ähnelt der europäischen Sozialdemokratie des späten 20. Jahrhunderts. Zu ihr zählen die Regierungen in Bolivien, Chile, Honduras und Brasilien. Sie arbeiten für einen sozialen Ausgleich in ihren Ländern und für die Unabhängigkeit von den USA, dulden aber deren Rolle in der kontinentalen Geopolitik. Sie sind für die Einheit des Subkontinents, die regionale Zusammenarbeit und Integration. Sie halten einen

ständigen Dialog mit der alternativen Linken für sinnvoll und betrachten ihn als Bindeglied zwischen den verschiedenen progressiven und sozialistischen Ausdrucksformen. Die *progressive Tendenz* ist liberal in der Wirtschaft und progressiv in den Bürgerrechten. Sie erscheint in den Regierungen Mexikos, Argentiniens, Kolumbiens und Perus. Sie betont die Rolle des Staates als Ordnungsorgan der Gesellschaft unter Verzicht auf jegliche Eingriffe in die Wirtschaft. Ihre Vertreter glauben, daß der Markt sich selbst reguliert. Diese Tendenz der „leichten“ Linken gefällt den Rechten, denn sie hinterfragt nicht das politische System. Sie repräsentiert die importierte Version des Bürgerrechts. Importierte politische Systeme sind jedoch fragil. Sie berücksichtigen nicht die eigenen sozialökonomischen Erfahrungen. Die „leichten“ Linken bevorzugen ein Modell der sozialen Demokratie, das von Natur aus die Stärkung der Mittelschicht fördert. Diese wird als sozialökonomischer und kultureller Motor angesehen. Bei den Vertretern dieser Tendenz besteht die Gefahr, daß sie zum Ankläger der Linken werden, mit denen sie kooperierten, bevor sie an die Regierung kamen. Zum Beispiel kritisieren sie die Regierungen von Kuba, Nicaragua und Venezuela, wenn diese ihre Mittel zum Machterhalt einsetzten. Die „leichte“ Linke sieht den historischen Liberalismus Lateinamerikas und nicht den Sozialismus als Alternative. Sie will die kapitalistische Realität nicht abschaffen, sondern verbessern. Wenn in Lateinamerika und der Karibik linke oder Fortschrittskräfte die Wahlen gewinnen, dann haben sie noch nicht die Macht gewonnen, um das System ändern zu können. Um alternativ zu sein, müßten sie eine völlig andere Gesellschaft anstreben, die Machtverhältnisse zwischen den Klassen verändern und das Gewicht der wirtschaftlichen und militärischen Kräfte verringern. Wenn nach gewonnenen Wahlen nicht das Kräfteverhältnis verändert wird, dann werden diejenigen geändert, die verändern wollten. Ein markantes Beispiel dafür war die Entwicklung in Ecuador während der Regierungszeit von Lenín Moreno. Der VII. CELAC-Gipfel, der am 24. Januar 2023 in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires stattfand, widerspiegelte den Fortschritt, der sich in der Entwicklung der Region vollzog. Die Präsidenten Andrés Manuel López Obrador aus Mexiko und Alberto Fernández aus Argentinien hatten CELAC während ihrer Pro-Tempore-Präsidentschaften aus dem Koma geholt. Die Völker „Unseres Amerikas“ haben aus der Vergangenheit gelernt. Der Gipfel würdigte den Wiederbeitritt Brasiliens in die CELAC. Die Anwesenheit des brasilianischen Präsidenten Lula da Silva war ein Zeichen des Engagements für Einheit und gemeinsame Arbeit in der Region. Die Teilnehmer verurteilten die Inhaftierung des peruanischen Präsidenten Pedro Castillo und die Unterdrückung seines Volkes durch das Putschregime der De-facto-Präsidentin Dina Boluarte.

Der Gipfel verabschiedete die Deklaration von Buenos Aires. Die Regierungen bekräftigten ihr Engagement für die Entwicklung der regionalen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Einheit und Integration sowie für die weitere Zusammenarbeit zur nachhaltigen Bewältigung der Gesundheitskrise und der Folgen der Covid-19-Pandemie. Außerdem wurde die Bereitschaft bekräftigt, für den internationalen Klimaschutz zusammenzuarbeiten. Die 111 Punkte des Dokuments bilden eine solide Arbeitsgrundlage, um die Zukunft zu gestalten. In der Erklärung wird die volle Gültigkeit der Proklamation Lateinamerikas und der Karibik als Zone des Friedens hervorgehoben und das Engagement für Demokratie, Förderung, Schutz und Achtung der Menschenrechte betont. Die Teilnehmer bekundeten ihren Willen nach Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen, bei Beachtung der Vielfalt der politischen Ansichten und ideologischen Ausrichtungen. Diese Einheit der Vielfalt ist faszinierend und kann als Vorbild für Dialoge zur Beilegung von Konflikten dienen. Sie birgt aber auch ein gewisses Risiko in sich. Wenn die progressive Tendenz in CELAC die Oberhand gewinnt, dann könnte der revolutionäre Inhalt der ursprünglichen Idee der Gründerväter Fidel Castro und Hugo Chávez verwässert werden. Nicht ohne Grund forderte Venezuelas Präsident Nicolás Maduro in seinem Videobeitrag: „Es ist an der Zeit, daß CELAC von innen heraus aufgebaut wird, mit einer sehr klaren Vision von der Zukunft unserer Länder. Es ist notwendig, solide Grundlagen für den Aufbau der Union zu legen.“ Er schlug den Aufbau einer eigenen Organisationsarchitektur der CELAC und die Schaffung eines Generalsekretariats vor. Der Präsident der VR China, Xi Jinping, betonte in einer Videobotschaft an den Gipfel, daß die Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten sich zu einer

unverzichtbaren Kraft in der Süd-Süd-Kooperation entwickelt habe. Die VR China sei bereit, das China-CELAC-Forum zu stärken. Die Beziehungen sollen nach den Prinzipien der Gerechtigkeit, des gegenseitigen Nutzens, der Innovation, der Offenheit und des sozialen Wohlergehens entwickelt werden.

Zum Abschluß des Gipfels ließ der argentinische Präsident Alberto Fernández über die Pro-Tempore-Präsidentschaft der CELAC abstimmen. Sie wurde an den Premierminister von St. Vincent und Grenadinen, Ralph Gonsalves, übergeben. Damit übernahm erstmals ein Land der englischsprachigen Karibik den Vorsitz der CELAC.

Das Gipfeltreffen zeigte viel Licht, aber auch einzelne Schatten. Solche warfen die transnationalen Desinformationsmedien: „Der CELAC-Gipfel findet ohne Maduro statt“; „Der CELAC-Gipfel wird mit viel Abwesenheiten abgehalten“; „López Obrador distanziert sich von Alberto Fernández, reist nicht nach Buenos Aires“. Die Schlagzeilen vermittelten den Wunsch nach Scheitern des Gipfels.

Das Engagement der CELAC-Mitgliedstaaten für Integration und Einheit überdeckte nicht die ausgedehnte Präsenz von US-Militärbasen auf dem gesamten Kontinent, die ständigen Interventionen westlicher Mächte in der Region, die Schikane und Verachtung gegenüber indigenen und afrostämmigen Völkern, die Anwendung von „Lawfare“-Methoden gegen prominente politische Persönlichkeiten in verschiedenen Ländern und die grobe Manipulation von Menschenrechtsinstitutionen. Die Erfolge bei Wahlen führten dazu, daß Initiativen zur Sabotage der lateinamerikanischen und karibischen Einheit wie die Lima-Gruppe überwunden werden konnten. Diese Gruppe, die Venezuelas rechtmäßigen Präsidenten Maduro ignorierte und den von Washington beförderten Interimspräsidenten Juan Guaidó anerkannte, wurde zeitweilig von

Argentinien, Barbados, Bolivien (während des Putschregimes), Brasilien, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Grenada, Guatemala, Guyana, Haiti, Honduras, Jamaika, Mexiko, Panama, Paraguay, Peru und St. Lucia unterstützt. Der Atem der grausamen Interventionspolitik Washingtons gegen Venezuela war auf dem Gipfel immer noch zu spüren. Die Präsidenten Chiles, Paraguays und Uruguays kritisierten „die mangelnde Demokratie“ in Venezuela. Es ist offensichtlich, daß die USA und ihre Verbündeten ihre Manipulations- und Zwangsmacht in der Region aufrechterhalten wollen. Sie warten nur auf günstige Bedingungen, um sie anzuwenden.

Das Licht des VII. CELAC-Gipfels ist jedoch unübersehbar. Es ist zu erwarten, daß die linken und Fortschrittskräfte Lateinamerikas und der Karibik ihre Differenzen überwinden und die Kräfte bündeln werden. Das ist möglich, wenn bestimmte Kräfte der progressiven Tendenz aufhören, Verbündete mit Feinden zu verwechseln; wenn sie aufhören, revolutionäre Prozesse als Bedrohung statt als Vorteil zu sehen. Ähnliches kann man dem radikalen Teil der revolutionären Tendenz gegenüber linken und progressiven Regierungen empfehlen. Sie alle wollen nicht mehr Wirtschaftspflanzen für andere sein. Sie wollen eigene Bäume in eigenen Gärten. Es wächst die Vernunft, trotz der unterschiedlichen politischen Ansätze, einig in den Forderungen gegenüber den USA und Europa zu sein. Das ist auch unbedingt notwendig, denn der Subkontinent verfügt über alle Ressourcen, die der Norden benötigt und erobern will. Es wäre nicht klug, die Solidarität der Brüder gegen das Wohlwollen der Henker einzutauschen.

Wolfgang Herrmann
Dreesch

gestützt auf Informationen von teleSUR, Prensa Latina und tortilla con sal

Im Kontrast zur Militäreskalation von NATO und EU

Die Staats- und Regierungschefs der aus 33 Staaten ohne die USA und Kanada bestehende Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) haben bei ihrem jüngsten Gipfeltreffen in Argentinien ihre Bemühungen für Frieden bekräftigt. Sie unterstrichen die Wichtigkeit und Gültigkeit der „Erklärung von Havanna“, die vor genau neun Jahren unterzeichnet worden ist. Wesentlicher Punkt darin ist, daß die gesamte Region zu einer „Zone des Friedens“ erklärt wurde. Weitere Prinzipien sind friedliche Konfliktlösung, gegenseitige Achtung des Selbstbestimmungsrechts, Zusammenarbeit und freundschaftliche Beziehungen untereinander und mit anderen Nationen, Förderung einer Kultur des Friedens sowie allgemeine Abrüstung – insbesondere der Atomwaffen. Zugleich ist daran zu erinnern, welch

vielfältige destruktiven Erfahrungen die Länder des Subkontinents durch die unzähligen militärischen, gewalttätigen und terroristischen Aktionen der USA erlitten haben. Ein Beispiel dafür ist die Besetzung der strategisch wichtigen Guantánamo-Bucht im Südosten Kubas durch die US-Marine vor nunmehr über 120 Jahren. Der Bruch von Völker- und Menschenrechten wurde durch die USA noch weiter eskaliert: Mit dem 11.9.2001 wurde Guantánamo Bay zu einem menschenverachtenden US-Foltergefängnis für fast 700 angebliche Terroristen ausgebaut. Dies alles geschah gegen den erklärten Willen Kubas.

Auf der Vollversammlung der UN in New York trat am 22.9.2022 der mexikanische Außenminister Marcelo Ebrard mit einem Friedensvorschlag zur Beendigung des Ukraine-Krieges auf, der von weiteren

lateinamerikanischen Ländern unterstützt wurde. Es ging um die Beendigung des Krieges durch Verhandlungen und direkte Gespräche mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskiy und dem russischen Präsidenten Putin. Verhandlungsorganisatoren sollten der Papst, der UN-Generalsekretär und der indische Ministerpräsident Narendra Modi sein, die einen Waffenstillstand von fünf Jahren durchsetzen sollten. Aus den Kreisen um Selenskiy wurde leider getwittert: „Ihr ‚Plan‘ ist also ein russischer Plan.“

Auszug aus der Pressemitteilung des Vorstands über „Friedensbemühungen aus Lateinamerika im Kontrast zur Militäreskalation von NATO und EU“, 3. Februar 2023

Entnommen: newsletter 11_2023 netzwerk cuba nachrichten (ncn)

Das Kiewer Regime und der Nazismus

Die Frage, warum ich die Ukraine in ihrem gegenwärtigen Zustand seit 2014 als nazistisch bezeichne, wird mir sowohl von Gleichgesinnten als auch von denjenigen Gegnern gestellt, die noch nicht restlos hirngewaschen sind, mit denen noch ein Gespräch möglich ist (ja, auch solche gibt es in der Ukraine). Die Gegner führen verschiedene Argumente gegen mein Urteil an. Am beliebtesten ist dabei der Einwand: „Der Präsident der Ukraine ist doch ein Jude, wie kannst Du die Ukraine da als faschistisch oder nazistisch bezeichnen?“ Dabei ist dies der primitivste aller Einwände und leicht zu widerlegen. Kann ein Jude etwa kein Nazi sein? Ein Jude kann Totschläger sein, er kann Gangster sein. Daß ein Mensch Jude ist, ist weder ein Minus- noch ein Pluspunkt. Nazismus ist eine Ideologie und der Antisemitismus ist nicht sein Wesenskern. Kann ein Jude Kommunist sein? Na klar. Kann er ein Liberaler sein? Ja! Warum kann er dann kein Nazi sein? In Mussolinis Großem Faschistischen Rat war anfangs ein Viertel der Mitglieder jüdischer Abstammung, erst ab 1941 gab es in Italien diskriminierende Gesetze. Ist Mussolini dadurch weniger Faschist? Juden werden in der Ukraine derzeit nicht verfolgt. Ja, und? Beim Genozid in Ruanda ist auch kein Jude aus den 500 dort lebenden jüdischen Familien zu Schaden gekommen. Auf wen der Haß geleitet wird, wird von Fall zu Fall und von Land zu Land festgesetzt. Im Fall der Ukraine hat man die Russen zu Juden ernannt. In Ruanda waren Tutsi die Juden. In der Türkei vor 100 Jahren hat man die Armenier dazu bestimmt. Der Sündenbock ist austauschbar. Die Menschen, die von mir eine Erklärung fordern, wieso ich es mir erlaube, das aktuelle Kiewer Regime nazistisch zu nennen, führen ein weiteres Argument an, das in ihren Augen unwiderlegbar ist: „Und was ist mit Rußland? Gibt es da etwa keine Faschisten und keine Nazis?“ Meine Antwort darauf: Klar gibt es die dort. Es gibt auch in Rußland Faschisten und Nazis, es gibt sie überall, auch in Deutschland und in den USA. Doch sind sie dort anders als in der Ukraine nicht Teil staatlicher Strukturen und bestimmen nicht die Ideologie des Staates. Darauf meine Gesprächspartner: „Und gibt es in Rußland nicht dies, das und jenes?“ Sie wollen damit auf sogenannte „Merkmale des Faschismus“ hinaus. Ja, auch die gibt es aktuell überall, mal das eine Merkmal, mal das andere, mal eine Kombination. Aber diese Merkmale, die den Faschismus auf eine autoritäre Herrschaft einer Einzelperson, einer Gruppe oder einer Klasse reduzieren wollen, sind zu beliebig und helfen nicht weiter. Will man konkret werden und den Nazismus als die extremste und konsequenteste Form des Faschismus auf den Punkt bringen, so läßt er sich – wenn auch nicht streng wissenschaftlich – an drei Kriterien festmachen. Das erste Merkmal eines nazistischen Staates ist gegeben, wenn sich der Staat auf offizieller

Ebene auf Ideen nazistischer Theoretiker beruft. In der Ukraine findet genau das statt. Die Ideologie, die durch ukrainisch-nazistische Vordenker wie Donzow und Michnowski ausgearbeitet wurde, stellt das Fundament des aktuellen ukrainischen Staates dar. Das erste Kriterium ist somit erfüllt: Die Staatsideologie der Ukraine be-



„Entrussifizierung“ in Saporoshe: Hier wurde eine Puschkin-Büste entfernt

ruht auf dem Fundament nazistischer Theorien. Dmitro Donzow (1883–1973) griff Ideen von Friedrich Nietzsche, Georges Sorel und Charles Maurras auf. Er wurde zum wichtigsten Ideengeber der 1929 gegründeten Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN). Er sympathisierte offen mit den Achsenmächten, übersetzte Werke von Mussolini und Hitler ins Ukrainische und stellte den deutschen NS-Staat als Vorbild für eine unabhängige Ukraine dar. Mikola Michnowski (1873–1924) gilt als Chefideologe der ukrainischen Staatlichkeit und ist Urheber der Parole „Die Ukraine den Ukrainern“. Er forderte, daß „Flüsse von Blut“ strömen müssen und alle „Fremdstämmigen“ aus der Ukraine zu vertreiben sind. Alle Menschen wären Brüder, schrieb er, aber Russen, Polen, Ungarn, Rumänen und Juden wären Feinde, die vernichtet werden müssen. Seine „Zehn Gebote der Ukrainischen Nationalpartei“ verboten es einem Ukrainer, einen Ehepartner aus einem anderen Volk zu wählen.

Das zweite Merkmal eines nazistischen Staates: Wenn ein Staat in sein offizielles Heldenpantheon Figuren aufgenommen hat, die den Nazismus praktiziert haben, wenn dieser Staat stolz auf diese Figuren und ihre Handlungen ist, sie glorifiziert, sie der jungen Generation als Vorbild andient, Straßen nach ihnen benennt und Denkmäler für sie aufstellt (während Denkmäler, die an

den Sieg über den Faschismus erinnern, abgerissen werden), ist dies ein nazistischer Staat. Auch dieses Kriterium ist in der Ukraine erfüllt. Eigenhändig am Holocaust Beteiligte sind offiziell ins Heldenpantheon der Ukraine aufgenommen worden: die Täter von Babi Jar, die Mörder von Lwow und Wolyn. „Das sind unsere Helden, und das ist gut so“, sagte Selenskij wörtlich.

Schließlich das dritte Merkmal: Nazistisch ist jeder Staat, der – egal, mit welchen Mitteln – die Auslöschung einer, gleich welcher ethnischen Gruppe betreibt. Ich habe nicht ohne Grund betont, daß die Mittel hierbei nachrangig sind. Es muß sich nicht zwingend um die physische Vernichtung mittels Erschießungen oder Gaskammern handeln, es reicht völlig, wenn die Politik des Ethnozids, also der Auslöschung der Identität dieser Gruppe, vorangetrieben wird. Ethnozid geschieht insbesondere durch die zielgerichtete Unterdrückung und Verbannung der Sprache und Kultur der zum Sündenbock für alle Probleme und Haßobjekt für das gemeine Volk bestimmten Ethnie. Auch das dritte Merkmal ist in der Ukraine mit der Diskriminierung der russischen Sprache, der Abschaffung russischer Schulen, dem Canceln der russischen Kultur und den allgegenwärtigen Haßpredigten gegen Russen und deren Geschichte erfüllt. Wenden wir umgekehrt diese drei Kriterien auf die Russische Föderation an und fragen: Sind sie dort ebenso erfüllt? Die Antwort liegt auf der Hand: Nein. Weder hat Rußland eine staatliche Ideologie, die auf den Werken nazistischer Vordenker beruht, noch hat es Nazi-Kollaborateure wie Wlassow in das nationale Heldenpantheon aufgenommen. Das russische Heldenpantheon wird weiterhin von Antifaschisten, Soldaten und Offizieren, die im Zweiten Weltkrieg gegen Hitler kämpften, und historischen Figuren aus weiter zurückliegenden Zeiten bestimmt. Der russische Staat verfolgt die kommunistische Ideologie nicht mit repressiven Mitteln, wie es in der Ukraine der Fall ist. Rußland schränkt in keiner Weise die bestehenden Rechte seiner zahlreichen ethnischen Minderheiten ein: Nationale Autonomien haben nach wie vor Bestand und die Verwendung der zahlreichen Sprachen der Minderheiten ist geschützt und uneingeschränkt praktikierbar. Was zeigt sich nun im Ergebnis? Auf der einen Seite der Frontlinie steht ein klar nazistischer Staat: die Maidan-Ukraine. Er mag keine Souveränität mehr haben, er mag ein Instrument des Westens sein, das ist in diesem Kontext nachrangig. Die Ukraine ist ohne Abstriche ein nazistischer Staat.

Lew Werschinin

Redaktionell gekürzt

Der Autor ist ein ukrainischer politischer Analytiker, der zu den schärfsten Kritikern des Kiewer Regimes gehört.

Quelle: Telegram, 21. Januar 2023

Drei Tage in Kiew

Ich arbeite seit über 30 Jahren in der Ukraine und in Rußland. Dabei war ich mehr oder weniger erfolgreich. Ich wurde auch betrogen und bedroht. Oft fragte man mich: „Warum arbeitest Du dort?“. Meine Antwort war immer klar: „Ich liebe die dortigen Völker und ihre Kultur. Ich schätze ihre Leistungen, die sie im Kampf gegen Hitlerdeutschland vollbracht haben. Ich habe viele gute Freunde dort. Ich glaube, ich kenne auch ihre Probleme.“

Nun ist Krieg. Nichts ist mehr so wie es war. Unser Büro in Kiew haben wir geschlossen und unsere Wohnung steht leer. Wir haben Angst, daß auch diese dem Krieg zum Opfer fallen, deshalb machte ich mich kürzlich auf den Weg nach Kiew, um die wichtigsten Dinge zu sichern bzw. zu holen. Er führte wie immer von Berlin über Wrocław (heute sagt man wieder Breslau), Kraków an die sogenannte EU-Außengrenze nach Krakowez. Kurz vor der Grenze tankte ich mein Auto noch einmal auf. Der Liter Diesel kostet 1,71 Euro, weniger als in Berlin. Ich hoffte, daß ich damit ohne Probleme bis Kiew fahren kann. Von Freunden hörte ich, daß es in der Ukraine oft keinen Diesel gibt oder man nur 20 Liter bekommt. Auf der polnischen Seite wartete ich fast drei Stunden bis zur Abfertigung. Neben mir reiheten sich die LKWs fast sechs Kilometer weiter auf. Tagelang stehen sie hier, bis sie die Genehmigung zur Weiterfahrt erhalten. Auf der ukrainischen Seite stehen sie zehn Kilometer und mehr. Die Kraftfahrer brauchen oft vier oder fünf Tage, um die Grenze zu passieren, ohne jeglichen Service. Das war schon immer so und ist nicht nur ein Problem des Krieges. Die ukrainischen Behörden schimpfen auf die polnischen und umgekehrt – auf keiner Seite ein freundliches Wort. Ich bin einer der vielen Wartenden und habe Zeit, die Situation zu beobachten. Es fällt auf, daß auf der polnischen Seite viele LKW-Konvois, immer zehn Fahrzeuge mit Polizeibegleitung und Blaulicht, ohne Halt über die Grenze fahren. Ich zähle in einer Stunde vier bis fünf Konvois. Sie bringen die tödlichen Waffen und Militärtechnik an die Front. Oft sind es schwere Überseecontainer. Niemand darf sich ihnen in den Weg stellen. Welche Mengen an Waffen das sind, kann ich mir kaum vorstellen. Hier ist ein großer Grenzübergang.

Davon gibt es mindestens sechs. Dann bin ich endlich bei der polnischen Grenzkontrolle. Alles verlief normal. Danach muß ich zur ukrainischen Kontrolle, ca. 250 Meter entfernt und warte wieder zwei Stunden. Der erste Beamte fragt nach meinem Reiseziel. Ich sage: „Ich fahre nach Kiew.“ „Sprechen Sie ukrainisch?“ „Nein“, sage ich. „Sprechen Sie russisch?“ Und ich antwortete: „Nein“. Ich wußte, russisch will hier keiner mehr hören. Dann kommt ein weiterer Beamter, offensichtlich mit höherem Rang. Er stellt die gleichen Fragen und spricht mich in Deutsch an. Ich beantworte seine

Fragen. Er reicht mir die Hand und sagt: „Ich heiße Mykola, früher hieß ich Nikolai!“ Das war ein gutes Zeichen. Ich dachte sofort an meine Frau. Sie hieß früher Elena, und die ukrainische Behörde machte ohne Zustimmung aus ihr eine Olena. Jetzt ist man dabei, alle Namen der Städte und Straßen, die einen Bezug zu Rußland und ihre gemeinsame sowjetische Vergangenheit haben, umzubenennen. Endlich bin ich aus dem Grenzkontrollbereich heraus. Sofort fahre ich an die erste



An der Grenze EU-Ukraine warten LKW oft mehrere Tage

Tankstelle und prüfe, ob es Diesel gibt und zu welchem Preis. Diesel gab es für 1,31 Euro. Das war erstaunlich. Hier ist Krieg und so ein Preis. In Berlin zahlte ich 2,29 Euro und alle behaupten, der Krieg ist schuld. Der relativ billige Dieselpreis ist nur damit zu erklären, daß man seitens der Regierung alles macht, damit das ukrainische Volk ruhig bleibt. Hier gibt es auch keine Kfz-Steuer, und man sieht viele Nobelkarossen, viel mehr als in Deutschland. Genug, ich fahre weiter an Lwow (heute sagt man Lemberg) vorbei in Richtung Rowno.

Es fällt auf, daß fast in jedem Ort oder an wichtigen Punkten die rot-schwarzen Banner der Bandera-Leute wehen, selbst auf dem freien Feld und auf den Friedhöfen. Hier ist das Zuhause der Faschisten. Dort, wo sich noch vor einigen Jahren ein Lenin-Denkmal befand, steht jetzt Bandera. Oft hatte ich in Lwow zu tun. Seit mindestens 15 Jahren konnte ich beobachten, daß man Hitlers „Mein Kampf“ auf dem Markt in ukrainischer, in russischer und auch in deutscher Sprache kaufen kann. Meine Fahrt wird immer wieder durch Kontrollpunkte unterbrochen. Große Stahlkreuze und Betonblöcke verhindern die normale Durchfahrt. Und immer wieder die gleichen Fragen: „Wohin wollen Sie? Was haben Sie geladen?“ Fahrzeugkontrollen durch die freiwilligen Kämpfer, bewaffnet mit alten Maschinengewehren. Ihr Anblick ist angsteinflößend. Alle drei bis fünf Kilometer sind Bänder mit der Aufschrift: „Slawa Ukraine“ über die Straße gespannt. Das ist der alte Gruß der Bandera-Leute aus der Hitlerzeit. Ab und an sehe ich eine Flagge mit dem Foto von Putin und der Aufschrift: „Tötet Putin“. Dieses Bild zieht sich durch die gesamte Westukraine.

Von Rowno führt mein Weg weiter nach Kiew. Die Bandera-Symbole werden immer weniger. Im Gebiet Schitomir und Kiew ist davon kaum noch etwas zu sehen. Es fällt auf, daß viele Felder nicht bearbeitet sind. Die Betriebe haben kein oder zu wenig Geld dafür. Die großen Agroholdings machen oft riesige Gewinne. Diese werden in den Westen gebracht. Sie gehen kein Risiko ein und warten, wie sich die Dinge in der Ukraine weiterentwickeln. Kiew macht einen ruhigen Eindruck. Die

Menschen gehen zu Arbeit, sofern es diese noch gibt. Sie sitzen im Restaurant, trinken und essen wie immer.

Zu meiner Verwunderung höre ich auf meine diesbezügliche Frage: „Der Krieg ist weit.“ Andere sagen: „Das ist nicht unserer Krieg.“ Manche erzählen, daß sie nicht an die Front wollen. Sie verstecken sich, wechseln ständig ihren Aufenthalt oder ihre Arbeitsstelle. Die Chefs müssen die Namen ihrer Mitarbeiter an die Behörden melden. Andere erzählen, daß sie sich freikaufen wollen. Das heißt, sie müssen ca. 5 000 bis 7 000 US-Dollar schwarz an die Behörden zahlen, um aus dem Einberufungssystem gestrichen zu werden. Eine Garantie dafür gibt es

nicht. Das Geld fließt in private Taschen. Der Regierung bis zum Präsidenten ist dies kein Geheimnis. Andere berichten, daß militärische Kommandos regelrecht Jagd auf junge Menschen machen. Sie werden aus Restaurants, dem Supermarkt oder der Arbeitsstelle geholt oder auch auf der Straße eingefangen und ohne Ausbildung an die Front geschickt. Oft wissen die Angehörigen nichts davon. Mir fällt auf, daß kaum Personen offen gegen Selenskij sprechen. Sie haben Angst und das mit Recht. Politische Gegner werden hier z. Z. schnell liquidiert. Viele sagen, wir haben einen anderen Präsidenten gewählt, nicht den, der er jetzt ist. Nichts von dem, was er versprochen hat, wurde realisiert.

Es fällt auf, daß es eine hysterische nationalistische Propaganda gegen Rußland gibt. Ich beobachte das seit vielen Jahren, aber jetzt hat diese ganz gefährliche Ausmaße angenommen.

Es begann verstärkt unter Poroschenko. Im Wahlkampf stand auf großen Plakaten: „Rußland ist unser Feind“, „Ukraine in die NATO“, „Für eine eigene Kirche“. Seit Jahren verkauft man in Kiew Toilettenpapier, Fußabtreter und anderes mit dem Bild von Putin als Souvenir. Wie oft hörte ich hier Sätze wie: Die Russen sind Untermenschen, sie haben keine Kultur, sie können nicht mit Messer und Gabel essen, sie haben keine Intelligenz, das intelligente Volk in der Sowjetunion waren wir Ukrainer, wir Ukrainer haben den 2. Weltkrieg gewonnen und viele andere Sprüche. Diese offene, zügellose Propaganda breitet sich aus wie eine Epidemie. Und Deutschlands Politiker schauen weg. Sie reisen hierher und begreifen offenbar nichts. Wenn es allein Dummheit ist, ist sie nicht zu übertreffen. Ich besuche

einen Supermarkt. Gleich daneben steht ein Luftabwehrsystem. Unglaublich, denke ich. Wenn hier eine Rakete einschlägt, fällt diese unmittelbar ins Wohngebiet. Das ist schon oft so geschehen. Dann sagt man: „Die Russen schießen ihre Raketen auf Wohnkomplexe.“ Natürlich leiden wie immer die einfachen Menschen unter diesen Verhältnissen. Für sie ist es schwer, ohne Strom und Wasser zu sein, ständig Alarm zu erleben. Manche wohnen ganz oben in den 11 bis 25-Geschossern. Der Fahrstuhl arbeitet nicht und wenn er fährt, hat man Angst, diesen zu benutzen, denn jede Minute kann der Strom abgeschaltet werden. Auch ich mußte vielmals in die 10. Etage steigen, um mein Auto für die Rückfahrt zu beladen.

Die Ukraine soll mit Macht in die NATO und die EU. In meinen Augen ist die Ukraine ein total korruptes Land. Hier kann man und muß man alles erkaufen. Das beginnt an der Grenze. Alles ist käuflich. Die gesamte staatliche Führung ist korrupt. Wozu dann diese Milliarden-Hilfen? Das Geld verschwindet. Nicht wenige Soldaten an der Front bitten

ihre Angehörigen um warme Bekleidung. Die Menschen werden unruhiger und unzufriedener. Für einen gefallenen Sohn erhalten die Angehörigen 13 000 Grivna (ca. 325,00 Euro) für die Beisetzung. Im Beschluß des Ministerkabinetts № 168 vom 28. Februar 2022 steht, daß der Staat für einen an der Front Gefallenen 15 Mio. Grivna (das sind ca. 375 000 Euro) zahlt. Diese Summe hat viele junge Menschen als Freiwillige an die Front gebracht. Aber jetzt wird oft den Hinterbliebenen mitgeteilt, daß die betreffende Person an der Front selbstverschuldet im Kampf gefallen oder an einer inneren Krankheit, z. B. Krebs, verstorben sei. Eine Variante ist auch die Erklärung: „vermißt“. In diesen Fällen bekommen die Angehörigen kein Geld. Das ist Betrug am ukrainischen Volk.

BRD-Politiker sagen, hier wird „unsere Demokratie verteidigt“. Noch vor wenigen Jahren verteidigte Deutschland diese Demokratie am Hindukusch.

Nach drei Tagen in Kiew fahre ich zurück. Mit tiefen Eindrücken und klarer Sicht auf die heuchlerische Politik in unserem Land.

Falsche Informationen prägen unseren politischen Alltag. Ich glaube nicht, daß es nur Dummheit ist. Es ist vielmehr eine ganz gezielte Aktion.

Ich fahre ohne Pause bis zur Grenze. Das ist nicht mehr meine Ukraine, dachte ich. Auf der polnischen Seite, in der EU angekommen, begrüßt mich ein junger Zöllner unhöflich. „Öffnen sie Ihr Auto!“ Ich mache alle Türen auf. Mein Auto war bis auf den letzten Zentimeter mit meinen Sachen beladen. „Was ist das? Fahren Sie zurück.“ Ich antworte: „Ich fahre nicht zurück, ist Ihnen entgangen, daß dort Krieg ist? Ich habe notarielle Dokumente, daß diese Sachen mein Eigentum sind. Schauen sie in meinen Reisepaß, ich bin Bürger der BRD und der EU.“ „Das interessiert mich nicht“, sagt er. „Dann holen Sie Ihren Chef und ich werde ihm alles erklären.“ Danach entscheidet er anderes. „Fahren Sie dort in die Halle und laden Sie alles aus“. Mein Auto und die Ladung wurden buchstäblich zerlegt.

Nach zwei Stunden konnte ich die Fahrt nach Hause fortsetzen.

R. Handarbeit

„Slawa Ukrajina“ – Schlachtruf der OUN-Bandera-Faschisten

Im Berliner Bundestag verwendete der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij wiederum den Gruß „Slawa Ukrajini“, was zu deutsch etwa Ruhm der Ukraine bedeutet, wobei das Wort „Slawa“ eine viel tiefere emotionale Bedeutung hat, als im deutschen das Wort Ruhm. Politikerinnen und Politiker von Neuseeland über Kanada und USA bis nach Europa plappern diesen Schlachtruf nach.

Diese Losung hat eine Vorgeschichte.

Die OUN

Sie geht in der jüngeren Geschichte zurück auf die 1929 in Wien gegründete „Organisation ukrainischer Nationalisten“ (OUN). Diese war während der deutschen Besatzung der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik durch die deutsche Wehrmacht an zahlreichen schweren Kriegsverbrechen beteiligt. Die OUN beziehungsweise ihr militärischer Arm UPA besetzten Teile der polnischen Gebiete Polesien und Wolhynien und verübten dort Massaker an der polnischen Zivilbevölkerung. Die OUN befand sich in einer Kooperation mit den deutschen Faschisten, stellte SS-Freiwilligenbataillone, sie tat sich als Verfolgerin und Mörderin von Juden, Polen, Roma und Sinti, Russen und insbesondere Angehörigen der Roten Armee hervor.

Die Faschistentrupps des Euromaidan 2014

Populär gemacht wurde der Ruf „Slawa Ukrajini“ aufs Neue von der sogenannten Euro-Maidan-Bewegung, die im Jahr 2014 den gewählten Präsidenten Janukowitsch durch

einen Putsch aus dem Amt jagte. In dieser Bewegung taten sich als starke und organisierte Kraft ukrainische Faschisten hervor, die sich in die Tradition den Verbrechers Bandera stellten. Sie bildeten eine eigene bewaffnete Truppe, die Terror gegen Kommunisten, Gewerkschafter, Sozialisten, Journalisten, Juden und ethnische Russen ausübte. Diese „Asow-Bataillone“ bilden heute einen Teil der regulären ukrainischen Armee, und tun sich seit 2014 durch besondere Grausamkeit gegenüber den abtrünnigen Volksrepubliken Lugansk und Donezk hervor. Auch im aktuellen Krieg gegen Rußland sollen die Faschisten von „Asow“ eine sehr schmutzige und menschenverachtende Rolle spielen.

Präsident Wolodymyr Selenskij ist nicht dumm oder naiv. Er weiß also ganz genau, welchen Schlachtruf er da in jeder Ansprache durch Europa trägt. Die offizielle Ukraine hat davor schon längst begonnen, den Faschistenführer Bandera zu einem Nationalheiligen zu stilisieren. Zu seinem Geburtstag finden alljährlich große Aufmärsche statt, es wurden zahlreiche Straßen und Plätze nach ihm benannt und landesweit Denkmäler für ihn errichtet.

Bandera wird verehrt, während man auf die ukrainischen Rotarmisten spuckt

Man kann nicht sagen, daß die Ukraine – wie von Rußland immer wieder behauptet – von Faschisten regiert wird. Was man aber sagen kann: Die faschistischen Kräfte der Vergangenheit werden heute in der Ukraine verehrt, während übrigens auf die Millionen Ukrainer, die in der Roten Armee

für die Zerschlagung des Nazi-Faschismus gekämpft haben, gespuckt wird. Kommunisten müssen seit 2014 im Untergrund arbeiten, die Brandstiftung am Gewerkschaftshaus in Odessa ebenfalls im Jahr 2014, bei der 42 Menschen bei lebendigem Leib verbrannt, ist bis heute nicht aufgeklärt, obwohl die Täter bekannt sind. Die Armee der Ukraine hat übrigens den Ruf „Ruhm der Ukraine“ ergänzt um „Ruhm den Helden“. Auch das ist eine Tradition, die auf die Bandera-Faschisten zurückgeht. Die ukrainische Politelite hat kein Problem mit den Faschisten und auch nicht damit, deren Schlachtrufe und Symbole zu übernehmen.

Redaktionell geringfügig gekürzt

Aus: Zeitung der Arbeit, Wien, 18.2.23

Zum **Internationalen Frauentag** übermitteln die Redaktion und der Vorstand des RF-Fördervereins allen dem „RotFuchs“ verbundenen Genossinnen und Kolleginnen, allen Leserinnen und Mitstreiterinnen **herzliche und solidarische Grüße.**

Die Stunde der Heuchler

Deutsche Politiker reden von „Landraub“ und „Zivilisationsbruch“ – begangen von Rußland. Sie schweigen aber über Israel und die Zerschlagung Jugoslawiens.

Für Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier steht fest: Rußland begeht „Landraub“. [1] Für die Außenministerin Annalena Baerbock bedeuten die russischen Luftangriffe auf Infrastruktureinrichtungen der Ukraine einen „Zivilisationsbruch“. [2] Und Bundeskanzler Olaf Scholz sieht in Rußland einen neuen „Imperialismus“ am Werk. [3] Es ist die Stunde der Heuchler. Sie alle wissen es in Wirklichkeit besser. Sie alle wissen, wer sich in der jüngsten Geschichte tatsächlich eines „Landraubs“ schuldig gemacht hat, wessen Verhalten als „Zivilisationsbruch“ gilt und wer die „imperialistische Macht“ ist, die die ganze Welt in Atem hält – dies ist natürlich der Imperialismus der USA. Es gab Zeiten, da war auch Olaf Scholz dieser Ansicht. Einen Landraub beging der kollektive Westen gegenüber Jugoslawien, indem er das Land militärisch niederrang, um ihm dann die Provinz Kosovo zu entreißen. Landraub beging auch das als Vorposten des Westens geltende Israel durch die Annexion der Golanhöhen und Ost-Jerusalems. Und was den angeblichen Zivilisationsbruch durch Rußland betrifft, so ist dies eine Verirrung ohnegleichen und zugleich eine Verharmlosung der Verbrechen des deutschen Faschismus. Die geplante und im großen Stil erfolgte Ermordung von sechs Millionen europäischer Juden durch das Nazi-Regime ist und bleibt der Zivilisationsbruch!

Die Annexionen der Golanhöhen und Ost-Jerusalems durch Israel

Im Sechstagekrieg besetzte 1967 das israelische Militär die syrischen Golanhöhen, das Jordanien unterstehende Westjordanland sowie Ost-Jerusalem. Von Beginn an stellte Israel klar, daß es nicht daran denkt, sich an die völkerrechtlichen Regeln zu halten, die für eine Besatzungsmacht gelten. Die arabischen Einwohner der Golanhöhen wurden systematisch vertrieben, so daß von der ursprünglichen Bevölkerung von etwa 130 000 bereits zwei Monate nach der israelischen Eroberung nur noch 6 396 übrigblieben: „194 syrische Dörfer und Bauernhöfe mit 82 709 Einwohnern wurden zerstört.“ [4] In dem entvölkerten Land siedelten sich Israelis an. 1981 erklärte Israel die Golanhöhen zu seinem Territorium. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verurteilte diesen Landraub in mehreren Entschließungen als „null und nichtig“. Doch Israel stört sich nicht daran, steht doch der Westen geschlossen hinter ihm. Und mit dieser ignoranten Haltung ist Tel Aviv erfolgreich: Am 25. März 2019 wurden die Golanhöhen von den USA formell als Teil Israels anerkannt.

Ein vergleichbares Schicksal erlitten die palästinensischen Einwohner Ost-Jerusalems. Das am 30. Juli 1980 vom israelischen Parlament verabschiedete sogenannte Jerusalem-Gesetz bestimmt, daß „das vereinte Jerusalem in seiner Gesamtheit die Hauptstadt Israels“ ist. [5] Auch dies erklärte der UN-Sicherheitsrat für „null und nichtig“. Doch die USA ignorierten diese Entschließung: Am 6. Dezember 2017

erkannte US-Präsident Donald Trump Jerusalem als Hauptstadt Israels an. [6]

Den in Ost-Jerusalem lebenden 340 000 Palästinensern wird die israelische Staatsbürgerschaft verweigert. Sie besitzen lediglich ein Aufenthaltsrecht. Und auch das kann ihnen entzogen werden, halten sie sich über einen längeren Zeitraum nicht in der Stadt auf. Seit 1967 wurden auf diese Weise mehr als 14 000 Palästinensern das Aufenthaltsrecht für Ost-Jerusalem entzogen, etwa nach einem Studium im Ausland. Die israelische Regierung ging jetzt noch einen Schritt weiter. Am 20. Dezember 2022 schrieb die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*: „Das (israelische, A.W.) Innenministerium teilte mit, der palästinensisch-französische Menschenrechtsanwalt Salah Hamouri sei am Morgen abgeschoben worden, nachdem Innenministerin Ayelet Shaked entschieden habe, wegen ‚terroristischer Aktivitäten‘ seinen ‚Aufenthalt in Israel zu widerrufen. Hamouri sei ein Mitglied der verbotenen ‚Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP)‘. Er bestreitet das.“ Obwohl Frankreich, das Land in das Hamouri abgeschoben wurde, scharf gegen diese Maßnahme protestierte, widerrief das israelische Innenministerium seine Entscheidung nicht. Die FAZ bezichtigte daraufhin Israel eines Kriegsverbrechens: „Die Ausweisung von Zivilisten aus besetztem Gebiet ist nach der Vierten Genfer Konvention verboten und stellt ein Kriegsverbrechen dar.“ [7]

Am 30. Dezember 2022 – also nur wenige Tage nach der Weihnachtsansprache von Bundespräsident Steinmeier, in der er Rußland Landraub vorwarf – befaßte sich die Vollversammlung der Vereinten Nationen erneut mit dem israelischen Vorgehen in den besetzten Gebieten. In einer Entschließung rief sie den Internationalen Gerichtshof dazu auf, Israels „fortwährende Besatzung, Besiedlung und Annexion palästinensischer Gebiete“ zu prüfen: „87 Staaten hatten (...) für die Resolution gestimmt, darunter Rußland und China. Dagegen stimmten insgesamt 26 Staaten, unter ihnen die USA, Deutschland und Großbritannien. Mehr als 50 enthielten sich.“ [8] Die deutsche Bundesregierung unter Außenministerin Baerbock, die ansonsten nicht müde wird zu betonen, wie wichtig ihr die Bewahrung der internationalen Rechtsordnung ist, hat mit Nein gestimmt, will also den israelischen Landraub nicht vor dem Internationalen Gerichtshof sehen. Und natürlich bleibt das Land für die deutsche Politik weiter ein enger Partner, dem es großzügig Waffen liefert – sogar U-Boote.

Die Abtrennung des Kosovo

Ein besonderer Ausdruck von Heuchelei ist das bereedete Schweigen über die von Deutschland aktiv mitbetriebene Abtrennung der serbischen Provinz Kosovo von der damaligen Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ), heute Serbien und Montenegro. Nachdem es dem unter Führung der USA zusammengeschlossenen Westen nicht gelungen war, die Regierung in Belgrad zu bewegen, auf das Kosovo zugunsten der dortigen albanischen Bevölkerungsmehrheit zu verzichten, begann am 24. März 1999 unter der Bezeichnung „Allied Force“ ein militärischer Angriff auf Jugoslawien, an dem sich 14

NATO-Staaten beteiligten. Ein UN-Mandat dafür gab es nicht. Teil dieser Allianz war auch das von einer SPD/Grünen-Koalition regierte Deutschland. Frank-Walter Steinmeier war zu dieser Zeit Chef des Bundeskanzleramtes unter Gerhard Schröder und Olaf Scholz Abgeordneter für die SPD im Bundestag. Beide sollten sich daher an diese Ereignisse erinnern können.

In dem Luftkrieg überfiel die NATO mit Jugoslawien ein militärisch hoffnungslos unterlegenes Land. Gegenüber standen sich ein Staat „mit einem jährlichen Verteidigungsbudget von schätzungsweise 1,5 Milliarden US-Dollar und 110 000 aktiven Soldaten und ein Bündnis mit einem Jahresbudget von 450 Milliarden US-Dollar und einer Personalstärke von vier Millionen Aktiven (...).“ [9] Der Luftkrieg dauerte mehr als zehn Wochen, vom 24. März bis zum 10. Juni 1999, und war von einer Brutalität, wie sie nach 1945 in Europa bis dahin nicht mehr vorstellbar war: „Am Ende beteiligten sich über 900 Flugzeuge aus 14 Nationen, die in über 38 000 Einsätzen mehr als 28 000 Bomben und Flugkörper über das Gebiet der BRJ abwarfen.“ [10] Jugoslawien verteidigte sich geschickt und tapfer, doch am Ende mußte seine Armee in diesem ungleichen Kampf nachgeben und sich aus dem Kosovo zurückziehen. Der Preis, den das Land für seinen Widerstand zu zahlen hatte, war hoch: Nach offiziellen bundesdeutschen Angaben wurden bei 90 Angriffen 500 jugoslawische Zivilisten getötet. Allein 73 Menschen kamen bei der Beschießung eines Flüchtlingskonvois auf der Straße bei Dakovica ums Leben. Und beim Beschuß der Eisenbahnbrücke über die Grdelica-Schlucht wurde ein Personenzug getroffen und dabei 20 Passagiere getötet. Die Regierung der BRJ schätzte die Zahl der serbischen und anderen nicht-albanischen Opfer während des Kosovokriegs auf 2000 bis 3000 Getötete und etwa 5000 Verletzte. [11] Hinzu kamen die vielen gefallenen jugoslawischen Soldaten. Das NATO-Kriegsbündnis hatte hingegen keinen einzigen Verlust zu beklagen!

Bei den Tag und Nacht geflogenen Luftangriffen wurde vor allem zivile Infrastruktur ins Visier genommen. Der Widerstandswille der Bevölkerung sollte gebrochen werden. Zerstört wurden Straßen, Bahngleise, Brücken – hier vor allem die wichtigen über die Donau – sowie Elektrizitäts- und Wasserwerke und große Produktionsstätten, etwa die Zastava-Automobilwerke in Kragujevac. Als besonders verheerend erwies sich der Angriff auf das Chemie-Großkombinat Pancevo in einem Vorort Belgrads. Große Mengen giftiger und krebserregender Stoffe traten aus. Die Schwaden aus den brennenden Fabriken hüllten Pancevo in eine Giftwolke. Systematisch bombardiert wurden auch Einrichtungen der Medien, wobei das Belgrader TV-Zentrum und der Fernsehturm zerstört wurden. Das jugoslawische Fernsehen sollte ausgeschaltet werden.

Es dauerte Jahre, bis die wichtigsten Infrastrukturen wieder aufgebaut waren. Vor allem der Neubau der Brücken über die Donau kostete viel Zeit und Geld. Der Belgrader Fernsehturm konnte erst 2010 seinen Betrieb wieder aufnehmen. Ruinen von Brücken, Bürogebäuden und Fabriken stehen noch heute überall

im Land. Das Kosovo erklärte am 17. Februar 2008 unter der schützenden Hand der westlichen Staaten einseitig seine Unabhängigkeit. Deutschland zählte zu den ersten Ländern, die die Republik völkerrechtlich anerkannten und diplomatische Beziehungen aufnahmen. Der Protest des traditionell mit Serbien verbundenen Rußlands gegen die einseitige Unabhängigkeitserklärung wurde ignoriert. Diese offene Mißachtung russischer Interessen sollte ein entscheidender Schritt in der Entfremdung zwischen Rußland und dem Westen sein. Das Kosovo ist heute ein treuer Vasallenstaat des Westens und insbesondere der USA. Unmittelbar nach dem Einmarsch der NATO-Truppen begann das US-Militär 1999 dort mit der Errichtung des Camps Bondsteel in der Nähe der Stadt Ferizaj. Der Stützpunkt – benannt nach dem Vietnamkriegsveteranen James Leroy Bondsteel – ist heute eine der größten US-Basen im Ausland.

Kein gleiches Recht für den Donbass

Doch was für das Kosovo gilt, nämlich das Recht der dort lebenden albanischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung, hat nach Ansicht des Westens weder für die von Russen bewohnte Krim noch für die im ukrainischen Donbass lebende russischsprachige Bevölkerung Bedeutung. Die Referenden über die staatliche Autonomie des Donbass in der Oblast Lugansk und der Oblast Donezk vom 11. Mai 2014 wurden als bloßes russisches Manöver abgetan. Dazu paßt allerdings nicht, daß Präsident Putin noch am 7. Mai 2014 aufgerufen hatte, die Volksbefragungen zu verschieben, um einen nationalen Dialog in der Ukraine zu ermöglichen.[12] Nachdem dies abgelehnt worden war, forderte er einen „Dialog auf Augenhöhe“ zwischen der Regierung in Kiew und den separatistischen Kräften im Osten, dies sei der Schlüssel zur Verringerung der Spannungen. Moskau verweigerte die Anerkennung der Unabhängigkeit von Lugansk und

Donezk und setzte statt dessen auf Verhandlungen. Auf diese Weise kam es zu den beiden Minsker Abkommen, die zwischen der Ukraine und Rußland unter Vermittlung von Deutschland und Frankreich ausgehandelt wurden. Inzwischen hat die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel allerdings offen eingestanden, daß diese Verhandlungen nur zu dem Zweck geführt wurden, um der Ukraine Zeit für ihre Aufrüstung zu verschaffen und so die beiden abtrünnigen Gebiete mit Gewalt in den ukrainischen Staatsverband zurückzwingen zu können.

Erst nach acht Jahren Bürgerkrieg mit 14 000 Toten, darunter ca. 9000 Einwohner aus Lugansk und Donezk,[13] sowie der offenen Erklärung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskiy, die Minsker Abkommen nicht umsetzen zu wollen, wurde die Unabhängigkeit der beiden Separatistengebiete am 21. Februar 2022 von Moskau anerkannt. Mit der Begründung, sie verteidigen zu wollen, begann wenige Tage später die großangelegte russische Militäraktion. Die daraufhin erfolgte Zerstörung ukrainischer Infrastruktur wird vom Westen zu einem Kriegsverbrechen – und geht es nach Baerbock – gar zu einem Zivilisationsbruch erklärt. Ganz anders fällt hingegen die Bewertung des Krieges der NATO-Staaten gegen die Bundesrepublik Jugoslawien aus. Die damaligen Zerstörungen gelten noch heute aus Sicht des Westens als völlig legitimes Vorgehen, um das Selbstbestimmungsrecht der Albaner im Kosovo durchzusetzen.

Es ist schon so, wie es der russische Präsident Putin gegenüber Bundeskanzler Scholz am 15. Februar 2022 sagte: „Aber wir haben doch bereits Krieg in Europa erlebt! Dieser Krieg wurde von der NATO gegen Jugoslawien entfesselt“, und noch dazu, erinnerte er, sei das ohne Mandat der Vereinten Nationen geschehen. „Das ist ein sehr schlechtes Beispiel“ fügte er Scholz gegenüber an, „aber dieses Beispiel hat es gegeben.“ [14]

Andreas Wehr

Quelle: www.andreas-wehr.eu

- [1] Frank-Walter Steinmeier, Weihnachtsansprache 2022
- [2] Baerbock geißelt Putins Krieg als „Zivilisationsbruch“ – ein Begriff, der aufhorchen lässt, in: Stern vom 29.11.2022
- [3] Rede von Bundeskanzler Scholz anlässlich der 77. Generaldebatte vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 20.9.2022 in New York
- [4] Wikipedia. Golanhöhen, Stand 4.1.2023
- [5] Vgl. Jonathan Kuttab, The Legal Status of Jerusalem, in: Palestine-Israel Journal Vol 2 No 2, 1995
- [6] Vgl. zu dieser Entscheidung der USA: Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags 2 – 3000 – 009/18, Völkerrechtliche Bewertung der Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels
- [7] Israel weist palästinensischen Menschenrechtler aus – Erstmals wird ein in Ostjerusalem geborener Mann wegen „Terrorvorwurfs“ nach Frankreich abgeschoben, in FAZ vom 20.12.2022
- [8] Netanjahu kritisiert Resolution – UN fordern IGH-Gutachten zu Siedlungspolitik, in FAZ vom 2.1.2023
- [9] Hans-Peter Kriemann, Hineingerutscht? Deutschland und der Kosovo-Krieg, Göttingen 2021, S. 330
- [10] Hans-Peter Kriemann, Hineingerutscht? a.a.O., S. 338
- [11] Wikipedia, Kosovokrieg, Stand 4.1.2023
- [12] Vgl. Ukraine-Separatisten beharren auf Referendum, in: Deutsche Welle vom 8.5.2014
- [13] Diese Zahlen nennt Ulrich Heyden, in: Der längste Krieg in Europa seit 1945, Hamburg 2022, S. 18
- [14] Putins historische Verirrungen – Ein Krieg wie kein anderer, in: Tagespiegel vom 26.2.2022

UKRAINISCHE DERUSSIFIZIERUNG *

Das Wunschprogramm ist angelaufen.
Das heißt vollenden, was längst schon geschieht:
Dass Hebekran mit reißfesten Schlaufen,
Denkmal um Denkmal vom Sockel zieht.

Auch Kathi, die Gründerin von Odessa?
Ja, auch die Zarin mußte dran glauben.
Was ziert nun den leeren Platz in Odessa?
Das blaugelbe Tuch meiden nun auch die Tauben.

Alles raus aus dem Land, was nach Rußland klingt.
Was ist an der Forderung falsch zu verstehen?
Ein Glück, daß die Lerche nicht russisch singt,
Sonst wäre es auch um die Ärmste geschehen.

Lutz Jahoda



* Schon am 22. Dezember 2022 wurde in Dnipro (Ukraine) ein Maxim-Gorki-Denkmal entfernt. Um keines der russischverdächtigen Ehrenmale und Gedenksteine zu übersehen, wurde beschlossen, zur Suche Algorithmen zu bemühen. Trotz der Einwände von Denkmalschützern, sind inzwischen bereits zweiundzwanzig Alexander-Puschkin-Denkmalen nicht mehr vorhanden. Wie zu erfahren war, soll in Kiew der nach Lew Tolstoi benannte Platz in „Platz der ukrainischen Helden“ umbenannt werden. Zu den längst schon verschwundenen Lenin-Plastiken gesellen sich nun auch Musiker und Wissenschaftler. Sogar den eigentlich unverdächtigen Anton Tschechow gibt es in ukrainischen Theaterspielplänen nicht mehr. Um Tschaikowski wird angeblich noch gestritten.

Zur Geschichte der Ukraine (I)

Es ist doch verwunderlich, dass die unzähligen BRD-Hochschuleinrichtungen, Institute und „Denkfabriken“ weder über solide Kenntnisse noch über Wissenschaftler mit ausreichendem Wissen zur ukrainischen Geschichte verfügen, von der Überzahl der selbst- bzw. medienernannten Ostspezialisten und Politiker ganz zu schweigen.

Seit langem wird durch die unkritische Rezeption der Haßtiraden Selenskijs der Eindruck suggeriert, daß die Ukraine einen Unabhängigkeits- und Befreiungskrieg führt, der sich jetzt faktisch auf dem Höhepunkt eines tausendjährigen Kampfes gegen russische Fremdherrschaft befindet.

Hierzu gilt es, einiges klarzustellen. Zunächst berufen sich die Kiewer auf eine tausendjährige Staatlichkeit und eine ebensolange Nationalität. Beides gab es nicht. Die moderne ukrainische Nationalität bildete sich erst im 19. Jahrhundert heraus, eine eigene bürgerliche Staatlichkeit in den Jahren von 1918 bis 1920, dann wieder ab 1991. Mit der kurzen Existenz der bürgerlichen Ukraine fehlen z. B. völlig die Erfahrungen auf außenpolitischer und diplomatischer Ebene.

Zum Vergleich: Die mehr als 70 Jahre andauernde sozialistische ukrainische Staatlichkeit hatte zwar keine Außenminister, wie das bei einem Unionsstaat üblich ist, doch brachte sie mit Andrej Gromyko einen in der Welt hoch geachteten Spitzendiplomaten hervor: Zehn Jahre Botschafter im fernen Westen, fast 30 Jahre Außenminister der UdSSR und somit der Dienstälteste in seiner Funktion im Weltmaßstab. Auf diese Traditionen konnte und wollte die Neubürgerliche Ukraine nicht bauen. Deren diplomatisches Geschick ist ohnehin keinen Pfifferling wert. Als westliche Halbkolonie sind Washington, Berlin und Brüssel, nicht aber Kiew die außenpolitischen Dispositionszentren.

Vor tausend Jahren gab es zwar eine Staatlichkeit, aber keine ukrainische. Die Kiewer Rus war allerdings die Keimzelle der späteren Ukraine, Belorußlands und Rußlands, daher sprach man von Brudervölkern. Die Elemente nationaler Entwicklung bildeten sich erst Jahrhunderte später heraus. Von Anfang an hingegen war hier die orthodoxe Kirche präsent. Rom versuchte und versucht es bis heute, diese Konkurrenzkirche, die das gesellschaftliche Bewußtsein prägte und prägt, auszuschalten, um einen Vorwand zur westlichen Christianisierung, sprich Unterwerfung, der Ostslawen zu haben. Diese Rolle übernahmen vom Westen her die Polen, vom Osten die Mongolen. So inspirierte der Papst durch Gesandte die Mongolenherrscher, die Kiewer Rus zu unterwerfen. Die Rus wurde tatsächlich durch die Mongolen zerschlagen, und das hatte besonders für die Entwicklung Rußlands negative Folgen. Allerdings gelang es nicht, das orthodoxe Glaubensbekenntnis der Ruthenen (bis ins 19. Jahrhundert

Bezeichnung für Ukrainer, Belorussen und Russen) zu brechen.

Mit dem Rückzug der Mongolen stießen die Litauer in diese schwach besiedelten Gebiete und standen kurz vor Moskau. Mit der Vereinigung mit Polen im 14. Jahrhundert zu einer Union übernahmen die Polen die Führungsrolle dieser Ostexpansion. Im Verlauf der nächsten Jahrhunderte besetzten sie Gebiete bis zum Dnepr, teilweise bis zum Schwarzen Meer. Diese Territorien waren nur sehr



Fast 400 Jahre lang sorgte die polnisch-litauische Union auch in der Ukraine für mittelalterliche Verhältnisse

schwach besiedelt und ihre Herrschaft oft nur formal. Während die Litauer die sozialökonomischen Verhältnisse kaum antasteten und dadurch erträglich blieben, intensivierten die Polen ihre Herrschaft. Das „Land bei der Union (u kraina – beim Land) wurde völlig feudalisiert. Während in Westeuropa in der Folgezeit eine frühbürgerliche Entwicklung einsetzte, wurden die ukrainischen Gebiete bis ins 18. Jahrhundert in tiefe mittelalterlich-reaktionäre Verhältnisse gezwungen, die es so selbst in polnischen Kernländern nicht mehr gab. Die Union versorgte den aufstrebenden Westen in großen Mengen mit Getreide. Das brachte dem Adel enorme Profite. Die in diesen Gebieten erbauten Paläste gehören auch heute noch zu den prächtigsten in Osteuropa. Zu den Nutznießern gehörte auch die katholische Kirche, die dadurch zum größten Großgrundbesitzer in der Union aufstieg und einmalige Kathedralen hinsetzte. Diese beeindruckende Architektur in vollendeter Schönheit bewog viele Polen zu der arroganten Feststellung, daß die Polen hier eine Kulturmission erfüllt hätten.

Im 16. Jahrhundert waren die eroberten Ostgebiete weit größer als die polnischen und litauischen Kernländer zusammen. Die Union wurde zu einem der größten Staaten Europas. Um diese großen Territorien zu beherrschen, wurde der einheimische Adel mit Erfolg polonisiert und schied daher als Führer nationaler

Unabhängigkeit aus. Zur Verstärkung des „polnischen Elements“ kamen sehr viele polnische Bauern in die Ukraine, die nicht selten zum Kleinadel aufstiegen. Da Polen dauernd Kriege gegen seine östlichen Nachbarn führte, gab es hier eine starke Truppenkonzentration. Den Ruthenen verweigerten die Polen jegliche Rechte. Die einzige Aufstiegsmöglichkeit bot die orthodoxe Kirche, andere blieben Ausnahmen. So konnte auch kein ruthenisches Kleinbürgertum, geschweige denn Intelligenz, entstehen. Diese Rolle übernahmen die durch die polnischen Herren zu Belebung des Handels herbeigeführten Juden. Als Gutsverwalter und Angestellte, Aufkäufer und Händler, Steuerentreiber und Gasthofpächter hatten sie im Gegensatz zu den Adligen direkten Kontakt mit den Bauernmassen. Für die meisten wurden sie zum Symbol polnischer Unterdrückung. Aus dieser Position entwickelte sich ein besonders tief verwurzelter ukrainischer Antisemitismus, der bis heute nachwirkt. Dabei spielt es keine Rolle, daß Ukrainer jüdischer Herkunft wie Jawzeniuk und Selenskij auch aus taktischen Gründen heute Führungspositionen innehatten oder -haben. Mit einer jüdischen Herkunft kann man in den USA und in Westeuropa Punkte sammeln und für viele westliche Intellektuelle den faschistoiden Charakter des Kiewer Regimes verbrämen.

Zu diesen effektiven Herrschaftsstrukturen gehörte auch die Etablierung der griechisch-katholischen Kirche, um die orthodoxe zurückzudrängen und letztlich zu eliminieren. Diese Konkurrenzkirche, die äußerlich der orthodoxen in vielem gleicht, war dem Papst unterstellt. Die Existenz dieser Kirche ist keine Erfolgsgeschichte. Die Orthodoxie konnte nicht wesentlich beeinträchtigt werden. Es trat sogar das Gegenteil ein. Im 19. Jahrhundert wurde sie zu einer Art ukrainischer Nationalkirche, die sich gegen Polen wandte und einen extremen Nationalismus verbreitete. Die Führer des ukrainischen Faschismus der Zwischenkriegszeit besaßen auch diese Konfession. Das betraf aber nur die von den Österreichern und später Polen besetzte Westukraine. 1946 wurde sie von der Sowjetmacht aufgelöst, und in Volkspolen fristete sie ein halblegales Dasein. Heute ist diese Kirche stärker als je zuvor! Dennoch, die Mehrzahl der gläubigen Ukrainer ist orthodox, nur etwa 6 % griechisch-katholisch. In der Westukraine, der Wiege des Nationalismus und Faschismus, ist sie Mehrheitsreligion.

Hinzu kommt, daß die Polen selbst nach Herausbildung der ukrainischen Nationalität und der Existenz der Sowjetukraine ihr diese bis zum 2. Weltkrieg in Polen absprachen. Für sie waren die Ruthenen (Rusi) schlechtere Russen.

Derartig geistig-ideologisch, materiell und physisch bedrängt, leisteten die Ukrainer erbitterten Widerstand. In keiner europäischen Region gab es über Jahrhunderte

derart häufige Bauernaufstände wie in der Ukraine. Bei diesen Aufständen kam es auch immer wieder zu antijüdischen Pogromen, wie sie in Westeuropa seit den Kreuzzügen nicht mehr erlebt wurden. Da die Juden im Gegensatz zu den polnischen Herren kaum fliehen konnten, waren sie immer Opfer besonders grausamer Massaker. Alle diese Aufstände wurden blutig niedergeschlagen, da sie durch keine nationale Kraft geführt wurden. Die Abrechnung der Polen mit den Aufständischen überstieg jedes Maß der in Europa üblichen Verfahrensweisen. Da sie abschrecken sollte, war sie besonders grausam. Diese Abschreckung verfehlte aber ihr Ziel: Die Aufstände nahmen zu und die Bauern übernahmen nun die Foltermethoden der Polen nicht nur für ausgewählte, sondern jedes Opfer. Diese Methoden, auf die in einem weiteren Beitrag noch einzugehen sein wird, übernahmen auch die ukrainischen Faschisten. Die polnische Literatur berichtete voller Abscheu darüber und verweist dadurch auf die angebliche genetische Niederträchtigkeit des ukrainischen Volkes. Daß diese Foltermethoden aber in Warschau und den Palästen der Großgrundbesitzer ausgedacht worden waren, wird nicht erwähnt.

Neben den Bauernaufständen gab es noch eine andere bedeutende Form von Klassenkampf: die Landflucht. Sie legte im Verlauf von wenigen Jahrhunderten letztlich die Axt an die Wurzel des polnischen Kolonialismus. Vor allem junge Männer flohen vor dem polnischen Kolonialterror nach Osten. Hier, in den nur wenig kontrollierten riesigen Steppengebieten hinter dem Dnepr, schufen sie freie Militärgemeinschaften (Kosaken), die ständig zunahm und mit der Zeit militärische und politische Bedeutung erlangten. Diese Kosaken ließen sich von keinem etwas sagen und waren auch nicht patriotisch eingestimmt, wie heute behauptet wird. Gegen reguläre Heere kämpften sie nicht. Sie lebten von Raubzügen gegen die Nachbarn, gegen Polen, Tataren, Türken. So kamen sie selbst bis Konstantinopel und waren für die Polen kaum greifbar. Zudem waren sie Landsknechte, stellten sich als Hilfskräfte zeitweise gegen die Russen und Türken sogar den Polen zur Verfügung. Als nationale Befreiungskraft kamen sie daher vorläufig nicht in Frage.

Die Polen bemühten sich, die Kosaken für sich zu gewinnen, doch die Arroganz Warschaus und der katholischen Kirche verdarb alles. Die Kosaken wurden von oben herab behandelt, der Sold wurde ihnen nicht ausgezahlt, keinerlei Gleichberechtigung eingeräumt usw. Zudem hielten sich die Kosaken nicht an die polnischen Vorgaben, führten Krieg auch mit Mächten, mit denen Polen derzeit Frieden geschlossen hatte.

Da innerhalb der Kosakenchaft durch zunehmenden eigenen Landbesitz eine klassenmäßige Differenzierung stattfand und auch die Kosakenhetmane an die Zukunft denken mußten, bot sich mit wachsender Stärke Rußlands eine historische Alternative an.

Rußland hatte sich nach der Beseitigung der Mongolenherrschaft der polnischen Ostexpansion entgegengestellt. Nachdem die Russen in einem Volksaufstand zu Beginn des

17. Jahrhunderts die Polen aus Moskau vertrieben hatten, setzte der russische Zar seinen Befreiungsfeldzug gegen die Polen mit wechselndem Erfolg fort.

Das führte im Kosakenlager zu einer lang-

In den nächsten 50 Jahren gab es nach wie vor unter den Kosakenführern Orientierungskämpfe. Die Polen registrierten diese Entwicklung und versuchten 1658, die Kosakenhetmane mit einer Teilhaberschaft (Ru-



Bogdan Chmelnyzki zieht siegreich in Kiew ein. Gemälde von Nikolai Iwasiuk, Ende 19. Jh.

samen Umorientierung. Ein Teil wollte sich den Russen anschließen, ein anderer, nicht geringer Teil, liebäugelte mit Polen. Immerhin hatten nicht wenige Kosakenführer Polen besucht und waren vom Lebensstandard des Adels und der allgemeinen Entwicklung fasziniert. Viele ihrer Söhne studierten dort. Das alles konnte das zurückgebliebene Rußland nicht bieten. Letztlich entschied man sich gegen Polen, da die Ukrainer das auch wollten. 1648 brach der antipolnische ukrainische Volksaufstand unter Führung des Kosakenhetmans Bogdan Chmelnyzki aus. Es war nicht nur der günstigste Zeitpunkt, sondern auch die beste militärpolitische Konstellation. Polen war mit dem zunehmend wachsenden Rußland beschäftigt und die ukrainischen Massen hatten mit den Kosaken nun eine zentrale militärische Führung. Die Ukrainer griffen auch polnische Kerngebiete an und stießen auf Litauen vor. Dieser Aufstand erschütterte die Union und leitete ihren Untergang ein, der 140 Jahre später zur Auflösung Polens führen sollte. Doch die Union war immer noch stark genug, die Aufständischen dennoch zu schwach, um den Polen die gesamte Ukraine zu entreißen. Angesichts dieser strategischen Schwäche traf 1654 Chmelnyzki eine bedeutende historische Entscheidung. Er unterstellte die Ukraine russischem Protektorat. Dadurch übernahm Rußland die ukrainische Sache und die offene Konfrontation mit Polen. Nur dadurch, so der Hetman, wäre die Befreiung der Ukraine in Zukunft gesichert: Eine perspektivisch richtige Entscheidung.

Vorerst konnte ein kleinerer Teil der Ukraine mit Kiew von der Union abgetrennt werden. Der größere Teil blieb bei den Polen-Litauern. Ein sich anschließender Krieg der Union mit Rußland brachte den Ukrainern nicht den Durchbruch, sicherte aber 1667 den russisch-ukrainischen Besitz. Damit war die polnische Ostexpansion beendet worden.

thenisches Reich als Bestandteil der Union) zu ködern. Zu spät, die Ukrainer lehnten ab. In Zusammenhang mit dem Angriff Schwedens auf Rußland, schlug sich der Hetman Mazepa 1709 auf die Seite der Invasoren. Die Mehrzahl seiner Kosaken zog aber nicht mit, so daß er mit dem Schwedenkönig nach der Schlacht von Poltawa ins Ausland fliehen mußte. Der Sieg der russischen Waffen überzeugte die Ukrainer endgültig von einem ewigen Zusammengehen mit Rußland, das nun in Osteuropa zur Führungskraft aufsteigen sollte.

In den nächsten 80 Jahren zerfiel die Union, und Rußland konnte bis 1795 die gesamte Westukraine, außer der zu Österreich gehörenden Südwestukraine, und nach 1815 sogar noch den größten Teil der polnischen Kerngebiete anschließen. Damit waren die meisten ukrainischen Gebiete vereinigt.

Der Befreiungskampf gegen die polnische Herrschaft dauerte für die meisten Ukrainer insgesamt bis zu 800 Jahren. Damit kann sich ein Großteil des polnischen Volkes bis heute nicht abfinden und träumt immer noch von einer Renaissance der untergegangenen Union. Sie begreifen nicht, daß ihre Ostexpansion die letztlich erfolgreichen Widerstand des ukrainischen Volkes herausgefordert und begünstigt hatte. Auch nicht, daß das russische Reich im Kampf um die nationale Unabhängigkeit gegen Mongolen, Schweden und vor allem Polen entstanden ist. Der Freiheitskampf der Ukrainer trug eindeutig antipolnischen Charakter und dauerte letztlich bis 1939, als sowjetische, darunter sowjetukrainische Truppen, die polnische Westukraine besetzten und der UdSSR anschlossen. Die restlichen ukrainischen Gebiete wurden durch die UdSSR 1940 (Nordbukowina, Südbessarabien) und 1945 (Karpato-Ukraine) der Ukrainischen Sowjetrepublik zugeführt. Das wird heute von Kiew bewußt verschwiegen.

Dr. Holger Michael

„Wir müssen härter für den Frieden arbeiten“

Ein Beiratsmitglied eines Strategiezentriums der Bundesregierung denunziert Kriegsangst als „Krankheit“. UN-Generalsekretär Guterres warnt vor Ausweitung des Ukraine-Kriegs zu einem „größeren Krieg“.

„90 Sekunden vor Mitternacht“

UN-Generalsekretär António Guterres warnt vor einer Ausweitung des Ukraine-Kriegs zu einem „größeren Krieg“. Wie Guterres vor der UN-Generalversammlung konstatierte, befindet sich die Welt in einer gefährlicheren Lage denn je seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs; die „Doomsday Clock“ („Weltuntergangsuhr“), mit der Wissenschaftler die Nähe zu einer von Menschen herbeigeführten apokalyptischen Katastrophe darzustellen suchen, stehe seit kurzem auf 90 Sekunden vor Mitternacht – ein Punkt, den sie nicht einmal in den härtesten Phasen des Kalten Kriegs erreicht habe. Ursache seien neben der drohenden Klimakatastrophe nukleare Gefahren und vor allem der Ukraine-Krieg. „Die Aussichten auf Frieden verschlechtern sich weiter“, warnte Guterres, „die Wahrscheinlichkeit weiterer Eskalation und Blutvergießens steigt weiter.“ Er fuhr ausdrücklich fort: „Ich fürchte, die Welt schlafwandelt nicht in einen größeren Krieg, sie bewegt sich mit weit geöffneten Augen in ihn hinein.“ Der UN-Generalsekretär forderte eindringlich zum Gegensteuern auf: „Wir müssen härter für den Frieden arbeiten – überall.“

„Der Dritte Weltkrieg“

Schon vor rund einem Monat hatte Papst Franziskus ebenfalls eindringlich vor einem großen Krieg gewarnt. Franziskus äußerte sich in seiner traditionellen Neujahrsansprache, die er wie jedes Jahr vor den beim Vatikan

akkreditierten Diplomaten aus aller Welt hielt und die als außenpolitische Grundsatzrede des Papstes gilt, zu den zahlreichen aktuellen Konflikten – von Syrien über den israelisch-palästinensischen Konflikt, den Bürgerkrieg in Myanmar und die Spannungen und Unruhen etwa in Peru und Haiti bis zu den Kriegen in der Sahelzone sowie in weiteren Ländern Afrikas. Zwar betrafen die zahlreichen Kriege und Konflikte jeweils „nur bestimmte Gebiete des Planeten unmittelbar“; doch bezögen sie, sei man ehrlich, „im Grunde genommen alle mit ein“. „Das beste und jüngste Beispiel dafür“ sei „der Krieg in der Ukraine mit seiner Spur von Tod und Zerstörung, mit den Angriffen auf die zivile Infrastruktur, bei denen Menschen nicht nur durch Bomben und Gewalt, sondern auch durch Hunger und Kälte ihr Leben verlieren.“ Der Papst urteilte über die gegenwärtige Lage: „Heute ist der Dritte Weltkrieg in einer globalisierten Welt im Gang“.

„Panikmache müßte strafbar sein“

In Deutschland hingegen werden Forderungen lauter, sich von der Kriegsgefahr nicht abschrecken zu lassen. Das ist nicht neu. Nur wenige Wochen nach Kriegsbeginn behauptete die damalige stellvertretende Leiterin des European Union Institute for Security Studies, Florence Gaub, die Furcht vor dem Weltkrieg sei „genau, was Putin erreichen will“: „Nicht die Bombe, sondern die Angst vor der Bombe ist die Waffe.“ Daher dürfe man sie nicht zulassen. Ende vergangenen Jahres erklärte Carlo Masala, Professor an der Münchner Universität der Bundeswehr, in einer Talkshow, „Angst vor einer Eskalation“ durch Rußland zu haben sei „ein bißchen paradox“: „Da stehen wir mit unserer Angst auf der falschen Seite.“

Anfang Februar brüstete sich ein Autor im Springer-Blatt *Die Welt*: „Corona, Weltkriegsgefahr und Klimawandel machen mir keine Angst.“ „Vertreter aus SPD und Grünen“ wollten der Bevölkerung jedoch Furcht einjagen: „Deren Panikmache müßte ... strafbar sein.“

Kriegsangst als „Krankheit“

In einem aktuellen Zeitungsbeitrag bezeichnet nun ein deutscher Politikprofessor die Angst vor einer unkontrollierten Eskalation des Ukraine-Kriegs als eine „deutsche Krankheit“. Wie der Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel, Joachim Krause, in der FAZ erklärt, sei damit zu rechnen, daß es in absehbarer Zeit zur Gründung eines „westlichen Konsortium[s] zur Lieferung von Kampffjets“ an die Ukraine komme – „denn ohne Luftunterstützung werden die Ukrainer nicht zu jener beweglichen Kriegführung in der Lage sein, die notwendig ist, um die russischen Truppen zu vertreiben“.

„Eskalationsphobie“

Mit Blick auf Warnungen wie diese erklärt Krause, der dem Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik angehört, des militärpolitischen Strategiezentriums der Bundesregierung: „Die Deutschen leiden unter einer Krankheit, die man als Eskalationsphobie bezeichnen muß.“ „Eskalationsbereitschaft“ habe sich immer wieder als „erfolgreich“ erwiesen, so beispielsweise im Kalten Krieg. Deshalb müsse man auch heute „den Ukrainern neue Mittel der Kriegführung zur Verfügung“ stellen.

Redaktionell gekürzt

german-foreign-policy.com, 7.2.23

Die Existenz der Menschheit steht auf dem Spiel

Der nächste Weltkrieg wird ein Atomkrieg sein. Die Gefahr wird immer realer durch die wachsende Hochrüstung, die Entwicklung neuer Waffen und neuer, hybrider Arten der Kriegführung. All das wird bereits jetzt begleitet und angetrieben durch die Medien, die ihre Aufgabe in der Manipulation der Massen, nicht in deren umfassender Aufklärung sehen. Wer sich in Propaganda, Stimmungen und Emotionen verliert, auf Hochrüstung setzt und Haß verbreitet oder sich blinder Russophobie hingibt, trägt nicht zum Erhalt des Friedens bei. Die Existenz der gesamten Menschheit steht auf dem Spiel. Sie muß sich endlich als Weltchicksalsgemeinschaft begreifen.

Zwei Weltkriege haben uns bittere Lehren hinterlassen, die wir nie vergessen dürfen. Wie damals befinden wir uns heute in der tiefsten Strukturkrise des Kapitalismus. Wir müssen die Geschichte kennen, nur dann können wir auch neue Gefahren rechtzeitig erkennen und vermeiden. Die Menschen in Europa haben auf eine längere Friedenszeit gehofft. Auch führende Politiker nährten diese Hoffnung. Sie

erwies sich sehr schnell als Illusion. Mittlerweile werden die Ursachen, Ergebnisse und Folgen dieser Kriege immer mehr verfälscht, verdreht und relativiert. Das spielt eine zentrale Rolle im derzeitigen Propagandafeldzug. Mit jeder Geschichtsfälschung werden auch neue Feindbilder geschaffen. Die geostrategischen Interessen waren und sind die entscheidende Triebkraft in den Beziehungen zwischen den Hauptakteuren des Weltgeschehens: USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, EU, Rußland und nunmehr auch die VR China.

Für den Westen galt die UdSSR, heute Rußland, wegen der geografischen Größe, Naturreichtümer und Ressourcen als Hauptkonkurrent. Selbst nach Zerstörung der UdSSR, dem Ende des Kampfes der Systeme, blieb das so. Die USA sahen dies als ihren Sieg auf dem Weg zur angestrebten Auflösung der russischen Staatlichkeit. Im Grunde genommen offenbart sich aber in der globalen Auseinandersetzung ein Konflikt zwischen Zivilisationen: Es stehen sich nicht nur „der Westen“ (USA, EU etc.) und Rußland sowie China gegenüber. Seit dem

Ende der Kolonialherrschaft spielen auch die Länder Asiens, Lateinamerikas und Afrikas eine stetig wachsende Rolle, die sich zunehmend dem Einfluß und der Kontrolle der USA und der EU über ihre Rohstoffe, Absatzmärkte, Investitionsprojekte, Transportwege entziehen. All dies unterstreicht die Notwendigkeit breiter Bündnisse im Ringen um eine Alternative, einer neuen, wahrhaft gleichberechtigten und demokratischen Weltordnung ohne Hegemoniestreben.

Erinnern wir uns an die mahnenden Worte Rosa Luxemburgs: „...(...) Dieser Weltkrieg – das ist ein Rückfall in die Barbarei. Der Triumph des Imperialismus führt zur Vernichtung der Kultur, sporadisch während der Dauer eines modernen Krieges, und endgültig, wenn die nun begonnene Periode der Weltkriege ungehemmt bis zu letzten Konsequenz ihren Fortgang nehmen sollte.“ (1915/1916; Die Krise der Sozialdemokratie, in Werke Bd. 4, Berlin 1974, S. 62)

Bruno Mahlow
Berlin

Warnung vor Atomkrieg

Den Gedanken an ein Atomkriegsszenario möchten wir nicht denken. Es widerstrebt jedem Menschenverstand, uns das vorzustellen. Vernunft oder Moral sind etwas, was wir dem Kapitalismus nicht attestieren dürfen, denn seit seiner Existenz bewegt sich Kapital unweigerlich in Richtung Perversion, wie Marx es beschreibt: „... 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen bei Strafe des Galgens, wozu es nicht bereit ist.“ Nach zwei Weltkriegen und allem, was danach geschah – wollen wir daran zweifeln? In einem Leserbrief in der *jungen Welt* stellt jemand die Frage, ob es denn „noch reißerischer“ gehe mit der Warnung vor Atomkrieg. Hat sich Imperialismus nicht immer „reißerischer“ als erwartet erwiesen? Was erleben wir in diesen Tagen, in denen bewußt und zielgerichtet an der Kriegsspirale gedreht wird, gegen jede Vernunft? Kapital kennt keine Angst, nur vor Profitleere. Es hat – lange geplant und vorbereitet – den Einsatz von Atomwaffen gegeben, Nuklearwaffen sind lange kein Tabu mehr. Allenfalls besteht vielleicht noch ein Rest an Respekt voreinander, der jedoch am Schmelzen zu sein scheint.

„Wir sind im Krieg mit Rußland“, tönt Baerbock und sollte doch wissen, auch Rußland wird sich der Frage nähern, nach simpler Logik des Krieges. USA und NATO wollen keinen Frieden, wie sie offen bekennen. Was bleibt Rußland? Seine Sicherheitsinteressen und die der russischen Bevölkerung in der Ukraine verteidigend, vermag es angesichts der Bedrohung von außen und allen bekannten aggressiven Zielen des Westens nicht mehr anders, als im gleichen Tone zu antworten. Rußland hat verstanden: Wer siegen will, wer endlich den Dritten gewinnen will, der muß wieder Rußland besiegen, jetzt mit Panzern, schließlich auch mit Soldaten, die dann – spät – zu spät!? – vielleicht erkennen, für wen und wofür sie auf das Schlachtfeld geschickt wurden.

Ahnungslos, euphorisch, kriegsbereit, patriotisch, vom uralten Russenhaß getragen, werden sie dann von Sieg zu Sieg stolpern, bis „alles in Scherben fällt“. Die Chancen stehen, so wird uns erklärt, heute noch viel besser als 1914, 1939 oder 1941. Doch Scott Ritter, ehemaliger Offizier für Aufklärung der US-Marineinfanterie und UN-Waffeninspekteur, warnt: „Der Konflikt wurde von der NATO

ausgelöst. Es ist jetzt ein Konflikt, der von Rußland gelöst werden wird.“

Das ficht den deutschen militanten Siegeswillen nicht an, denn, so wird uns glauben gemacht, deutsche Panzer retten Leben. Wessen Leben? Russisches ist nicht gemeint, das haben Russen seit 2014 und immer erfahren. Ukrainisches Leben will niemand retten. Das ist für das Schlachtfeld, das Feld der Ehre, vorgesehen. Deutsches Leben wird bald zur Disposition stehen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis Rußland jede Zurückhaltung aufgibt, aufgeben muß. Also, bald marsch, marsch, fertigmachen, Herr Hofreiter, Frau Baerbock, Göring-Eckardt, Strack-Zimmermann, Klingbeil und Co. Redaktionsstuben an die Front verlegen und Kampfberichte bitte direkt aus Rußland, siegreiche selbstverständlich.

Kriegseuphorie wird medial gleichgeschaltet, ununterbrochen ausgestrahlt, gesendet, geschaffen. Aber es mehren sich die Stimmen gegen Krieg, Waffenlieferungen und Russenhaß. Menschen in ihren Wohngebieten, Dörfern, Städten bekunden Protest und tragen ihn in die Öffentlichkeit.

Roland Winkler
Aue

Friedensvermittler

Am 11. Februar starb Hans Modrow in Berlin

Wenige Tage nach seinem 95. Geburtstag am 27. Januar starb Hans Modrow in der Nacht zum 11. Februar in Berlin. Nach einem Schlaganfall war er wenige Tage zuvor in ein Krankenhaus gebracht worden. Modrow war der letzte DDR-Ministerpräsident mit SED-Parteibuch.

Er blieb bis zum Lebensende Mitglied der Partei Die Linke, obwohl ihn – wie er im persönlichen Gespräch sagte – in der für ihn wichtigsten politischen Frage, dem Erhalt von Frieden, immer mehr von deren Führung trennte. Die hatte ihn im vergangenen Jahr würdelos seiner Funktion – er war seit Gründung der Partei 2007 Sprecher von deren Ältestenrat und zuvor seit Februar 1990 Ehrenvorsitzender der Vorläuferpartei PDS gewesen – enthoben, indem sie das angeblich „dysfunktionale“ Gremium auflöste. Im September 2022 wurde es ohne ihn neu zusammengestellt. Hintergrund war die Annäherung der regierungssozialistischen Strömung in der Partei an die NATO und schließlich an den Kriegskurs von SPD und Grünen nach dem Eingreifen Rußlands in den Ukraine-Krieg am 24. Februar 2022.

Abgezeichnet hatte sich der Konflikt schon länger. Der faktische Bruch bedurfte nicht erst des geschichtvergessenen Kriegsfanatismus gegen Rußland in Teilen der Linkspartei und ihrer Jugendorganisation schon vor dem 24. Februar. Das müdete folgerichtig in die Forderung prominenter Parteivertreter nach Waffenlieferungen an die



Kiewer Nationalisten und Faschisten. Schon seit Jahren hatte die beherrschende anti-kommunistische Strömung der Linkspartei, die eine Sozialismusallergie pflegt, ignoriert, daß Modrow in Beijing und in Havanna als Fachmann geschätzt wurde, der Auskunft über Aufstieg und Ende eines sozialistischen Landes geben konnte. Noch in seinen letzten Lebensjahren betrieb er eine Art Pendeldiplomatie zwischen Pjöngjang und Seoul, bevor sich dort wieder politische Eiszeit einstellte. Modrow war von politischen Einseitigkeiten frei, die Widersprüche seines politischen Handelns waren die der weltweiten Klassenkämpfe. Der Nachruf auf ihn in der „Zeit“ trug den Titel „Ein Held des Rückzugs“ und das trifft in einem historischen Sinn zu. Er gehört zu jenen leitenden Persönlichkeiten kommunistischer Parteien, die im letzten Viertel des

20. Jahrhunderts mit wirtschaftlicher Stagnation in der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern Europas konfrontiert waren. Aus der strategischen Offensive wurde eine Defensive – mit Ausnahme der Unterstützung des realen Sozialismus für die Kämpfe der Länder des globalen Südens. So war es kein Zufall: Kubanische Truppen versetzten 1988 dem Apartheid-Regime und damit dem Kolonialismus in Afrika den entscheidenden militärischen Schlag, wenig später aber verschwanden – durch die sowjetische Führung beschleunigt – die sozialistischen Länder in Europa. Mitten in der konterrevolutionären Rückwende wurde Modrow von November 1989 bis April 1990 DDR-Regierungschef. Er mußte erleben, wie Helmut Kohl in Dresden am 19. Dezember 1989 von einer Menge unter Deutschlandfahnen hysterisch gefeiert wurde, woraufhin der sich nur noch für das Ende der DDR und den Wahlsieg der damaligen AfD, der deutschnationalen „Allianz für Deutschland“, am 18. März 1990 in der DDR interessierte. Das geschah im Einvernehmen mit Michail Gorbatschow, der Modrow zielstrebig hinterging. Der meinte später, die Politik des KPdSU-Generalsekretärs sei „von Anfang an auf Täuschung angelegt“ gewesen.

An Modrows Einsatz für Verständigung und Frieden änderte die Niederlage nichts. In Zeiten, da sich Völkerhaß und Sozialchauvinismus in eine Partei, die sich „Die Linke“ nennt, hineinfressen, fehlt er besonders.

Arnold Schölzel

Angst, daß jemand die Wahrheit verbreitet?

Die Rufe nach weiterer Zensur gegen russische Medien werden lauter. Politik und Leitmedien möchten die Kontrolle über die Information behalten, die den Deutschen zugänglich ist. Aber Repression ändert die Realität nicht, sie macht nur unfrei. Der deutsche Weg ist falsch. Wieder einmal.

Man kann sich nur noch verwundert die Augen reiben, angesichts der Geschwindigkeit, mit der in Deutschland alles, was Demokratie und offene Gesellschaften ausmacht, zurückgebaut wird. Der neueste Einfall einer deutschen Abgeordneten: Eine Meldestelle für russische Desinformation soll es in Deutschland geben. Das schlägt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU, Andrea Lindholz, vor. Eine Meldestelle, in der ein bundesweites Lagebild zur russischen Desinformation erstellt wird.

Man weiß nicht, wie sich Lindholz eine solche Meldestelle vorstellt, aber schon nach kurzer Überlegung ist klar: Mit Rechtsstaat hat diese Idee nichts mehr zu tun. Mit offenem Diskurs auch nicht. Wer legt fest, was Desinformation ist, und was nicht? Die Bundesregierung? Ein Fakten-Checker-Gremium, das vom Staat finanziert wird? Was macht man mit jenen, die sich nicht an der offiziellen Einschätzung orientieren? Ordnungsgeld? Wegsperrern? Handy wegnehmen?

Etwas schärfer darf es für die FDP sein. Deutschland und die EU müßten ihre Anstrengungen bei der Unterdrückung russischer Nachrichten stärken, meint der innenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Konstantin Kuhle. Na bravo. So geht bürgerliche Freiheit. Die FDP überholt sich selbst inzwischen ganz weit rechts.

Dabei ist genau in diesem Kontext nicht so genau klar, wer hier wen vor sich hertreibt. Die beiden Abgeordneten reagieren mit ihren Zensur-Forderungen und ihrer Demokratiefeindlichkeit auf Berichte des Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND), in denen nachgewiesen wird, daß russische Medien die Zensurmaßnahmen der EU unterlaufen. Das RND hielt dann vermutlich den nächsten besten Abgeordneten ein Mikrofon unter die Nase und fragte nach einer Reaktion. Man antwortete brav, wie erhofft. Mehr Zensur, mehr Kontrolle, mehr Reglement soll es sein. Russische Desinformation ist eine Gefahr für die Gesellschaft, ist sich die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU sicher. Das RND spielt über Bande und schaltet so die Konkurrenz aus, die für eine funktionierende Medienlandschaft jedoch fundamental ist. Ob und bei wie vielen Abgeordneten das RND abgeblitzt ist, erfährt man natürlich nicht. Man kann hoffen, daß es viele waren.

Dabei ist Lindholz sogar zuzustimmen. Von Desinformation geht eine Gefahr für die Gesellschaft aus. Nehmen wir das Beispiel RND: Das RND veröffentlicht regelmäßig Einschätzungen des britischen Geheimdienstes zur Lage in der Ukraine, die sich bisher so ziemlich alle als falsch herausgestellt haben.

Aktuell spekuliert das RND erneut über einen möglichen Munitionsmangel in Rußland. Offizielle Quellen gibt es dafür nicht. Aber mit ganz vielen Konjunktiven kann man nahelegen, Rußland beziehe jetzt Waffen aus dem Iran und Nordkorea. Rußland ist am Ende, die Munition geht aus. Die Sanktionen wirken, Rußland bricht zusammen. So desinformiert das RND seit Monaten.

In der Realität sieht es dann so aus, daß Rußland ganz offensichtlich zu jedem beliebigen Zeitpunkt jeden beliebigen Punkt in der Uk-



Aus diesem Gebäude verbreitet der britische Geheimdienst täglich keine Propaganda, sondern nur: Rußland ist besiegt

raine treffen kann, ohne daß die Ukraine dagegen irgendetwas zu unternehmen vermag. Dessen ungeachtet ist dieser ganze Quatsch, den das RND völlig undifferenziert, entgegen jeder journalistischen Sorgfaltspflicht und gegen jede Evidenz behauptet, natürlich deutscher Qualitätsjournalismus. Er steht im Gegensatz zu russischer Desinformation. Auf der Webseite des bei deutscher Politik und Medien verhaßten RT DE ist zu lesen, der EU gehe die Munition aus. Doch im Gegensatz zum wild spekulierenden RND ist die Quelle bei RT DE der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell. Er sagte ganz offen, daß in der EU die Möglichkeiten der militärischen Unterstützung der Ukraine zu Ende gingen. Die Lager wären leer und die Produktion käme nicht hinterher. Es bräuchte mehr Geld. Das freilich ist eine russische Desinformation, denn RT DE hat darüber geschrieben.

Die ewig falschen Einschätzungen des britischen Geheimdienstes und wilde Spekulationen irgendwelcher Experten, die das deutsche Überlegenheitsgefühl bedienen, das ist echter Journalismus – alles andere ist russische Propaganda und muß zensiert und verboten werden. Man kann das an dieser Stelle ausweiten: Auch die Bewertung des westlichen Sanktionsregimes als schädlich für Deutschland und die EU ist eine russische Desinformation. Es ist alles in Ordnung, die deutsche Wirtschaft ist robuster als gedacht, behaupten deutsche Medien. Vielleicht gibt es eine kleine, saisonale Winterrezession. Nichts Schlimmes.

Waffenlieferungen an die Ukraine sind gut. Die Ukraine wurde überfallen und braucht westliche Unterstützung. Es gibt keine Vorgeschichte. Jeder, der auf die Abläufe vor dem 24. Februar 2022 verweist, übernimmt das

russische Narrativ. Die Ukraine nutzt die Waffen ohnehin nur zur legitimen Verteidigung. Sie begeht damit keine Kriegsverbrechen, indem sie gezielt auf Städte schießt und in voller Absicht Zivilisten tötet. Wer etwas anderes behauptet, ist ein Opfer russischer Desinformation.

Die Ukraine ist auf dem Weg in die Demokratie, während Rußland eine Autokratie ist, in der eine kleptokratische Elite das Volk ausraubt und unterdrückt. Es spielt dabei keine Rolle, daß in der Ukraine jede Opposition ausgeschaltet ist und es faktische keine freien Medien mehr gibt. Im Südosten der Ukraine will auch niemand der Russischen Föderation beitreten. Das ist alles fake. Die Leute wollen dorthin, woher die Raketen stammen, die auf sie niedergehen: in den Westen, die EU. Die großen deutschen Medien haben sich in einem Wohlfühlklingel mit der Politik zusammengefunden, die sie eigentlich kritisieren sollten. Sie haben zudem noch die Führung der Politik übernommen. Dadurch sind deutsche Medien echtem Journalismus zum Feind geworden. Konkurrenten werden mit Zensurforderungen aus dem Feld geschlagen. Nicht, weil die Information dort falsch ist. Im Gegenteil, sie werden zensiert, weil die Informationen richtig und wichtig sind, um zu einer realistischen

Einschätzung zu kommen, um sich tatsächlich eine freie Meinung bilden zu können. Deutschland hat sich komplett verlaufen. Wieder einmal. Es ist nicht das erste Mal. Es passiert immer auf die gleiche Weise. Aber die Abschottung von der Realität hat Deutschland noch nie geholfen. Das Abschotten von der Realität ändert nichts am militärischen Verlauf in der Ukraine. Die Weigerung, über ukrainische Kriegsverbrechen zu berichten, macht sie nicht ungeschehen. Die mit westlichen Waffen getöteten Zivilisten werden nicht wieder lebendig, wenn man ihren Tod verschweigt. Die Inflation sinkt nicht, wenn man sie schönredet. Es gibt nicht plötzlich einen anderen Energiemarkt, wenn man so tut, als könnte Deutschland überall in der Welt günstiges Gas beziehen. Die Realität ändert sich nicht, wenn sie ignoriert wird. Journalismus hat eigentlich die Aufgabe, Realität zugänglich und in ihrer Komplexität verständlich zu machen. Der deutsche Journalismus verweigert sich dieser Aufgabe, ergeht sich in einfachem Schwarz und Weiß. Politik findet das naturgemäß gut. Ein Ärgernis weniger.

Das, was man mit all dieser Zensur erreicht, ist jedoch lediglich, daß das Vertrauen in Medien und Politik weiter erodiert. Das ist aber nicht das Verschulden russischer Propaganda, sondern die Schuld einer völlig fehlgeleiteten, unrealistischen und unehrlichen deutschen Politik, im Verbund mit deutschen Medien, die den Auftrag, wahrheitsgemäß und breit zu informieren, schon längst aufgegeben haben.

Gert Ewen Ungar

Redaktionell gekürzt

Quelle: RTDE, 14. Dez. 2022

Laßt uns die Warnungen erneuern,
und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind!
Denn der Menschheit drohen Kriege,
gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind,

und sie werden kommen ohne jeden Zweifel,
wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten,
nicht die Hände zerschlagen werden.

B. Brecht

Es muß Licht in die Dunkelheit

Zur deutschen Realität des Jahres 2023 gehört, daß vor einigen Wochen eine Kommission der Stadt Tübingen, die Straßennamen überprüfen sollte, die Frauenrechtlerin und Kommunistin Clara Zetkin in eine Reihe mit NSDAP-Mitgliedern, Kolonialideologen und Antisemiten stellte und vorschlug, die nach ihr benannte Straße wegen ihrer angeblichen „Demokratiefeindlichkeit“ zu markieren. Bismarck- und Wilhelmstraße sollen bleiben, wenigstens hat Tübingen keine Hindenburgstraße wie das benachbarte Gomarigen. Wikipedia zählt mehr als 70 Straßenbezeichnungen mit dem Namen Hindenburg – ausschließlich im Westen der Bundesrepublik. Die Liste scheint nicht vollständig zu sein, andere kamen auf mehr als 100 Hindenburg-Ehrungen. Clara-Zetkin-Straßen sind vor allem im Osten zu finden. In Berlin wurde die Clara-Zetkin-Straße, die seit 1951 so hieß, 1995 zurückbenannt nach Kurfürstin Dorothea Sophie von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, die von 1636 bis 1689 lebte. Dafür haben wir in Steglitz-Zehlendorf einen Hindenburgdamm. Immerhin ist Hindenburg seit zwei Jahren nicht mehr Ehrenbürger Berlins.

Es waren Leute wie er, die aus Haß auf die Republik, aus Antikommunismus, aus Haß auf die parlamentarische Demokratie und auf die Sieger im Ersten Weltkrieg Hitler an die

Regierungsspitze holten. Hindenburg vollzog die Ernennung, weil er Krieg wollte.

Und wir wissen heute, daß viele in den sogenannten Spitzen der Gesellschaft so dachten. Wenige Tage nach seiner Berufung trat Hitler in der Wohnung des Chefs der Heeresleitung Kurt von Hammerstein-Equord vor der Führung der Reichswehr auf und legte sein Programm dar: Bürgerkrieg im Innern zur Vernichtung des „Marxismus“ und laut einer Mitschrift „Ausweitung des Lebensraumes des deutschen Volkes mit bewaffneter Hand“. Wir wissen, was daraus geworden ist. Unter den Generälen regte sich an diesem Tag vor 90 Jahren kein Widerspruch, das innenpolitische Programm fand sogar ungeteilte Zustimmung. Es fehlte wahrlich an Licht in den Köpfen. Übrigens übermittelte der Nachrichtendienst der KPD die präziseste Mitschrift der Hitler-Rede, die bisher aufgetaucht ist, nach Moskau, wo sie am 14. Februar 1933 eintraf.

Am 5. Februar hat der Jurist und langjährige Redakteur der „Süddeutschen Zeitung“ Heribert Prantl in seiner „politischen Wochenschau“ das auf originelle Weise aufgegriffen. Er erinnerte daran, daß die katholische Kirche am 2. Februar das Fest „Mariä Lichtmess“ feiert, das früher die Weihnachtszeit beendete. Heute sei Lichtmess aber ein Tag

des „überwiegend vergessenen Brauchtums“. Prantl schreibt dann: „Am besten gefallen mir die fast vergessenen Bräuche rund um die Kerzen; sie sind Symbol dafür, daß Licht in die Dunkelheit muß. Die Welt ist ziemlich dunkel gerade, sie kann Erleuchtung brauchen. Und wenn es noch so wäre, daß man den im Haushalt für das nächste Jahr benötigten Kerzenvorrat in der Kirche segnen läßt, dann müßten die Leute, die für den Bundeshaushalt zuständig sind, die Kerzen kistenweise dahin schleppen. Es muß viel Licht in die Regierung, zumal ins Außenministerium. Vielleicht sieht Ministerin Annalena Baerbock dann ein, daß es extrem gefährlich ist, von einem ‚Krieg gegen Rußland‘ zu reden.“

Seinem Wunsch nach mehr Licht ins Dunkel läßt Prantl die Hoffnung folgen, „daß die Eskalation von Krieg und Gewalt gestoppt werden kann“.

Er hat recht, das ist das Wichtigste: Deeskalation statt Eskalation. Und ich möchte hinzufügen: Eine Friedensinitiative starten wie sie jetzt der brasilianische Präsident, genannt „Lula“, in Anwesenheit des Bundeskanzlers vorgeschlagen hat – zwischen den Kriegsparteien muß vermittelt werden.

Bettina Pessel
Berlin

Ich muß etwa 15 Jahre alt gewesen sein, da hörte ich davon, daß die Zeitung „Neues Deutschland“ einen Wettbewerb für junge Poeten ausgeschrieben hatte.

Ich reichte ein Gedicht mit dem Titel „Weißt du noch?“ ein.

Weißt du noch?

Wir haben auf faulendem Stroh gelegen
und der Hunger hat uns den Schlaf geraubt.
Durch das Dach, durch die Decke
suchte der Regen den Weg
und hat wie zum Hohn uns getauft.

Weißt du noch,
wie ich mich königlich freute
als mir die Frau das Schmalzenbrot gab?
Gejubelt hab ich:
Heute, grad heute,
wo ich doch heute Geburtstag hab.

Weißt du noch,
wie klein und krank ich damals war?
Ich lag an der allgemeinen Epidemie.
Ich hab über manches so nachgedacht

und mir fest versprochen:
Vergessen darfst du dies nie.

Es war mir damals wichtig, das aufzuschreiben, so wichtig, wie es mir heute ist, (...) von nie verwundenen Kriegskinderlebnissen zu berichten.

Es ist ein Glück, daß meine Kinder und Enkel von solchen Erlebnissen verschont geblieben sind, es macht mir für die Zukunft Angst, wenn ich deutsche Politiker von einer

größeren Verantwortung Deutschlands bei der Befriedung der Welt reden höre oder davon, daß es „trügerisch“ ist, „sich vorzustellen, Deutschland sei geschützt vor den Verwerfungen unserer Zeit“, und müsse deshalb mit der „Kultur der Zurückhaltung“ Schluß machen. Das ist weder neues Denken noch Ausdruck einer kreativen Politik, sondern Kalkül und Rhetorik, die schlimmste Erinnerungen heraufbeschwören und alle Alarmglocken läuten lassen.

Prof. Dr. Benno Pubanz
Güstrow

Aus: Benno Pubanz/Günter Förster, *Kleine Kriegskind-Chronik*, Güstrow/Prenzlau, September 2014

„Nationaler Sozialist ergriff die Macht“, um „Läusegift“ zu produzieren

Nazi-Brainwashing seit 90 Jahren

Aber Adolf Hitler ergriff am 30. Januar '33 keine Macht. Er bekam sie übertragen. Durch Paul von Hindenburg. Dem das reaktionärste deutsche Monopolkapital am 19. November 1932 den Auftrag dazu erteilt hatte: als „Industriellen-Eingabe“, wie Thyssen, Flick, Hugenberg & Co. feinsinnig getitelt hatten. Knallhart. Mit einem: „Aber dalli, Herr Reichspräsident!“ Denn 13 Tage zuvor hatten die Faschisten bei der Reichstagswahl über zwei Millionen Stimmen verloren, davon – neben Nichtwählern –

in synthetisches Benzin, dessen Liter 30 Pfennige kostete, plötzlich aussichtslos mit Erdölbenzin (zu nur 4 Pfennigen) konkurrieren. So war also zunächst nur die Gruppe von Kohle-Stahl-Monopolen konsolidiert genug, durch Hitler die „Macht zu ergreifen“. Immer gegen die organisierte Arbeiterklasse. Aber eben auch gegen alle anderen geschwächten Kapitalgruppen. Denn trotz ihrer mittelschichtigen Basis und Rhetorik regierten die Nazis meist mittelstandsfeindlich. „DIE Unternehmer“ in toto für Hitler verantwortlich zu machen,

Roosevelt bis Stalin befeuert. Welche „die Alliierten“ hieß. Ein kolossal breites Bündnis! Wie es bereits Mao mit Tschiang Kai-schek im „Koumintang“ gegen die japanischen Besatzer Chinas gelungen war. Antiimperialistische Bündniserfolge hängen nämlich nie vom Geschmack der Partner ab, sondern von der Stärke des Hauptfeinds – der damals der deutsche Faschismus war und später der US-Imperialismus.

Wenn heute die Medien von ZDF über „taz“ und „Spiegel“ bis „Bild“-Zeitung auf „Querfront“ eindreschen, ist zumeist „Volksfront“ gemeint. Domenico Losurdo schrieb 2016 in seinem Buch über kolonialistischen Imperialismus von einer entstehenden Völkerfront des „globalen Südens“ von Indien, Rußland, Iran bis China (nun auch Brasilien) – die aber auch zunächst mit „rechts“ und „links“ wenig zu tun hat.

Unbestrafte Profiteure

Am 30. Januar 1933 hatte sich das imperialistischste Finanzkapital mit ihrem Hitler durchgesetzt. Es durfte von ihm nicht nur Feldzüge gegen die französischen und spanischen Volksfronten, gegen den „Kultur bolschewismus“ (Thyssen), sondern vor allem gegen die Sowjetunion erwarten – und natürlich „die Befreiung der Ukraine vom Stalinismus“.

Das hatte Hermann-Josef Abs (Deutsche Bank) vor NS-Wirtschaftsführern mehrfach, vor allem im Oktober 1940, unter solch strengvertraulichen Titeln wie „Aktive Kapitalpolitik“ oder „Saldo Clearing“ nüchtern vorgerechnet (siehe Reinhard Opitz: „Europastrategien des Kapitals“, 1994, S. 794–803, 859): Sämtlich aufgelaufene Staatsschulden für die Aufrüstungsorgien zweier Weltkriege seien mit einem einzigen Feldzug zu tilgen. Ahnte der schlaue Kalkulierer Abs damals schon, daß sein Bankhaus sogar nach einem gescheiterten Überfall auf die Sowjetunion bald wieder in feinem Zwirn aus dem Schneider kommen würde, solange nur die Volksfront in einem neutralen Deutschland verhindert würde? Damit beschäftigt sich mein Dokumentar-Stück „Abs“, das im November 2021 im Frankfurter Saal der Auschwitz-Prozesse vom „Freiem Schauspiel-Ensemble“ mit Hannes Jaenicke, Peter Sodann und Michael Letz sowie mit Musik des Komponisten Jossi Mar Chaim (Tel Aviv) uraufgeführt wurde (https://youtu.be/w_AT02Ch0LA). Die Sowjetunion hat sich von ihren 27 Millionen Toten, vom Abschlachten, Brandschatzen und dem Totgerüstetwerden nie mehr richtig erholt. Aber die Deutsche Bank hat mit Zwangsarbeit und Judengold, mit ihrem Bau-Kredit für Auschwitz ihr Kapital vermehrt. Sogar mit Gas-Verkäufen. Nebenbei: Wer heute, scheinbar naiv wie „unsere Mediensprecher*innen“ von „dem Nationalsozialismus“ spricht, könnte genauso gut das „ZyklonB“ als „Läusegift“ anpreisen,



Ankündigung der Aufführung des Stückes „Abs“ im November 2020 in Frankfurt am Main

700 000 Stimmen an die KPD. Die war nach ihrer „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ endlich nationaldemokratischer geworden.

Der süße Nazi-Traum der Schwerindustriellen war kurz vorm Zerplatzen. Also mußten vorhandene Vorbehalte gegen Hitler dort schnellstens ausgeräumt werden. Nicht, weil irgendjemand von denen ein besonderer Demokrat gewesen wäre. Sondern weil Krupp & Co. noch vom Kaiser träumten. Das änderte sich am 4. Januar 1933 mit dem Treffen im Bankhaus Deutz/von Schröder, wo sich Hitler „wirtschaftlich als Liberaler“ outen und so Großbankiers für sich begeistern durfte. Die Zerstörer von Liberalität – besonders von Freiheiten für die zwei unteren Bevölkerungsdrittel – waren stets „wirtschaftlich Liberaler“. Solange der Staat ihre marktliberalen Abenteuer absicherte. Mit Steuermilliarden. Von Kanzlern wie Papen, Brüning, Hitler, Adenauer bis heute.

Dem mächtigen petrochemischen Großkapital, namentlich den „IG Farben“, war gerade ihre Hausbank „Danat“ zusammengebrochen. Zudem mußten 1932 ihre Investments

ist so demagogisch, wie das deutsche Volk in Kollektivschuld zu nehmen.

Aufhaltsamer Aufstieg

Tatsächlich gab es bis 1933 immer wieder Optionen, Hitler, Weltkrieg, Shoa und das Zertrümmern deutscher Nation zu verhindern. Vom „Aufhaltsamen Aufstieg des Arturo Ui“ schrieb Brecht darum. Dafür aber hätten die allermeisten, die später in den Baracken von Buchenwald zusammengepeitscht werden sollten, über alle sozialen Schichtgrenzen und deren Politiken hinweg, enorme Kröten schlucken müssen. Womöglich sogar Reichskanzler Kurt von Schleicher, der für ein Bündnis gegen die Nazis gelockt hatte: mit schärferen Bandagen gegen einzelne Großkonzerne, mit höheren Reichensteuern und gemeinsamen Manövern mit der Roten Armee.

Alle, die von rechts und links für eine solche „Querfront“ gegen Hitler geworben hatten, starben bald darauf eines unnatürlichen Todes. Erst 1945 wurde Deutschland vom Faschismus befreit. Und zwar von einer „Querfront“, die Arbeiterklasse und „Klassenfeinde“, Mittelschichten, Rassisten und Antirassisten umfassend, von Churchill,

die Lügen von Faschisten wiederkäuend, die sich „Nationalsozialisten“ nannten. Oder deren „IG Farben“ und „Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung“ (Degesch), wo Abs auch die Aufsichtsräte beherrschte, die ja nur „Läusegift“ vermarktet hatten.

„Hitler war eine nationale Schande“ notierte Willy Brandt. Das gilt aber auch für jene, die nicht auf der Anklagebank in Nürnberg saßen, sondern ebenso für solche, wie Abs für Adenauer, die kurz darauf mit Wiederbewaffnung, DM und Währungsreform Deutschland spalten und 1952 bei der Londoner Schuldenkonferenz Griechenland, Polen und andere Opfer um jede Wiedergutmachung prellen durften.

Fortgesetzter Etikettenschwindel

Der Historiker Götz Aly hat dankenswerterweise große Akribie auf die Schmarotzer und kleineren NS-Trittbrettfahrer bei Zwangsarbeit und „Arisierung“ verwendet. Aber die hätten Hitler nie an die Macht brüllen können, wären dahinter nicht die coolen big Players gewesen. Welche errechnet hatten, wieviele Renditen aus der Eroberung

Rußlands in Gas, Öl und billigstem Arbeitermaterial“, im Pressen von Reallöhnen auf Krisenniveau durch Zerschlagung von organisiertem Arbeiterwiderstand herauszuholen waren. Was heute sorgsam wegeschwiegen wird. Von jenen medialen Einflußagenten, die uns Sozialisten genüsslich das Lügenwort „die Nationalsozialisten“ unter die Nase schwurbeln. (Und die bis heute ihrem Finanzkapital russische Bodenschätze unter den braunen Nagel reißen und baldmöglichst die modernste US-Überschallrakete „Dark Eagle“ in der Ostukraine stationieren wollen.) Jedenfalls: Die „National-Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ war nichts als ein Feind der deutschen Nation, des Sozialismus und der Arbeiter.

Der Faschismus konzentrierte weltweit an der Macht, was Thomas Mann die „Grundtorheit der Epoche“ nannte: den Antikommunismus. Und dieser antiproletarische Terrorismus bleibt Wesensmerkmal des Faschismus: von Mussolini über Pinochet bis zum IS.

Grünliche Schreibagenten haben dagegen den Faschismusbegriff entkernt. Was übrig blieb, ist zwar eine nicht enden wollende

Aufzählung. Die reicht von „homophob, frauenfeindlich, cis, ziganophob, xenophob, antisemitisch, toxisch-weiß-männlich, transphob“ bis zu „Putin-Verstehern, Klimaleugnern, Impfpflicht- und Gender-Gegnern“. Aber dessen kapitalkonotiertes Wesen, das „antikommunistische“ und notorisch „gewerkschaftsfeindliche“, schweigen sie tot. Wie dessen proletarische Opfer. Sie müßten ja sonst eingestehen, in welcher Querfront sie Essentials derer propagieren, die vor 90 Jahren Hitler an die Macht finanziert hatten. Und deren undemokratische Weltordnung immer nur dort ins Straucheln geriet, wo Arbeiterklasse und bürgerliche Bündnispartner im Volksbündnis mehr wirtschaftliche Demokratie gewagt haben.

Diether Dehm

Diether Dehm ist Autor zahlreicher kommerzieller Nr.-1-Hits sowie Sänger von Liebes-, Arbeiter- und Friedensliedern. 17 Jahre lang war er für SPD und Die Linke im Bundestag.

Er war Moderator diverser TV-Sows und Satire-Sendungen, schrieb Romane und Musicals.

Wer brachte Hitler an die Macht?

Das waren bewegte und entscheidende Tage im Klassenkampf – Ende 1932 und Anfang 1933. Schicksalstage in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und in der Geschichte des deutschen Volkes. Sie waren gleichermaßen geschichtsträchtig für Europa, ja, für die ganze Welt. Erinnern wir uns. Am 30. Januar 1933 wurde Hitler, der Führer der faschistischen Nazipartei, von Hindenburg zum Reichskanzler berufen. Das ist eine faktologische Tatsache. Und doch ist es nicht die Wahrheit.

Seit 1929 hatte die Wirtschaftskrise auch Deutschland fest im Griff. Seit 1930 nahm die Hitlerpartei einen rasanten Aufschwung, drangen ihre Terrorbanden immer mehr auf dem Lande, aber auch in den Städten vor. 1932 kulminierte ihr Einfluß. Doch auch die antifaschistischen, demokratischen Kräfte formierten sich immer stärker und breiter. Im Frühjahr 1932 erklärten die Kommunisten „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Und wer Hitler wählt, wählt den Krieg“. Überdeutlich hat die Geschichte diese richtige Warnung bestätigt.

Als in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 die Antifaschistische Aktion unter der Führung der KPD immer stärker wurde, der Einfluß der Hitlerpartei zurückging, als führenden Kräften des Monopolkapitals, des Grundbesitzes und des Militarismus klar wurde, daß mit den Mitteln der großkapitalistischen Weimarer Republik, also der bürgerlich-kapitalistischen Demokratie dieser Republik, die Macht der Großbourgeoisie, des Junkertums

und der Militaristen nicht mehr aufrecht zu erhalten war, da suchten sie zur Sicherung ihrer Klasseninteressen und zur Sicherung ihres Maximalprofits nach einer neuen gesellschaftlichen Kraft. Sie erkoren dazu die sogenannte National-sozialistische Arbeiterpartei unter der Führung eben dieses Hitler. Am 19. November 1932 wandten sich deshalb Monopolisten und Junker mit einer Eingabe an den Reichspräsidenten Hindenburg mit der Forderung, Hitler zum Reichskanzler zu berufen. In dieser Eingabe heißt es am Schluß: „Die Übertragung der verantwortlichen Leitung eines mit den besten sachlichen und persönlichen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts an den Führer der größten nationalen Gruppe wird die Schwächen und Fehler, die jeder Massenbewegung anhaften, ausmerzen und Millionen Menschen, die heute abseitsstehen, zu bejahender Kraft mitreißen.“ Zu den Unterzeichnern dieser Eingabe an Hindenburg gehörten unter anderem Hjalmar Schacht, Kurt Freiherr von Schröder, Fritz Thyssen, Eberhardt von Kalkreuth, Friedrich Reinhardt.

Hindenburg erfüllte diesen Wunsch. Die wahren Hitlerbeförderer und wirklichen Kanzlermacher waren also diese Herren des reaktionärsten, am meisten monopolistischen deutschen Finanzkapitals. Diese historische Wahrheit sollten wir gerade heute nicht vergessen.

Prof. Dr. Lothar Berthold †

Entnommen den „Roten Kalenderblättern“, DKP-LV Brandenburg, Februar 2003

30. Januar 1933 – Hindenburg ernennt Adolf Hitler zum Kanzler, der zunächst „nur“ mit drei NSDAP-Mitgliedern eine Regierung anführt, in der sich acht konservative Minister befinden. Was das Ergebnis war, sollte als Kainsmal dem deutschen Groß- und Finanz- und Rüstungskapital ewig eingebrannt bleiben, gerade weil es jetzt dienstbar als Vasall des US-Imperialismus fungiert.

Historische Parallelen

Fürs Groß-, Finanz- und Rüstungskapital
Heut stehen Grün-Gelb-SPD-Figuren
Im Grunde gleich, egal nach welcher Wahl
Mit braunen expansiven Stiefelspuren.

Schon Weimar führte einst zu Hindenburg
Und der darauf erpicht, ernannte
Für jene Klasse den Chirurg,
Die uns ein ewig deutsches Schandmal brannte.

Heut, wo man national-EU-vereint,
Ruft diese gleiche Schicht erneut
Braun auf ukrainisch, das sie selbst nicht
scheut.

Die Qualität nur graduell scheint noch verneint
Mit russenfeindlich gleicher Qualität,
Die waffenliefernd sich zum Krieg bereit, ergeht.

E. Rasmus

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Die Legende von der Lohn-Preis-Spirale

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

17. August 1978

Für die Wirtschaft der kapitalistischen Länder ist seit Anfang der 70er-Jahre die verstärkte Inflation zu einem charakteristischen Merkmal geworden. Die Lebenshaltungskosten stiegen in einem wesentlich schnelleren Tempo als zu jeder anderen Zeit der Nachkriegsperiode; Preiserhöhungen und Geldentwertung rückten ins Zentrum der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen.

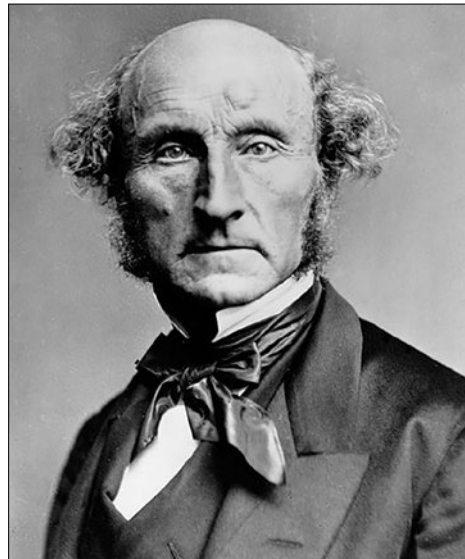
Solange mit der schleichenden Inflation in den 50er und 60er Jahren die Beschneidung der kleinen Geldeinkommen und damit die Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Monopole und des imperialistischen Staates weitgehend geräuschlos vor sich ging, wurde sie von den bürgerlichen Ökonomen und Politikern als „Wachstumsfaktor“ gepriesen. Als die Inflation jedoch dann in einigen Ländern zum Galopp überging, das Finanzkapital faktisch die Kontrolle über diesen staatsmonopolistischen Umverteilungsmechanismus weitgehend verlor, als damit zusammenhängend die ständige Verteuerung lebensnotwendiger Güter zur Vertiefung ökonomischer und sozialpolitischer Konflikte führte, wurde die Inflation zum wirtschaftspolitischen „Feind Nummer eins“ deklariert.

Infolge der für die 70er-Jahre charakteristischen Verflechtung von zyklischer und allgemeiner Krise sind heute solche spezifischen Eigenschaften der zyklischen Krise, wie hohe Arbeitslosigkeit, Inflation, niedrige Kaufkraft, zu permanenten Erscheinungen der allgemeinen Krise geworden. Wie in keiner früheren Periode der Nachkriegszeit traten damit die von bürgerlichen Ideologen immer wieder gelegneten Gebrechen des Kapitalismus scharf hervor. Und gerade gegenwärtig zeugen sie von der Unfähigkeit dieses Gesellschaftssystems, grundlegende soziale Fragen bewältigen zu können.

Das Monopolkapital nutzt den Druck auf die Lage und die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse, der von Massenarbeitslosigkeit und Inflation ausgeht, zu einem breitangelegten Versuch, die Werktätigen und ihre Gewerkschaften in die Defensive zu drängen.

Den arbeitenden Menschen selbst soll die Verantwortung für die Misere angelastet werden: Ursache sowohl der Arbeitslosigkeit als auch insbesondere der Inflation seien die Lohnforderungen der Werktätigen. Hinter einer solchen These steckt nichts anderes als die

bürgerliche Theorie von der „Lohn-Preis-Spirale“, die folgenden Zusammenhang konstruiert: Lohnerhöhungen seien gleichbedeutend mit höheren Kosten und führten unvermeidlich zu Preissteigerungen, die ihrerseits wieder Lohnforderungen nach sich ziehen, deren Erfüllung dann die Preise weiter in die Höhe schraubt.



Einer der Erfinder der „Lohn-Preis-Spirale“:
John Stuart Mill (1806–1873)

Der Kern dieser Theorie liegt in der Behauptung, daß der Arbeitslohn die Preise bestimme. Diese These ist so alt wie der Kapitalismus. Bürgerliche Ökonomen, wie John Stuart Mill z. B., vertraten sie im vorigen Jahrhundert. erinnert sei in diesem Zusammenhang an Karl Marx' berühmten Vortrag über „Lohn, Preis und Profit“, den er 1865 vor dem Generalrat der Internationalen Arbeiterassoziation hielt – eine Abrechnung mit dem, wie Marx es nannte, „alten landläufigen und abgedroschenen Trugschluß, wonach der Arbeitslohn die Preise bestimmt“. Sie finden den Vortrag „Über Lohn, Preis und Profit“ übrigens in allen Marx-Engels-Werkausgaben. Woran liegt es nun, daß bürgerliche Ökonomen bis heute immer wieder das Verhältnis von Lohn- und Preisentwicklung verfälschen und die These, der Arbeitslohn bestimme die Preise, zu einer ganzen Theorie aufbauschen, zur Theorie von einer angeblichen „Lohn-Preis-Spirale“? Die Ursachen dafür sind darin zu sehen, daß diese Theoretiker unfähig sind,

in das Wesen der Dinge und ihren dialektischen Zusammenhang einzudringen, daß sie sich auf Oberflächenerscheinungen stützen, die in der Tat das alte Dogma zu bestätigen scheinen.

Nach der Theorie der bürgerlichen Ökonomie bestehen die Produktionskosten, welche die Warenpreise angeblich bestimmen, aus den Geldausgaben der Kapitalisten. Dies sind die Ausgaben für Produktionsmittel und für den Ankauf der Arbeitskräfte, wobei von den Lohnkosten behauptet wird, daß sie die volle Arbeitsleistung vergüten. Da die Geldausgaben der Kapitalisten vom Preisniveau abhängen, bestimmt die bürgerliche Theorie die Preise der einen Ware durch die Preise der anderen. Das ist falsch, weil eine solche Kostentheorie den wahren Charakter der kapitalistischen Produktion als Verwertungs- und Ausbeutungsprozeß verhüllt.

Wie erklärt die marxistische politische Ökonomie den tatsächlichen Zusammenhang? Sie verstehen sicher, daß er in der gebotenen Kürze nur knapp skizziert werden kann. Zunächst muß davon ausgegangen werden, daß der Wert der von den Arbeitern produzierten Waren durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, das verausgabte Arbeitsquantum, bestimmt wird. Die Größe des Arbeitslohnes hängt vom Wert der Arbeitskraft ab. Die Arbeiter sind in der Lage, ein größeres Arbeitsquantum an gesellschaftlich notwendiger Arbeit zu verausgaben, als für die Produktion der Waren, die zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft erforderlich sind, aufgewendet werden muß. Sie produzieren daher einen größeren Wert, den über den Wert der Arbeitskraft hinaus erzeugten Mehrwert einschließt. Darüber war bereits in einem vorangegangenen Vortrag die Rede.

Der Wert einer unter kapitalistischen Bedingungen produzierten Ware besteht aus drei Elementen:

1. dem Wert des verbrauchten Kapitals für Maschinen und Rohstoffe,
2. dem vom Arbeiter geschaffenen Neuwert, den er in Gestalt des Lohnes zur Wiederherstellung seiner Arbeitskraft erhält, und
3. besteht im Kapitalismus der Wert einer Ware in dem Teil des vom Arbeiter geschaffenen Neuwerts, den sich der Unternehmer unentgeltlich aneignet – dem Mehrwert.

Dieser aus den drei genannten Elementen zusammengesetzte Wert ist Grundlage für seinen Geldausdruck, also den Preis einer Ware. Wie geht der Wertbildungsprozeß vor sich? Das vom Kapitalisten zum Ankauf der

Produktionsmittel, also für Maschinen und Material, verausgabte Kapital taucht im Warenwert wieder auf. Die konkrete Arbeit überträgt den Wert der Produktionsmittel auf die neuen Waren. Dieser Kapitalteil verändert seine Größe nicht. Marx bezeichnet ihn darum als konstantes Kapital. Die Arbeitskräfte hingegen unterscheiden sich von diesem konstanten Kapital. Sie fungieren im kapitalistischen Produktionsprozeß nicht als Wert, der übertragen wird, sondern die Ware Arbeitskraft erzeugt einen Neuwert, dessen einer Teil den Ersatz für den in Lohn vorgeschossenen Kapitalteil und dessen anderer Teil den Mehrwert bildet. Da dieser Kapitalteil seine Größe im Produktionsprozeß verändert, nennt ihn Marx variables Kapital.

Was nun Lohnerhöhungen anbelangt, so berühren sie nicht den Wert der Ware, sondern nur das Verhältnis der Aufteilung zwischen variablem Kapital und Mehrwert, anders ausgedrückt: zwischen Löhnen und Profiten. Lohnerhöhungen dürften also im Grunde nicht die Preise steigern, sondern – wie gesagt – nur die Relation zwischen Löhnen und Profiten verändern. Das ist das tatsächliche Wesen des Verhältnisses zwischen Lohnkosten und Preisen. Dieser hier dargestellte Zusammenhang tritt jedoch an der Oberfläche der kapitalistischen Gesellschaft völlig verkehrt in Erscheinung, und hier setzt die bürgerliche Theorie von der „Lohn-Preis-Spirale“ an. Das Wesentliche an dieser Theorie wie an der gesamten bürgerlichen Volkswirtschaftslehre ist die Verschleierung der Ausbeutung. Der Mehrwert oder Profit erscheint als Produkt der Funktion des Kapitals und nicht – was den Tatsachen entspräche – als Resultat der Mehrarbeit der Arbeiter. Wenn heute die Waren auf dem kapitalistischen Markt zum Monopolpreis verkauft werden, d. h. Kostpreis plus Monopolprofit, so ist der Zusammenhang mit dem wirklichen Warenwert schwer durchschaubar.

Da jedes Unternehmen mit seinen Kostpreisen operiert, ist zu fragen, was man darunter versteht.

Produktionsmittel und Arbeitskräfte sind die objektiv notwendigen Elemente der Produktion. Für sie gibt der Kapitalist sein Geld aus, um es als Kapital zu verwerten. Der Preis, den er für die verbrauchten Produktionsmittel und die Arbeitskräfte zahlt und der ausdrückt, was ihn die Ware kostet, ist sein Kostpreis. Der Kostpreis der Ware ist aber nicht ihr wirklicher Preis. Marx schrieb in diesem Zusammenhang: „Die kapitalistische Kost der Ware mißt sich an der Ausgabe in Kapital, die wirkliche Kost der Ware an der Ausgabe in Arbeit.“ Der kapitalistische Kostpreis der Ware ist, da er den Mehrwert nicht umfaßt, sondern nur das konstante und das variable Kapital, kleiner als der tatsächliche Warenwert. Der Aufwand an unbezahlter Arbeit der Lohnarbeiter, deren Resultat sich der Kapitalist aneignet, erscheint also nicht im Kostpreis. Damit ist das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung verhüllt; denn bei einer solchen Darstellung bleibt völlig außer acht, daß Wert und Mehrwert nur durch die Arbeitskraft erzeugt werden. Der Mehrwert – heute in Gestalt des Monopolprofits – erscheint vielmehr, wie bereits gesagt, als Abkömmling des gesamten vorgeschossenen Kapitals.

Wir sehen also, daß im Kostpreis der funktionelle Unterschied der beiden vom Kapitalisten vorgeschossenen Kapitalteile nach außen hin ausgelöscht ist. Für den Kapitalisten stellt sich nun jede Lohnerhöhung – ebenso wie eine Vertueuerung der Produktionsmittel – als eine Erhöhung des Kostpreises dar.

Im Kapitalismus der freien Konkurrenz, bevor die Monopole zum wirtschaftsbestimmenden Faktor wurden, führten allgemeine Lohnerhöhungen in der Regel zu einem Sinken der Produktionspreise; denn die Kapitalisten versuchten Lohnerhöhungen auszugleichen, indem sie relativ mehr Kapital für Maschinen und Anlagen und weniger für Arbeitskräfte anwandten. Dies beschleunigte den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und senkte den Wert und damit den Preis der Waren. Es kam zu keinem allgemeinen Preisauftrieb,

was übrigens auch ein Blick in die Statistik zeigt. Während z. B. im Zeitraum von 1896 bis 1900 die Bruttolöhne im kapitalistischen Deutschland um 8 % stiegen, erhöhten sich die Preise faktisch nicht.

Je stärker sich dann seit der Jahrhundertwende der Übergang zum monopolistischen Kapitalismus vollzog und die Monopolisierung der Wirtschaft voranschritt, das Monopol über die Konkurrenz dominierte, wurde der Produktionspreismechanismus untergraben. Seither bestimmen die Monopolpreise immer mehr das Niveau und das Entwicklungstempo der Preise. Dies zeigt sich insbesondere darin, daß die Verringerung der Warenwerte, die ja aus der Produktivitätssteigerung entspringt, sich nicht in entsprechenden Preissenkungen niederschlägt. Das Monopol ist im wachsenden Maße auf Grund seiner beherrschenden Stellung in der Lage, Profitabstriche aus Lohnsteigerungen auf die Preise abzuwälzen. Die darin enthaltene Widersprüchlichkeit der ökonomischen Beziehungen tritt besonders in Perioden der zyklischen Krise hervor. Während diese unter den Bedingungen des Kapitalismus der freien Konkurrenz von Preisstürzen begleitet waren, halten nunmehr die Preissteigerungen auch in der Krisenphase an. Ein Beispiel: Von 1970 bis 1974 stiegen in den USA die Nettoprofiten der Konzerne der verarbeitenden Industrie um 106 %; die Verbraucherpreise um 27 %; die Reallöhne aber sanken um 2 %! Allein diese Zahlen – entnommen dem letzten Bericht Präsident Carters zur Wirtschaftslage – beweisen: Es gibt keine Lohn-Preis-Spirale, sondern eine Profit-Preis-Spirale. Trotz hart erkämpfter Lohnerhöhungen explodieren die Profite, hinken die Löhne immer hinter den Preissteigerungen hinterher.

Fassen wir zusammen: Die mit dem Staat verflochtenen Monopole verursachen in ihrem Streben nach Höchstprofiten und durch die ständig anwachsenden Rüstungsausgaben chronische Preissteigerungen. Von einem bestimmten Punkt an wird die Inflation zu einem gewaltigen Konfliktpotential des kapitalistischen Systems; denn sie verschärft den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital, wie die harten Tarifaufeinandersetzungen zeigen.

Um die wahren Ursachen der Inflation zu verschleiern, um vor allem in der gegenwärtigen krisenhaften Wirtschaftssituation die Profite der Monopole zu sichern und zu erhöhen, soll die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern zur lohnpolitischen Enthaltensamkeit veranlaßt werden. Politiker und Ökonomen des Kapitals benutzen dabei immer wieder das Argument, Lohnerhöhungen seien die Ursache sowohl für Preiserhöhungen wie auch für die Massenarbeitslosigkeit. Diese These erweist sich als offenkundige Lüge.

Angesichts der letzten großen Kampfkationen in einer Reihe hochentwickelter imperialistischer Industrieländer ist zu erwarten, daß immer mehr Menschen in diesen Ländern die Ursache der Misere begreifen: Ihre Situation ist nicht einer sogenannten Lohn-Preis-Spirale geschuldet, sondern der Profitgier der Monopole, der tatsächlichen Profit-Preis-Spirale.

DDR – lebendige Geschichte

In der von Horst Jäkel (Potsdam) herausgegebenen und von einer 2003 gebildeten unabhängigen Autorengemeinschaft gestalteten Buchreihe ist nun das 15. DDR-Zeitzeugen-Buch herausgekommen.

Von den mehr als 600 Autorinnen und Autoren sind in den letzten 20 Jahren mehr als 100 verstorben. Mit diesem Werk will die Gemeinschaft „auch an die progressiven Leistungen dieser Menschen erinnern. Künftige Generationen können daran anknüpfen bei ihren Bemühungen zur Schaffung des Weltfriedens, einer Welt der sozialen Gerechtigkeit – des Sozialismus – und des Schutzes der Lebensbedingungen für alle Lebewesen auf unserer einmaligen, wunderbaren Erde“.

Druck: Medienpunktpotsdam, Preis: 17,50 €, zu beziehen über Horst Jäkel (Tel. 0331-97 07 17)



„Aber ich kann meine Taten auch in meiner letzten Stunde nicht bereuen.“

Dieses Bekenntnis hielt Fritz Schmenkel in seinem letzten Brief vom 22. Februar 1944 fest, den er im Wehrmachtsgefängnis Minsk verfaßte und den der Gefängnisgeistliche Eberhard Müller, vermutlich im April im 1944, seiner Witwe überbrachte. Im Dezember 1943 wurde Fritz Schmenkel als Leiter der Aufklärungsgruppe der Roten Armee „Feld“ im Raum Orscha/Minsk abgesetzt, nachdem er zuvor schon ähnliche Einsätze erfolgreich absolviert hatte.

Dieser biographischen Episode aus seinem Leben gilt eine der vom Dokumentations- und Informationszentrums Torgau (DLZ) im Februar 2021 vorgelegten Thesen zum „Mythos Fritz Schmenkel“, die sich mit dem „ehemaligen Helden der Sowjetunion“ und in der DDR „regelmäßig verehrten Antifaschisten“ befaßten. Obwohl der Wehrmachtsdeserteur Fritz Paul Schmenkel (16.2.1916–22.2.1944) nach Angaben des DIZ offensichtlich nicht in der damaligen Wehrmachtsjustizanstalt Torgau inhaftiert war und somit keine Forschungsrelevanz für diesen Erinnerungsort an Opfer der faschistischen Wehrmachtsjustiz haben dürfte, stellte man dort auch Nachforschungen zur Beteiligung von Fritz Schmenkel an Kampfhandlungen von Partisanen der Wadinoer Partisanenbrigade im Raum Smolensk an. Diese Nachforschungen wurden nach Angaben dieses Gedenkstättenzentrums in Archivbeständen der Behörde geführt und als „Mythos Fritz Schmenkel“ öffentlich gemacht. Unter Verweis auf die „überforderte Kulturbürokratie der DDR, die Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und sogenannte Wehrkraftersetzer nicht ausdrücklich würdigte, da die DDR darauf bedacht war, selbst wieder militärische Tugenden zu fördern“, sei

Fritz Schmenkel weitestgehend vergessen worden ... (Kalenderblatt Website der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten 19.02.2021, Internetportal Torgauer Zeitung 21.01.2021) Doch da der Antifaschist Namensgeber für eine Straße in Torgau und für eine FDJ-Gruppe im damaligen Jugendwerkhof Torgau 1974 war, entschied man sich, dem Schicksal Fritz Schmenkels, der als „Maschinengewehrschütze einer Partisaneneinheit bei einem der Einsätze von deutschen Einheiten wieder gefaßt wurde und eines ehrlosen Todes sterben mußte“, nachzugehen.

Abgesehen davon, daß die ersten Veröffentlichungen über Fritz Schmenkel schon 1962, fast zeitgleich in der DDR und in der UdSSR 1964, erschienen und erste Erinnerungsorte, ebenfalls in der DDR und in der UdSSR, eingerichtet wurden, hatten sie ihren Ausgangspunkt in einem Prozeß im Militärbezirk Kalinin zu Beginn der 60er Jahre gegen den langgesuchten Kollaborateur A. Petuchow, der der Partisanenabteilung „Tod dem Faschismus“, damals einer von Fritz Schmenkel geleiteten Gruppe, entging.

An diese Partisanengruppe und an Fritz Schmenkel erinnerten sich Menschen aus Birobidshan (Bely). Umfassende Zeugenaussagen von Angehörigen dieser Gruppe sowie Zeitzeugenmaterial konnten zusammengestellt werden.

Diese berechtigten auch den Schriftsteller Wolfgang Neuhaus, seinen tatsächengestützten Erlebnisbericht „Kampf gegen Sternlauf“ im Militärverlag der DDR 1968 zu veröffentlichen. Auf diesen wurde nach der Verleihung des Titels „Held der Sowjetunion“ 1964 an Fritz Schmenkel posthum in Publikationen der DDR wiederholt zurückgegriffen, die

Ermittlungsakten verblieben in den Archiven der damaligen Staatssicherheitsorgane der UdSSR. Doch für diese Partisanenangehörigen verlor sich die Spur von Fritz Schmenkel 1943 nach der gemeinsamen Beteiligung an der Abwehr der „Operation Sternlauf“, einer Vergeltungsaktion von Wehrmacht, SS und Kollaborateuren im Februar 1943. Ihm gelang es als einzigem von den sieben in diesem Gebiet übergelaufenen deutschen Wehrmachtsangehörigen, sich nach der Zuordnung der Partisaneneinheiten in reguläre Truppen der Roten Armee in eine Aufklärungsschule der Roten Armee einzugliedern. Der Standort des Kommandos der Sicherungstruppen des Kommissariats Weißrutheniens in Minsk stellte verständlicherweise in dieser Phase für die vorrückenden sowjetischen Truppen ein besonderes Ziel dar.

Über die Umstände der Festnahme bei diesem Einsatz durch eine Feldgendarmiestreife (der Wehrmacht?) gibt es widersprüchliche Angaben.

Fritz Schmenkel wurde seit 1942 im „Deutschen Fahndungsbuch“ geführt und in bestimmten Sonderschreiben erwähnt, die sich auf Hinweise von Polizisten und anderen Hinweisgebern bezogen. In einem Steckbrief wurde auf ihn eine hohe Belohnung ausgesetzt.

An jenem 22. Februar 1944, dem Tag der Urteilsverkündung und Hinrichtung, sechs Tage nach seinem 28. Geburtstag, trug die deutsche 6. Armee erneut schwere Verluste davon und mußte dem Druck zweier Fronten der Roten Armee nachgeben. Im Juli wurde die Stadt Minsk von Einheiten der Belarussischen Front zurückerobert und befreit.

Peter Blechschmidt
Chemnitz

„DDR-Skandal“ am Hauptstadtflughafen

Der Flughafen Berlin-Brandenburg ist um einen Skandal reicher. Nach 14 Jahren Bauzeit und einer Kostenexplosion von einst geplanten 1,9 auf inzwischen 7,3 Milliarden Euro hat es nun ein sich dort befindlicher Museumsshop gewagt, Tassen, Gläser und T-Shirts (Nickis) mit aufgedrucktem DDR-Staatswappen zu verkaufen. Selbstverständlich waren notorische DDR-Hasser sofort zur Stelle, um von Banalisierung der Diktatur und Einschläferung des Unrechtsbewußtseins zu faseln. Tom Sello, der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, sprach gar von Verherrlichung und Verharmlosung dieser vor den Toren der Bundeshauptstadt. Derartige Worte aus dem Munde eines solchen Mannes sind aber nicht weiter verwunderlich. Schließlich erhält Sello ein nicht unbeträchtliches Salär von der BRD. Festzuhalten bleibt aber, daß Waren mit DDR-Emblem und nicht mit dem SED-Parteiabzeichen

angeboten worden sind. Nach Glättung der ersten Wogen muss nun einmal die Frage aufgeworfen werden, was es eigentlich gegen Hammer und Zirkel im Ehrenkranz einzuwenden gibt. Das Staatswappen steht doch für die Arbeiterklasse als herrschende Macht in der DDR und ihre Verbundenheit zur Bauernschaft und zur Intelligenz. Außerdem beinhaltet es mit Schwarz, Rot und Gold eben jene Farben, die heute noch immer von der BRD angeboten werden. Es müssen also die sich im Emblem widerspiegelnden Machtverhältnisse sein, die einen Beiß-reflex bei den gegenwärtigen Machthabern samt ihrer politischen und medialen Blasebälge hervorrufen. Denn es ist unbestritten, daß Bourgeois und Barone im ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat auf deutschem Boden 40 Jahre lang nichts zu melden hatten.

Allein aus dieser Tatsache rührt der ganze Haß! Aber das DDR-Staatswappen gehört zur

Geschichte der BRD-Hauptstadt wie die Friedenstaube samt der Aufschrift „Berlin – Stadt des Friedens“ im Nikolaiviertel – spätestens seit dem Jugoslawienkrieg aber nur noch eine Phrase – oder das Olympiastadion und das Gebäudeensemble rund um den ehemaligen Flughafen Tempelhof. Mit den beiden letztgenannten haben Kapitalisten und Adlige aber nicht allzu große Probleme, wenn diese auch im dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte entstanden sind. Denn die aktuell Herrschenden, die nach 1990 auch das Ruder auf DDR-Territorium wieder übernommen haben, zogen schließlich auch von 1933 bis 1945 die Fäden.

Übrigens wird der Museumsshop im neuen Hauptstadtflughafen von der landeseigenen Stiftung Preußische Schlösser und Gärten betrieben. Dort entstanden, bildlich gesprochen, also auf einmal ganz neue Brücken.

Rico Jalowitzki

Anwalt aus Überzeugung

Zum Tod des Rechtsanwalts und Schriftstellers Heinrich Hannover

Die Bundesrepublik hat in ihrer über 70jährigen Geschichte nicht so sehr viele Strafverteidiger hervorgebracht, die mit besonderer Akribie und politischer Überzeugung ihre Aufgabe erfüllten. Er gehörte zu ihnen: Heinrich Hannover, am 31. Oktober 1925 in Anklam geboren und am 14. Januar 2023 in Worpswede verstorben.

Die Jahre seiner Kindheit in der nordostdeutschen Stadt verliefen weitgehend unbeschwert. Gern hat er sich auch im Alter immer wieder an diese Zeit und den Heimatort erinnert. Das wurde erst anders, als er als 17-Jähriger in den Krieg zog und dessen Schrecken und die von ihm ausgehende Gewalt erleben mußte. Das machte ihn zeitlebens zum Pazifisten. Heinrich Hannover setzte stets auf gewaltlose Konfliktlösungen. Wenn er seinem ursprünglichen Berufswunsch, Förster zu werden, nachgegangen wäre, hätte er wohl kaum größere berufliche Auseinandersetzungen fürchten müssen. Sein Arbeitsfeld wären der Wald und dessen Tierwelt gewesen. Doch statt dessen entschied sich der junge Mann nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus, in Göttingen Rechtswissenschaft zu studieren und danach ab 1954 als Anwalt in Bremen tätig zu werden. Bereits zu Beginn seiner beruflichen Laufbahn wurde ihm die Verteidigung eines Kommunisten angetragen. Er übernahm sie ohne jegliche Vorbehalte und machte Erfahrungen, die ihn dazu brachten, künftig immer wieder Menschen zu verteidigen, die als Kommunisten, Sozialisten, Gewerkschafter, Antimilitaristen oder Umweltaktivisten mit der Justiz in Auseinandersetzung gerieten. Besonders hervorzuheben ist hier der Prozeß gegen Angehörige der westdeutschen Friedenskomitees, der 1959/60 vor dem Landgericht Düsseldorf stattfand. Angeklagt waren insgesamt sieben Mitglieder des Komitees, die angeblich als Rädelsführer sich verfassungsfeindlich betätigt haben sollen. Der Eintritt für den Frieden und gegen die Wiederbewaffnung der BRD sollte kriminalisiert werden. Dabei spielte zweifellos eine Rolle, daß ein

Teil der Angeklagten der KPD nahestanden, die bereits drei Jahre zuvor durch das Bundesverfassungsgericht verboten worden war. Neben Friedrich Karl Kaul, Diether Posser und dem britische Kronanwalt Denis Nowell Pritt war Heinrich Hannover einer der prominenten Verteidiger, die in diesem Prozeß auftraten.

Kriegsdienstverweigerer gehörten während der beruflichen Laufbahn von Heinrich Hannover immer wieder zu seinen Mandanten. Aber auch Angehörige der außerparlamentarischen Opposition und aus dem Umfeld der RAF erhielten seinen rechtlichen Beistand. Dabei billigte er keineswegs die Position der Durchsetzung politischer Veränderungen durch Gewalt. Zu seinen Mandanten zählten u. a. Lorenz Knorr, Daniel Cohn-Bendit, Helmut Kramer oder Günter Wallraff, Otto Schily und späterhin auch Hans Modrow.

Neben seinen juristischen Aktivitäten hat er auch immer wieder Sachbücher verfaßt, in denen er sich kritisch mit zeitgeschichtlichen Fragen und ihrer rechtlichen Beurteilung auseinandersetzte. Zu nennen sind seine Arbeiten „Politische Justiz 1918–33“, „Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht“ oder „Reden vor Gericht“. Aber auch seine zweibändige Autobiografie, die unter dem Titel „Die Republik vor Gericht“ Ende der 90er Jahre erschien und einen breiten Leserkreis an den „Erinnerungen eines unbequemen Anwalts“ teilhaben ließ, soll nicht unerwähnt bleiben. Gemeinsam mit ihm konnte ich in jener Zeit zwei Lesungen in Erfurt durchführen, die großen Anklang fanden.

Hervorzuheben ist der Einsatz von Heinrich Hannover als Nebenklagevertreter der Tochter Ernst Thälmanns, Irma Gabel-Thälmann, die sich um die Aufklärung des Mordes an ihrem Vater bemühte. Seit 1962 war diesbezüglich bereits Friedrich Karl Kaul für Rosa Thälmann und dann auch die Tochter Irma tätig. Durch Kauls Tod im April 1981 wurde es notwendig, für das sogenannte Klagererzwingungsverfahren einen anderen in der

damaligen Bundesrepublik zugelassenen Anwalt zu finden, der den sehr formgebundenen Antrag stellte und damit erreichen konnte, daß Anklage gegen den damals bekannten letzten Tatverdächtigen erhoben wurde. Heinrich Hannover ist es gelungen, dieses Ziel durchzusetzen. Der frühere SS-Angehörige Wolfgang Otto wurde durch das Landgericht Krefeld zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Der Bundesgerichtshof hat diese zwar später aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung an das Landgericht Düsseldorf zurückverwiesen, aber Otto mußte sich immerhin über längere Zeit vor Gericht verantworten. In dem neuen Prozeß wurde er dann freigesprochen. Eine hiergegen gerichtete Revision blieb erfolglos. Ungeachtet dessen konnte erreicht werden, daß eine große Aufmerksamkeit auf die Vorgänge um die Ermordung Ernst Thälmanns auch international gelenkt wurde.

Heinrich Hannover war Mitherausgeber verschiedener Fachzeitschriften, darunter „Demokratie und Recht“ und „Strafverteidiger“. Doch er schrieb auch Kinderbücher, die ihm immer besondere Freude bereiteten. Immerhin war er selbst Vater von sechs Kindern.

Sein Wirken wurde vielfach geehrt. Bereits 1986 verlieh ihm die Berliner Humboldt-Universität den Ehrendoktor. Zehn Jahre später folgte dem auch die Bremer Universität.

Nicht nur mir wird Heinrich fehlen, der mir stets Vorbild, Ratgeber und verlässlicher Kollege war. Noch im vergangenen Jahr steuerte er einen Beitrag zu der Festschrift anlässlich des 100. Geburtstages unseres Kollegen Friedrich Wolff bei. Leider konnte er zu dem Jubiläum dann bereits aus gesundheitlichen Gründen nicht kommen.

Heinrich Hannover war einer der letzten großen Strafverteidiger in einer Zeit, wo es besonderen Mutes bedurfte, in politischen Strafprozessen engagiert und konsequent aufzutreten.

RA Ralph Dobrawa

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats März!

Zum 96. Geburtstag

Kurt Heß (Plauen) am 2. März
Heinz Birch (Berlin) am 9. März
Fritz Ulrich (Berlin) am 10. März

Zum 94. Geburtstag

Werner Rothe (Schwielowsee) am 9. März
Sonja Brendel (Berlin) am 16. März

Zum 93. Geburtstag

Herbert Kühling (Weißenfels) am 28. März

Zum 92. Geburtstag

Thea Kleine (Berlin) am 26. März

Zum 91. Geburtstag

Eva Kolowrat (Berlin) am 3. März

Zum 90. Geburtstag

Helmut Braunschweig (Schorfheide) am 12. März
Gottfried Hamm (Graal-Müritz) am 15. März

Zum 85. Geburtstag

Peter Linzer (Berlin) am 17. März
Edith Klauke (Müllrose) am 26. März
Peter Rauscher (Berlin) am 28. März
Erwin Koppe (Jena) am 29. März

Zum 80. Geburtstag

Volker Mieth (Auerbach) am 11. März
Peter Henze (Fredersdorf-Vogelsdorf) am 13. März

Helga Kirste (Bautzen) am 15. März

Woldemar Denski (Zülów) am 16. März

Christine Friedrich (Ottendorf-Okrilla) am 20. März

Reinhard Faust (Halle) am 31. März

Zum 75. Geburtstag

Axel Segeth (Groß Nemerow) am 8. März

Arno Palow (Frankfurt/Oder) am 12. März

Zum 70. Geburtstag

Detlef Werner (Güstrow) am 8. März

Staphanie Meister (Halle) am 31. März

Zum 60. Geburtstag

Britta Bockholdt (Neubrandenburg) am 3. März

WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.

Resilienz und Musik

Die heilende Kraft zweier unähnlicher Dinge

Der Begriff „Resilienz“ kommt aus dem lateinischen „resilire“ und kann mit „abprallen“ oder „zurückspringen“ übersetzt werden. Es beschreibt die psychische Widerstandskraft eines Menschen, und da alle Menschen Unikate sind, hat deren Widerstandskraft also auch unikaten Charakter.

Man unterscheidet zwischen sogenannter roher Resilienz, die den Menschen von der Natur aus mitgegeben wird und der beeinflussbaren Resilienz, die jeder im Verlaufe des Lebens erlernt (oder auch nicht). Damit ist klar, daß man Resilienz auch trainieren kann. Meditations- und Atemtechniken zum Beispiel helfen, psychisch stabiler zu werden. Sebastian Mauritz, ein Resilienztrainer, meint, „die übergroße Mehrzahl der Menschen“ sei „extrem resilient. Wäre das nicht so, dann würde es sie schon längst nicht mehr geben“. Unterschiedlich sei nur das Ausmaß dieser Fähigkeit, die zum Teil vererbt, also genetisch bedingt sei. Ein großer Teil entwickle sich in der Interaktion mit der Umwelt. In diesem Zusammenhang sei auf die Bedeutung der Musik und der Mathematik hingewiesen. Die Musik ist erstaunlicherweise eng mit der Mathematik verknüpft. Mozart erfand

eine Methode, Musik mit Hilfe eines Würfels zu komponieren. Nach seiner Ansicht werde jeder einzelne Ton von vier großen Variablen bestimmt: Dauer, Lautstärke, Höhe und Klangfarbe, was oft für manchen AHA-Effekt sorgt. In einer Untersuchung mit 5000 Probanden hat das Frankfurter Max-Planck-Institut für empirische Ästhetik festgestellt, daß Menschen mit einer vorwiegend positiven Grundstimmung Musik vor allem als Ersatz für mangelnde oder fehlende soziale Interaktionen (z.B. während der Corona-Pandemie) benutzten. Sie bezeichnen das als Corona-Musik. Musik beruhigt, entspannt und lindert sogar Schmerzen. Wer auch noch dazu singt, setzt auf die heilende Kraft des Singens. Denn Singen befreit den Geist. Und wer es ausprobiert hat, weiß, daß man schlechte Laune wirklich niedersingen kann. Fachleute auf diesem Gebiet sprechen von einem Zaubermittel. Der englische Schriftsteller Thomas Carlyle (1795–1881) meinte, die Musik sei „die Sprache der Engel“. Einen hohen Stellenwert räumte der Pianist, Dirigent und Weltbürger Daniel Barenboim der Musik ein. Er ist beseelt von der Idee, daß Musik den Menschen zum Besseren verändern kann. Barenboims

Wirken beschränkt sich nicht nur auf die Welt der Musik schlechthin, er steht für Verständigung und Friedensengagement. Nicht ohne Grund nennt man ihn einen Brückenbauer. Kürzlich hat eine Brandenburger Zeitung die Frage gestellt: „Wie können Kinder Zugang zur internationalen Welt der Musik finden?“ Hier ihre Antwort: Die Buchreihe „Große Klassik kinderleicht“ des Amor Verlags erzählt Geschichten über die wichtigsten Künstler und Künstlerinnen sowie klassischen Musikstücke und ermöglicht Kindern ab fünf Jahren, spielerisch verschiedene Musikstile zu erleben – von Oper über Ballett bis hin zu Jazz und Blues. Übrigens: Zum Serienstart sind fünf Bücher, denen Hörbuch-CDs beiliegen, erschienen: „Die Zauberflöte“, „Der Nußknacker“, „Karneval der Tiere“, „Triumph in London“ sowie „Rhapsody in Blue“. Weitere Bücher zu Musikstücken sollen folgen.

Es ist zu begrüßen, daß der Verlag die Klassik für die Jüngsten zugänglich gemacht hat und damit dem Gedanken gefolgt ist, daß Musik unser Leben reicher macht.

Dr. Dieter Langer
Bernau

„RotFuchs“-Veranstaltungen im März

■ Regionalgruppe Rostock

Am 4. März um 10 Uhr – Vortrag von Gerhard Mertschenk (Cuba Si): **Die Veränderung der Kräfteverhältnisse in Lateinamerika und dessen Rolle im Kampf um eine multipolare Welt**

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

■ Regionalgruppe Schwerin

Am 16. März um 16 Uhr spricht der China-Spezialist Dr. Uwe Behrens zum Thema: **Das Feindbild China, die neue Seidenstraße und die globalen Entwicklungen.**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

■ Regionalgruppe Saale-Orla

Am 17. März um 17 Uhr – Gespräch mit dem Autor des Buches „Der letzte Mann“ Generalmajor a. D. Heinz Engelhardt

Ort: Gaststätte „Bayrische Bierstuben“, Schloßstraße 12, 07318 Saalfeld

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am 17. März um 15 Uhr spricht Sebastian Walter, Fraktionsvorsitzender der Partei Die Linke, zur **Oppositionsarbeit der Linken im Landtag Brandenburg.**

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstr. 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am 18. März um 10 Uhr stellt Peter Blechschmidt eine Biografie wider den Geschichtsrevisionismus **„Fritz Schmenkel – Ich will Euch sehen!“** vor.

Ort: Seniorenbüro, Kopernikusstraße 7, 08056 Zwickau

■ Regionalgruppe Dresden

Am 18. März um 10 Uhr spricht Dr. Ronald Friedmann (Historiker und Buchautor) zum Thema: **Die revolutionären Märzkämpfe in Deutschland**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Gera

Am 18. März um 14 Uhr – Vortrag von Richard Dollinger: **„Der Hessische Landbote“ (Georg Büchner und Ludwig Weidling) – Aktuell für unsere heutige Zeit**

Ort: Gaststätte „Geraer Höhlenfest“, Steinweg 1, 07545 Gera

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am 21. März um 18 Uhr – Diskussion mit dem Autor Dr. Hartmut König zu seinem Buch **„Warten wir die Zukunft ab“. Unser Gast singt alte und neue Lieder.**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 22. März um 18 Uhr spricht Edmund Peltzer zum Thema: **Vom Bruderkuß zum Antiruß – Die unheilvolle Tradition des ukrainischen Nationalismus**

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Str. 77, 04105 Leipzig

■ Regionalgruppe Berlin-Treptow-Köpenick

Am 23. März um 17 Uhr spricht Dr. Susanne Willems (Historikerin) zum Thema: **„Der Krieg in der Ukraine in historischer und friedenspolitischer Perspektive“**

Ort: Wahlkreisbüro der Partei Die Linke, Brückenstraße 28, 12439 Berlin

■ Regionalgruppe Erfurt-Weimar

Am 23. März um 15 Uhr spricht Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Die Linke und der Krieg – Wer die Ursachen der Kriegsgefahr nicht sieht, wird den Weg zum Frieden nicht finden.**

Ort: Gaststätte „Dahlie“, Roßlauer Str. 1, 99086 Erfurt

Die Regionalgruppen freuen sich über die Teilnahme zahlreicher Interessenten an den Veranstaltungen.



Deutsche Panzer rollen gen Rußland. Jetzt ist es offiziell, deutsche Kampfpanzer werden geliefert und Scholz betont, daß „geordnete Entscheidungen“ für die Sicherstellung der Kriegsproduktion notwendig sind. Selenskij freut es. Er fordert dringend Kampfflugzeuge und Raketen. Da frage ich mich, aus welchem „Schoß“ kommen sie gekrochen, die wieder gegen Rußland kämpfen, Kampfpanzer für zwei Bataillone sofort bereitstellen? „Jetzt wird zurückgeschossen!“ hat schon einmal stattgefunden! Wie das Pentagon verlauten läßt, sollen NATO-Truppen direkt in die Ukraine entsendet werden. Mit dieser neuen Strategie befinden sich die USA, Seite an Seite mit Deutschland, tatsächlich im Krieg mit Rußland. Diese Regierung handelt nicht im Namen des Volkes. **Ernst Jäger, Panketal**

Die Neokonservativen und die Realität

Vor mir liegt ein Aufsatz, den die RAND-Corporation, ein Think-Tank in den USA, der nach Ende des Zweiten Weltkriegs gegründet wurde, um die Streitkräfte der USA zu beraten, unlängst veröffentlicht hat. Er enthält „Anweisungen“ zum Sieg in der Ukraine. Was da niedergeschrieben ist, übertrifft alles, was ich an Ignoranz und Arroganz je gelesen und gehört habe. Autor ist offensichtlich der ehemalige US-Botschafter der USA in Moskau.

Er legt dar, daß die Neokonservativen (Neocons) einen Urknall veranstalten wollen, um Rußland ins Boxhorn zu jagen.

In seinem Beitrag im Februar-„RotFuchs“ beschreibt Gerhard Giese die jetzige Lage genauer. Er führt die bisherigen Verluste der ukrainischen/NATO-Streitkräfte im Detail auf und nennt die Leistungsliste des neuen US-Hilfspaketes für die Ukraine. Dadurch hat das Risiko einer unkontrollierten Eskalation weiter zugenommen. Das einzig Vernünftige in dieser Situation wäre es, wenn sich alle Beteiligten in einer unter UNO-Mandat stehenden Konferenz für die friedliche Beilegung der Kämpfe und die territorialen Konsequenzen einigen würden.

Letztlich geht es in der Ukraine um nationale Interessen. Die haben die unangenehme Eigenschaft, objektiver Natur zu sein. Sie hängen nicht von politischen Faktoren ab, sondern von der geostrategischen Lage und Größe des Territoriums, in dem eine Nation lebt, von der Wirtschaft, den Bodenschätzen und einer Reihe weiterer objektiver Faktoren. Ob eine Nation einen Staat gründet oder sich einem anderen anschließt, ist allein ihre Entscheidung. Das trifft für die russischsprachige Bevölkerung der Ostukraine im vollen Umfang zu und wurde durch eine offi-

zielle Abstimmung mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Fazit: Wer immer neue Waffen für die Ukraine liefert, den korrupten Präsidenten Selenskij hofiert, trägt auch Verantwortung für die zahlreichen Toten. Dabei stehen die Neocons ganz oben auf der Liste.

Bernd Biedermann, Berlin

Jahrestage, aber keine Lehren aus der Geschichte

Jahrestage 2023 erinnern an Ereignisse der deutschen Geschichte. Vor 90 Jahren, am 30. Januar 1933, erfolgte der Machtantritt der deutschen Faschisten. Vor 80 Jahren am 2. Februar 1943 wurde durch die Kapitulation der 6. Deutschen Armee bei Stalingrad ihr Ende eingeleitet.

Normalerweise sollten an solchen Gedenktagen die Lehren aus solchen geschichtlichen Ereignissen im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen. Außer ihrer Erwähnung ist in Deutschland davon wenig zu spüren. Im Gegenteil. Vergessen sind die Absprachen über eine Nichtausbreitung der NATO nach Osten oder der Zwei-plus-vier-Vertrag, der gebrochen wurde. Artikel zwei des Vertrags hält fest, daß von deutschem Boden „nur Frieden ausgehen wird“.

80 Jahre nach Stalingrad hat die BRD heute mit Kiew und Washington das gemeinsame Ziel, Rußland strategisch zu schwächen – bis hin zum Zerfall seiner Staatlichkeit.

Der Entschluß, Panzer an die Ukraine zu liefern, macht deutlich, daß die Regierenden keinerlei Lehren gezogen haben. Unter dem ungebremsten Beifall der Medien rollen wieder deutsche Panzer gegen russische.

Die Sowjetunion verlor im 2. Weltkrieg mehr als 27 Millionen Menschen. Trotzdem scheint man heute, mehr auf eine Revanche für Stalingrad zu hoffen.

Doch der russische Außenminister äußerte auf seiner Pressekonferenz am 30.1.2023: „Wir haben die Hoffnung nicht aufgegeben, daß es früher oder später politische Kräfte in Europa geben wird, die sich von ihren eigenen nationalen Interessen und nicht dem Wunsch leiten lassen, jemandem jenseits des Ozeans zu gefallen.“

Horst Neumann, Bad Kleinen

Panzer für die Ukraine und die Erdbebenopfer

Die Waffenmilliarden für die Ukraine sind ein Faß ohne Boden. Dazu äußerte sich kürzlich der Enkel Charles de Gaulles, Pierre de Gaulle, Bankmanager und Unternehmensberater. Er sagte: „Die Ukraine-Krise wird genutzt, um Europa zu destabilisieren. Die Kriegsauslöser sind die Amerikaner und die NATO.“ Er fordert die Bundesregierung dringend auf, „ihre US-hörige Politik auf(zu)geben und einen sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen“ einzuleiten.

Man greift sich an die Stirn und zweifelt am Verstand derer, die sich anschicken, das Ende der Menschheit einzuläuten. Einige erinnern sich vielleicht an das Buch des bekannten Journalisten und kritischen Publizisten Peter Scholl-Latour „Rußland im Zangengriff“, der schon damals, kurz vor seinem Tod 2006, erklärte, die Welt sei „aus den Fugen geraten“. Das wurde seinerzeit für übertrieben gehalten. Heute stellt sich die aus den Fugen geratene Welt im Zustand des Irrsinns dar. Während USA und NATO den Ukraine-Konflikt jeden Tag mehr eskalieren, ereignete sich in der Türkei und in der Grenz-

region Syriens ein Erdbeben unvorstellbaren Ausmaßes. Nach UN-Angaben sind durch das Erdbeben geschehen insgesamt 23 Millionen (!) Menschen direkt oder indirekt betroffen. Die griechische Regierung bot der Türkei sofort Hilfe an, trotz der großen politischen Spannungen, die zwischen den beiden Ländern herrschen. Griechenland verfügt über reiche Erfahrungen beim Katastrophen-Management und über gut ausgebildete Rettungsmannschaften. Rußland schickte eine Hilfsmission in Gestalt von Such- und Rettungskräften, die mit zwei Transportmaschinen ins Katastrophengebiet gebracht wurden. Über Hilfsaktivitäten der USA und der NATO lagen – Tage nach dem Erdbeben – noch keine Informationen vor. Dafür lobpreisen die hiesigen Medien den neuen Verteidigungsminister, der der Ukraine mehr als 100 Leopard 1 zusagte.

Dr. Dieter Langer, Bernau

Täuschungskurs

Die Zeichen der imperialistischen Welt stehen zweifelsfrei auf Sturm, auf wirtschaftlichen, klimatischen und Kriegssturm. Die bürgerliche Propaganda ist auf einen enormen Täuschungskurs gegangen. Die Verursacher der Krisen vertiefen die Krisen in einer zunehmenden Rasanz. Das liegt, wenn man mitdenkt, vor aller Augen offen.

Der Humanist und Philosoph Ludwig Feuerbach war in der Mitte des 19. Jahrhunderts ein Sprachrohr der progressiven, antifeudalen Bourgeoisie in Deutschland und verkündete in atheistischer Manier, es sei unsere Aufgabe, den Gang der Wissenschaften zu befördern und im Dienst des menschlichen Fortschritts zu arbeiten. Es gäbe keine Unsterblichkeit der Seele, wir leben durch große Taten in der Menschheit weiter. In der Ära des Imperialismus muß dieses schöne Ideal notwendig in sein Gegenteil pervertieren und ist auch schon längst pervertiert. Irrationalismus, Aberglaube, Religion, zunehmende Militarisierung der Wissenschaften mit der Tendenz der thermonuklearen Vernichtung der ganzen Menschheit.

Heinz Ahlreip, Hannover

Russophobie

Russophobie war im „RotFuchs“, vor allem in Leserbriefen, mehrfach Gegenstand der Auseinandersetzung mit Russenhassern.

Der Haß gegen alles Russische wird auch in Leipzig von Russengegnern geschürt. Neulich hörte ich das Gerücht, daß die Gorkistraße, in der ich wohne, umbenannt werden sollte. Der Name des russisch-sowjetischen Schriftstellers wäre nicht mehr tragbar.

Von höchster Ebene erfahren die Russenhasser volle Unterstützung. Die deutsche Außenministerin Baerbock ließ die Katze Ende Januar aus dem Sack: „Wir kämpfen einen Krieg gegen Rußland und nicht gegeneinander.“

Günther Röska, Leipzig

Sie „überzeugt mit Humor und Menschlichkeit im Amt“

Am 17. Februar erhielt Außenministerin Annalena Baerbock den „Orden wider den tierischen Ernst“ des Aachener Karnevalsvereins (AKV) überreicht. Sie erhielt ihn, weil sie „standfest und humorvoll auf dem diplomatischen Parkett steht“, lautete die Begründung des AKV. Baerbock werde als „eine moderne Ritterin geehrt, die für eine Außenpolitik auf Augenhöhe, im Einsatz für Frieden, Sicherheit,

Klimaschutz, Demokratie und Menschenrechte steht“. „Gerade in diesen schwierigen Zeiten, die vielen Menschen Angst machen, überzeugt sie mit Humor und Menschlichkeit im Amt, zwei wichtigen Werkzeugen im Kampf für Hoffnung und Frieden.“

Bearbock sollte sich, ob ihres unbedarften Frohsinns, als Ostritterin zur Truppenbetreuung und Hebung der Kampfmoral in die Ukraine abmelden. Dort kann sie alsbald selbst in Augenschein nehmen, wie Leoparden, so wie einst Panther-Tiger der Wehrmacht, gen Osten rollen und ihre Feuerkraft unter Beweis stellen.

Richard Jawurek, Markkleeberg

Neuer BRD-Kriegsgott

Nach drei bundesdeutschen „Kriegsgöttinnen“ wurde am 17. Januar 2023 eine Kriegsgöttlichkeit männlichen Geschlechts vom deutschen Kanzler aus dem Niederen Sachsen in den Berliner Himmel für aggressive Wehrhaftigkeit, Kriegsplanung, Aufrüstung und Welteroberung gehoben. Boris Pistorius ist sein irdischer Name, der „rote Sheriff von Niedersachsen“ der Beiname. Immerhin war er dort die SPD-Kehrmachine gegen „migrantischen Müll“. Nicht seine SPD-Zugehörigkeit, deren Farbtünche nicht einmal mehr rosarot schimmert, brachte ihm diesen Schimpf ein, vielmehr, weil er gegen Flüchtlinge aus Asien und Afrika nicht schwarz, sondern „rot sah“. Aber er hatte auch lichte Momente ab und zu. So rüffelte er seinen Parteigenossen Heiko Maas, als dieser in seiner Amtszeit von 2018 bis 2021 als bundesdeutscher Außenamtsdirektor mit antirussischen Tönen die Glocken läuten ließ. „Kritische Freundschaft zu Rußland“, nicht „außenpolitische Russophobie“, mahnte er damals als Mitglied der Deutsch-Russischen Freundschaftsgruppe des Bundesrates an und plauderte gelegentlich am Samowar mit russischen Duma-Abgeordneten. Hin und wieder störte ihn auch der Bumerang der deutschen Sanktionen gegen Rußland, weil er beim Rückschlag schmerzhaft soziale Beulen und tiefe Krater in der Wirtschaft in Allemannia verursachte. Doch allzu großes Verständnis für die „russische Seele“ und ihr Sicherheitsbedürfnis scheint Boris Pistorius im Samowar-Plausch mit seinen russischen Parlamentskollegen nicht entwickelt zu haben. Nachdem sich Rußland im Februar 2022 als Schutzpatron seiner ethnischen Brüder im Donbass gegen deren Vernichtung durch die von den USA installierte ukrainische Junta einschaltete, entsorgte er sogleich den Samowar im Bundesrat und wandelte seine „kritische Freundschaft zu Rußland“ in „streitende Feindschaft“. Dem obersten Russen Putin kündigte Pistorius an, nicht mehr als kritischer Russenfreund, sondern als unkritischer Unterstützer der US-Vasallenregierung der Ukraine zu handeln. Nun hat er als oberster Kriegsherr der BRD den Freibrief des Kanzlers und der Ampelregierung dafür.

Einigen deutschen und europäischen „Friedensengeln“ schwebt noch ein Hoffnungsschimmer vor, daß sein Vorname Boris und seine persönliche Nähe zum Ex-Kanzler Schröder und dessen treue Tierliebe zum „Russischen Bären“ ihn doch noch davon abhalten, seine Amtsvorgängerinnen über treffen zu wollen. Seine einführenden Paradeschritte vor der Bundeswehr-Claqueur-Kompanie und die ersten kriegsgöttlichen Gebete und Gebote lassen jedoch diesen Hoffnungsschimmer schwinden. Pistorius scheint der deutsche SPD-Politiker zu sein, dem die BRD beherrschende und von den

USA unter Druck gesetzte kapitale Machtstruktur wieder vertraut bei ihrem Vorhaben, Rußland ökonomisch und militärisch als Konkurrenten auszuschalten.

Manfred Wild, Berlin

Fanatiker in Aufruhr

Bei dem lauten Kriegsgeschrei hierzulande kann ich mir Deutschland am Vorabend des 1. Weltkrieges vorstellen. Auch später das vielstimmige JA zu Goebbels „Wollt ihr den totalen Krieg?“ Nun hatte vor Wochen – was ja bei diesem Sender sehr selten vorkommt – eine Kommentatorin des MDR gewagt, öffentlich zu bekunden: „Deutschland tappt immer weiter in die Kriegsgefahr. Es macht mich fassungslos, wie mit unserem Leben gespielt wird.“

Die Hurra-Patrioten gerieten ob dieses Bekenntnisses in helle Aufregung. Solch eine Meinung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk? „Wäre schön, wenn es auch der letzte Kommentar ihrer Karriere zu diesem Thema wäre“, schrieb ein t-online-Experte.

Da spricht eine Frau aus, was die Mehrheit der Bevölkerung auch in der Umfrage ihres Senders bekundet hat. Für die Fanatiker ist sie sofort ein „Putin-Freund“, gar ein Todfeind. Es zeigt, wie weit die Militarisierung der deutschen Außenpolitik mittlerweile fortgeschritten ist.

Paul Jattke, Chemnitz

Der letzte Walzer

Ja, er ist so beliebt und mindestens zweimal in der Woche bringt ihn „Kulturradio Berlin“.

Rieu spielt ihn mit seinem Orchester. Man kann so schön danach tanzen. Mir geht es aber langsam auf die Nerven, denn ich muß dann immer an den Film „Im Morgengrauen ist es noch still“ denken. Dieser Film hat mich nie losgelassen. In einer kleinen Garnisonsstadt bereiten sich junge Menschen auf ihren Einsatz in der Armee vor, machen Pläne für danach und tanzen diesen Walzer. Als sie entdecken, daß deutsche Fallschirmjäger im Hinterland abgesprungen sind, werden fünf junge Soldatinnen der Flakabteilung ausgewählt, die feindlichen Eindringlinge gefangen zu nehmen. Der kleine Trupp muß jedoch bald feststellen, daß nicht zwei, sondern sechzehn schwerbewaffnete deutsche Soldaten abgesprungen sind. Die fünf sowjetischen Jugendlichen kommen in dem ungleichen Kampf alle um.

Ich habe nichts gegen den „Letzten Walzer“ von Dimitri Schostakowitsch. Ich mag ihn, man sollte ihn aber nicht so vernuddeln. Warum wird nicht auch mal etwas anderes von ihm gespielt? Vielleicht die „Leningrader Sinfonie“. In der DDR habe ich sie gehört und war begeistert.

Aber da müßten ja die ewig Gestrigen zugeben, wie bestialisch die deutsche Wehrmacht vorging, die über 900 Tage diese Heldenstadt Leningrad belagert und ausgehungert hat. In dieser Belagerung erklang unter unsäglichen Schwierigkeiten die Uraufführung seiner Sinfonie. Die Fanfaren verkündeten den Siegeswillen. Die Deutschen mußten sie in ihren Schützengräben über Lautsprecher mit anhören.

Im Dezember vergangenen Jahres wurde die russische Sopranistin Anna Netrebko in der Elbphilharmonie in Hamburg ausgebuht. Sie hätte sich entschuldigen sollen.

Wofür? Haben sich diese Pfeffersäcke einmal bei ihr entschuldigt, was man ihrer Heimatstadt Leningrad, heute Petrograd, angetan hat? In Salzburg konnte sie zum Weltstar heranreifen,

nahm die österreichische Staatsbürgerschaft an, aber Leningrad blieb ihre Heimat.

Die Russophobie ist erschreckend. Die Medien haben es geschafft, Menschen umzustimmen. Haben die Deutschen überhaupt nichts dazugelernt? Diese rechte Gesinnung wurde in der BRD gehätschelt und gepflegt. Wünscht man sich, daß sich überall rechtes Gedankengut breitmacht? Was deutsche Politiker von sich gaben, kann einem angst und bange machen. Sollen sie doch endlich den letzten Walzer spielen, dann haben wir noch eine Wahl.

Lisa Däne, Berlin

Vergewaltigungen in der Ukraine

Von der Leyen, Baerbock und Strack-Zimmermann überschlagen sich in kaltkriegerischer und nahezu rassistischer Manie in Vergewaltigungsvorwürfen an Rußland.

Zu diesem Thema gibt ein polnisches pro-ukrainisches Lexikon von Włodzimierz Wilczyński von 2010 auf S. 153 interessante Informationen. Demnach hat die sexuelle Bedrohung gegenüber Frauen nach dem Untergang der UdSSR extrem zugenommen. Die ukrainische Sektion der Frauenrechtsorganisation La Strada hatte nach einer Untersuchung unter den Studentinnen der größten ukrainischen Universitäten festgestellt, daß 98 % der Befragten sich nicht gegen männliche Zudringlichkeiten wehren können.

Die Hälfte der Befragten erklärte, mindestens einmal vergewaltigt worden zu sein.

La Strada thematisiert auch den „Export“ von Ukrainerinnen in die Bordelle in die Türkei, die BRD und andere westeuropäische Länder. Allein von 1991 bis 1998 betraf das etwa 420 000 junge Frauen. Als Zentrum dieser Aktivitäten wurde Cherson ausgemacht.

Dr. Holger Michael, Königs Wusterhausen

Omertà

Si tacuisses, philosophus mansisses. Oder deutsch: Wenn du geschwiegen hättest, wärdst du ein Philosoph geblieben. Nun weiß ich nicht, ob Seymour Hersh jemals ein Philosophiestudium angestrebt hat, aber er hat es weltweit zu einem der bedeutendsten investigativ arbeitenden Journalisten gebracht. Daß er für sein vorläufig letztes Werk wieder einmal das Prädikat „Verschwörungstheoretiker“ erworben hat, wird er – als jung gebliebener Aufklärer – erwartet haben. Schließlich weiß er nur zu gut, daß ein solches Lob nur solange eine Halbwertszeit besitzt, bis sich herausstellt, daß seine Recherchen (und auch die vieler anderer) der Wahrheit entsprochen haben. So wird es sich auch mit seiner jüngsten Arbeit zu Nord Stream 2 verhalten.

Vorläufig gilt allerdings das Gesetz des Schweigens: Omertà. Wenig überraschend ist, daß sich das westliche kollektive Wertekartell der Schweigepflicht bzw. dem Ehrenkodex der sizilianischen Mafia – „Wer taub und stumm ist, lebt hundert Jahre in Frieden“ – unterworfen hat und verpflichtet fühlt. Vor der Teilnahme an der von der AfD beantragten und durchgesetzten Aktuellen Stunde drückten sich Kanzler und Vize Scholz und Habeck. Die Olivgrüne Kriegspartei schickte ihren Parlamentarischen Geschäftsführer, Till Steffen, vor, dem nur einfiel, der AfD vorzuwerfen, sie habe ein „echtes Nicht-Thema“ angemeldet. Die Sprengung des wichtigsten EU-Energie-Infrastruktur-Projekts so zu qualifizieren, erfordert geradezu Mut.

Man kann es schon als Hintertreppenpose

bezeichnen. Zeitgleich mit der Veröffentlichung des Enthüllungsberichts Hershs haben die Ermittler die bereits Ende vergangenen Jahres verkündeten Schuldsprüche gegen die für den Abschub der MH-17 angeblich verantwortlichen russische Personen aus der Asservatenkammer hervorgeholt, um Putin selbst für den Abschub der MH-17 verantwortlich zu machen. Mehr Kabarett geht nicht.

Daß die deutsche Regierung und ihr Parlament auf die Enthüllung Seymour Hershs nicht reagieren, beweist, „daß wir“, so Oskar Lafontaine, „eine Vasallen-Republik“ sind, deren politische Akteure sich durch Selbstverachtung auszeichnen: Dies habe in der Konsequenz „die Verachtung Deutschlands zur Folge“. Denn „wer sich nicht selbst achtet, wer die Selbstachtung verliert, wird verachtet.“

Hans Schoenefeldt, Berlin

Wen wundert es?

Nach dem chinesischen Nationalen Volkskongreß ist der deutsche Bundestag weltweit das zweitgrößte Parlament. 736 Abgeordnete, 138 über der gesetzlichen Sollgröße. Jährlich kostet er den Steuerzahler eine Milliarde €. Die Abgeordneten sind finanziell gut gestellt. Ihre monatliche Entschädigung beträgt 10 323,29 €. Dazu kommen 4725,48 € Aufwandpauschale. Bis 22 795 € stehen den Abgeordneten monatlich für Mitarbeiter zu. Insgesamt 37 843 € für jeden Abgeordneten im Monat. Dazu Rentenansprüche, ohne Beiträge zu entrichten sowie Vergünstigungen bei der Krankenversicherung und der Nutzung von Verkehrsmitteln. Die Einkünfte für Nebentätigkeiten der Abgeordneten betragen 2021 53 Millionen €. Für Büroausstattung erhalten die Abgeordneten bis zu 12 000 €. Zum Vergleich: Der durchschnittliche monatliche Nettolohn für „Arbeitnehmer“ beträgt 2172 €. Nicht so nobel sind Beschlüsse des Bundestages zur Erhaltung des Friedens. Mit 100 Milliarden € Sondervermögen wird die Rüstung forciert. Der Kauf von 15 Kampfflugzeugen F-35 für über 9 Milliarden € soll die atomare Teilhabe Deutschlands weiter sichern. Der Bundestag akzeptiert die Lieferung von Waffen, so des Panzers Leopard an die Ukraine. Dabei liegt auf der Hand, daß Waffenlieferungen den Krieg verlängern. Noch mehr Menschen werden getötet. Während die Zahl der Millionäre von 2021 bis 2022 um über 63 000 auf, also 1,525 stieg, bescherte uns die Sanktionspolitik 2022 eine Inflationsrate von 7,9 %. Exorbitant hoch sind die Energie- und Nahrungsmittelpreise. Besonders drastisch ist die Situation bei sozialen Wohnungen. Auf eine solche kommen 10 Bewerber. Die Ziele im sozialen Wohnungsbau werden schon lange nicht mehr erreicht. Um den Energiebedarf zu decken, kauft Habeck LNG-Gas selbst aus Katar, läßt teure LNG-Terminals bauen und bezieht Erdöl aus Kasachstan. Rußland kassiert dafür saftige Transitgebühren, da es durch russische Pipelines fließt und verkauft das eigene Erdöl nach Asien.

Wilfried Schubert, Güstrow

Kapital und Schuldenobergrenze

Ein jW-Online-Beitrag titelte: „Schuldenobergrenze erreicht. USA vor Zahlungsausfall“. Bei der erreichten Schuldenobergrenze von „rund 29 Billionen Euro“ entspricht die Prokopfverschuldung bei 331 Millionen Einwohnern der USA in etwa 90 000 Euro. Zum Vergleich: 1989 lag in der ach, so „maroden DDR“ mit unterschiedlich angegebenen Verschuldungsbeträgen von 18 bis

27 Mrd. Valuta hochspekuliert und umgerechnet heute in ca. 13 Mrd. Euro, eine Prokopfverschuldung bei 16 Millionen Einwohnern von 812 Euro vor. Das ist weniger als ein Hundertstel der US-Prokopfverschuldung. Für die BRD beträgt die Prokopfverschuldung aus der Schuldenuhr rund 29 Tausend Euro. Wenngleich vor 33 Jahren die Staatsschulden niedriger lagen, so bleibt: Auch hier wirkt die Möglichkeit des Unmöglichen im Kapital, es „hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn“, lauten die ersten Sätze der berühmten Fußnote im „Kapital“ von Karl Marx. Sprichwörtlich mit allen uns treffenden Gefahren bis zur Apokalypse bleibt das für die Gegenwart – wie leider auch für die Zukunft – gültig.

E. Rasmus, Berlin

Schäuble spricht Klartext

In seinem, Buch „Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte“, Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart 1991, Seite 131, hält Wolfgang Schäuble fest: „In den internen Unterhaltungen ließ ich die DDR-Partner nie im unklaren über meine Prioritäten. Meine stehende Rede war: Liebe Leute, es handelt sich um einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, nicht um die umgekehrte Veranstaltung. Wir haben ein gutes Grundgesetz, das sich bewährt hat. Wir tun alles für euch. Ihr seid herzlich willkommen. Wir wollen nicht kalt-schnäuzig über eure Wünsche und Interessen hinweggehen. Aber hier findet nicht die Vereinigung zweier gleicher Staaten statt. Wir fangen nicht ganz von vorn bei gleichberechtigten Ausgangspositionen an. Es gibt das Grundgesetz, und es gibt die Bundesrepublik Deutschland. Laßt uns von der Voraussetzung ausgehen, daß ihr vierzig Jahre lang von beiden ausgeschlossen wart. Jetzt habt ihr einen Anspruch auf Teilnahme, und wir nehmen darauf Rücksicht.“

Dr. Klaus Emmerich, Edetal

Der „RotFuchs“ brachte seit seiner Gründung vor 25 Jahren schon viele wertvolle Beiträge über die Ursachen für unsere katastrophale Niederlage in der Konterrevolution 1989/90. Das Prawda-Interview mit Genossen Prof. Dr. Toschtschenko zu Jakowlew, das der RF in der Januar-Nummer abdruckte, ist ein Volltreffer. Der Architekt der Perestroika war einer der Haupttotengräber der Sowjetunion. Es ist egal, ob Jakowlew 1958/59 an der Columbia Universität in den USA oder erst während seiner Botschafterzeit 1973 bis 1983 in Kanada von einem imperialistischen Geheimdienst angeworben wurde. Er hat auf jeden Fall Verrat an KPdSU, UdSSR und der sozialistischen Weltbewegung begangen. 1987 heuchelte er noch für den Leninismus, 2003 zeigte er sein wahres Gesicht und bezeichnete Lenin als Verbrecher. US-Geheimdienstgeneral Vernon Walters nahm sich seiner an. Walters diente unter sieben US-Präsidenten, war der Spitzen-„Drahtzieher“ in zig Konterrevolutionen ab 1953 in Iran bis zur Konterrevolution 1989/90 in der DDR, die er als US-„Botschafter“ von Bonn aus steuerte. Er war der Spiritus Rector, der aus Karol Woityla den Papst Paul II. machte und auf den Thron hob, damit die CIA-Gelder für die polnische Konterrevolution über die Vatikanbank fließen konnten. Leider war Jakowlew nicht der einzige Verräter, den imperialistische Geheimdienste in sowjetischen Führungsgremien etablieren konnten.

Horst Jäkel, Potsdam

Buchempfehlung

Eine kleine Ergänzung zu dem interessanten Interview mit Prof. Dr. Shan T. Toschtschenko über den Verrat von A. N. Jakowlew. Wer Näheres über die damaligen Vorgänge im ZK der KPdSU in den Jahren der Perestroika erfahren möchte, dem empfehle ich das Buch von Jegor Ligatschow „Wer verriet die Sowjetunion?“, erschienen 2012 im Verlag Das Neue Berlin. Hier wird in allen Einzelheiten das verräterische Zusammenspiel der Reformkräfte um Gorbatschow, Jakowlew und anderen geschildert.

Wolfgang Kronschwitz, Radeberg

Was ich anders erlebte

Vielen Dank an Henry Nitschke für seinen ausführlichen und m. E. sehr guten Beitrag „Markus Wolf – Stationen eines Lebens“ im Januar-RF. Das, was er über den Auftritt von Markus Wolf am 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz sagt, habe ich als Teilnehmer der Veranstaltung auf dem Alex allerdings etwas anders erlebt.

Der Autor schreibt u.a.: „... die mutigen Worte (von M. Wolf – d.R.) riefen natürlich bei den Teilnehmern keinerlei Sympathien hervor ...“

Tatsache ist aber, daß die unterschiedlichen Redner aus Politik und Kunst am 4. November 1989 auf dem überfüllten Alex die unterschiedlichsten Reaktionen hervorriefen, in Form von Beifall oder Buhrufen.

Wenn man wie ich ziemlich weit hinten am Berlinahaus stand und damit den Gesamtüberblick über den Alex hatte, konnte man unterschiedliche Gruppierungen erkennen, die auch differenziert auf die Beiträge der Redner reagierten.

Nach der Rede von Markus Wolf war deutlich sichtbar, daß vorn rechts eine große Gruppe von Menschen stand, die besonders bei Markus Wolf applaudierten.

Harry Schröder, Berlin

Rentnerarmut in der BRD

Ich bin Rentnerin und bekomme die sogenannte Grundsicherung im Alter. Ich habe 2020, als ich von der Jobcenterbehörde frühzeitig (mit 62 Jahren) in die Rente geschickt wurde, 700,01 € Rente erhalten plus 100 € Wohngeld für die Einzimmerwohnung, die 450 € Warmmiete kostet. Eine Zweizimmerwohnung im neuesten Standard kostet 550 bis 600 €. Mittlerweile wurde die Rente auf 778 € aufgestockt, was aber nicht die permanent ansteigenden Lebenshaltungskosten abfedern kann. Nach allen Abzügen für Miete, Strom, Fahrgeld (Monatsticket), Telefongebühren sowie Rundfunk- und Kabelfernsehen bleiben mir ca. 150 € für Nahrung und Kleidung, Schuhe und für Arzneimittel.

Jedem Menschen, der 1 und 1 zusammenrechnen kann, ist klar, daß man von diesem Geld in einem Land, wo die Lebenshaltungskosten ungebremst und kontinuierlich ansteigen, nicht existieren kann, also im wahrsten Sinne des Wortes am Hungertuch nagen muß.

Das, was die Herrschenden, die sich selber jeden Monat 10 000 € Monatsgehalt, 2000 € Mietzuschuß für die Zweitwohnung und 700 € Jahresticket für die Bahncard (1. Klasse) in die Tasche stecken, den Ärmsten der Armen als Grundsicherung für den Lebensabend anbieten, hat nichts mit einem existenzsichernden Einkommen zu tun.

Birgit Klauke, Bernau



Gestaltung: DEWAG AG, Mainusch

■ Regionalgruppe **Bernau**

Am 25. März um 15 Uhr stellt Oberst a. D. Klaus Eichner sein Buch vor: „**Bis alles in Scherben fällt**“ – **Der Kampf der USA um eine neue Weltordnung**

Ort: Treff 23 (Kulturbühne), Breitscheidstraße 43 A, 16321 Bernau

■ Regionalgruppe **Cottbus**

Am 25. März um 10 Uhr spricht Dr. Uwe Behrens zum Thema: **China heute, die neue Seidenstraße**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe **Neubrandenburg**

Am 25. März um 10 Uhr spricht Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Die Verantwortung aller Linken im Friedenskampf und wie wir ihr besser gerecht werden.**

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe **Potsdam**

Am 28. März um 18 Uhr Gespräch mit Generalleutnant a.D. Dr. Paul Kneiphoff zum Thema: **Friedenssicherung – der Auftrag der NVA**

Ort: Bürgertreff in der Waldstadt (am Waldstadtcenter), Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160-238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. h.c. Gerhard Giese
Bernd Gutte
Georges Hallermayer
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda

Rico Jalowietzki
Uli Jeschke
Dr. Hans-Jürgen Joseph
Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Holger Michael
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net
Aribert Schilling u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Claußner
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
Tel. 030-427 27 66

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.